Bauernopfer Seehofer?, S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 31 – 3. August 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Ihre Sorgen will keiner hören: Einheimische sollen den Mund halten

Bild: Colourbox

Der Deutsche soll schweigen

Die »MeTwo«-Kampagne sticht durch ihre Unehrlichkeit hervor

Es geht weder gegen „Rassismus" noch gegen „Verrohung". Die Kampagne nach der Özil-Erdogan-Affäre soll Kritik ersticken.

Interessierte Kreise haben die Debatte um den Fußballer Mesut Özil (mehr dazu auf den Seiten 3, 8 und 12) zum Anlass genommen, die „MeTwo"-Debatte (etwa: „ich bin zwei") zu entrollen, in der Immigranten über den Rassismus von Deutschen klagen. Die Kampagne sticht vor allem durch ihre holzschnittartige Grobheit hervor – und durch ihre Unehrlichkeit.

Angeblich wenden sich die Protagonisten gegen Rassismus und eine „Verrohung der Sprache", welche die „Gesellschaft spalte". In Wahrheit geht es ihnen allein um die Rückgewinnung der Vorherrschaft in der Diskussion, die ihnen immer mehr entgleitet, seit die Realität von Multikulti, offenen Grenzen und schwindender innerer Sicherheit kaum mehr durch politisch korrekte Sprachanweisungen wegzudrücken ist.

Die Unehrlichkeit zeigt sich ganz offen: Immigranten-Rassismus gegen Deutsche wird geleugnet oder verschwiegen, obschon er seit Jahren zum Alltag von Millionen, vor allem jungen Deutschen zählt. Es geht den „MeTwo"-Aktivisten also nicht um Rassismus. Der schert sie nicht, wenn er die „Richtigen" trifft.

Antideutscher Rassismus wird ausgeblendet

„Verrohung der Sprache" beklagen ausgerechnet jene, denen kein Anwurf gegen Andersdenkende roh und vernichtend genug sein kann – bis hin zum „Nazi"-Vorwurf. Wer anders denkt oder woanders steht, mit dem soll es keine Debatte geben. Genau dies aber, die Verweigerung der sachlichen Auseinandersetzung, die Verteufelung des Andersdenkenden und das aktive Ignorieren der Nöte von Millionen Deutschen führt jene „Spaltung der Gesellschaft" herbei, die man zu bekämpfen vorgibt, indem man sie absichtlich vertieft.

Schon 2009 stellte die WDR-Doku „Kampf im Klassenzimmer" den antideutschen Rassismus, dem deutsche Schüler in Klassen mit hohem muslimischem Schüleranteil ausgesetzt sind, in grelles Licht. Lehrer- und sogar Elternverbände geißelten den Beitrag dafür, dass er das Miteinander störe. Die „Me Too"- („Ich auch") Debatte, an welche sich „MeTwo" bewusst anhängt, war ausgelöst worden durch Vorwürfe von sexuellem Missbrauch in Hollywood. Es folgte eine Woge ähnlicher Anklagen auch in Deutschland. Als auf der Kölner Domplatte aber hunderte junge Frauen von orientalischen Männern massiv sexuell attackiert wurden, war den meisten späteren „MeToo"-Propagandisten fast nichts eingefallen. Was ihnen einfiel, bestand aus atemberaubenden Relativierungen („gab es immer schon" etc.).

Die „MeTwo"-Kampagne dient dem Zweck, kritische Deutsche so weit einzuschüchtern, dass sie sich jegliche Kritik an fortgesetzter Masseneinwanderung verkneifen. Masseneinwanderungen dieses Zuschnitts haben zwar noch immer zu Irritationen geführt, daher die Forderung nach Begrenzung. Doch alle, die das fordern, sollen zum Schweigen gebracht werden. *Hans Heckel*

HANS HECKEL:

Dünnes Eis

Das Bundesverteidigungsministerium erwägt, EU-Ausländer in die Bundeswehr aufzunehmen, um die Personalnot der Truppe zu lindern. Seit Jahren gelingt es nicht, die Sollstärke der deutschen Streitkräfte zu erreichen. Doch warum ist die Armee derart unattraktiv für junge Deutsche geworden?

Der wesentliche Grund für die Misere dürfte in der miserablen Ausstattung liegen, der Erfahrung aktiver Offiziere, deren Karriereplanung unter etlichen „Reformen" verschüttet wurden, und nicht zuletzt darin, dass die Truppe zuletzt hysterischen Kampagnen ausgesetzt war, in welchen ihr rechtsextreme Auswüchse unterstellt wurden. All das schreckt ab, wen sollte das wundern.

Der Plan zur Aufnahme von Ausländern indes bedeutete eine 180-Grad-Wende im Selbstverständnis der Bundeswehr als Armee der Bürger, von Bürgern gestellt. Bewusst sollte die Bundewehr im Volk verwurzelt sein, keine Fürstentruppe, kein „Staat im Staate" und auch nicht das Instrument zur freien Verfügung der Mächtigen.

All das würde über Bord geworfen, eine Fremdenlegion entstünde, in welcher im Extremfall Truppenteile von Soldaten dominiert wären, die keinerlei Bindung an Deutschland, das deutsche Volk, dessen Staat und dessen Werte besitzen außer einer papiernen Loyalitätserklärung.

Man soll den Teufel nicht an die Wand malen: Aber eine solche Truppe wäre das ideale Instrument außer Kontrolle geratener Potentaten, um sie womöglich auch gegen das eigene Volk einzusetzen. Statt sich auf derart dünnes Eis zu begeben, sollten die bekannten Mängel abgestellt werden.

Bei Befragung verplappert

Immer mehr Asylbewerber setzen sich selbst unter Tatverdacht

Nach Angaben der Bundesregierung hat sich die Anzahl von Flüchtlingen aus Afghanistan, Pakistan und dem afrikanischen Raum, bei denen sich im Rahmen ihrer Asylantragstellung Bezüge zu den dort aktiven terroristischen Organisationen ergeben, seit Januar 2015 „signifikant erhöht". Darunter befänden sich Personen, die angeben, sich entweder freiwillig den Organisationen angeschlossen zu haben oder zwangsrekrutiert worden zu sein. Darüber hinaus gäben einige Personen an, zusätzlich spezifische Aufgaben innerhalb der Organisation übertragen bekommen und sich aktiv an Kampfhandlungen beteiligt zu haben.

Asylbewerber begründeten in der Regel ihre Verfolgung im Heimatland mit der – meist „unabsichtlichen" – Teilnahme an Veranstaltungen oder einer „unbewussten Unterstützung" von Organisationen, die auch in Deutschland verboten beziehungsweise gelistet seien. Lägen den Sicherheitsbehörden in diesem Zusammenhang Erkenntnisse zu terroristischen Aktivitäten vor, würden diese dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge „in geeigneter Form übermittelt". Dort werde im Asylverfahren geprüft, ob Anhaltspunkte für das Vorliegen von Ausschlussgründen gegeben seien, die einer Schutzgewährung entgegenstehen, so die Bundesregierung.

Im Falle einer Beteiligung an Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie an schweren nichtpolitischen Straftaten außerhalb des Bundesgebiets oder bei „Zuwiderhandlungen gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen" sei dies gegeben. In solchen Fällen sei der Betroffene „von der Zuerkennung internationalen Schutzes ausgeschlossen".

Die jeweiligen Sachverhalte zögen die Prüfung der Einleitung von Ermittlungsverfahren durch die Strafverfolgungsbehörden sowie in Einzelfällen die Einstufung zum Gefährder beziehungsweise zur Relevanten Person nach sich, so die Bundesregierung weiter. *J.H.*

Berät Kissinger Trump?

US-Nachrichtenportal berichtet über neue Russland-Strategie

Donald Trumps Außenpolitik wirkt auf den ersten Blick widersprüchlich. Vor allem sein Verhältnis zu Wladimir Putin treibt Analysten um. Nach dem Treffen beider Staatschefs in Helsinki wurden nur wenige Details über den Inhalt ihrer Gespräche bekannt.

„The Daily Beast", eine US-Nachrichtenseite im Internet, seit 2010 mit der linksliberalen „Newsweek" fusioniert, berichtet mit Verweis auf eine eigene Quelle, dass der ehemalige US-Außenminister und hochkarätige Politstratege Henry Kissinger sich mit Trump getroffen und ihm geraten habe, sich mit Russland anzufreunden, um China eindämmen zu können. Die Strategie dahinter: Mit einer engeren Bindung Washingtons an Russland und andere Regionalmächte in Asien ließe sich ein Gegengewicht zur aufstrebenden Supermacht China etablieren. Über diese Idee soll Kissinger auch mit Jared Kushner, Berater und Schwiegersohn Trumps,

Ziel ist die Eindämmung Chinas

gesprochen haben. Bei Beratern des Präsidenten, hochrangigen Beamten im Außenministerium, im Pentagon sowie im Nationalen Sicherheitsrat sei der Vorschlag begrüßt worden.

Mit dieser Strategie folgen die USA dem alten Prinzip der „Balance of Power" (Gleichgewicht der Kräfte). Um das Gleichgewicht zu halten, hatte Kissinger 1971 dem damaligen US-Präsidenten Richard Nixon den Weg für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den USA vorbereitet – zum Nachteil Taiwans. Damals wurden den diplomatische Kontakte zum kommunistischen China hergestellt, um die Supermacht Sowjetunion zu isolieren. Heute schlägt Kissinger den umgekehrten Weg vor.

Das Treffen soll bereits bei Trumps Amtsantritt stattgefunden haben. Dazu passt, dass Trump sich bei Amtsantritt um bilaterale Partnerschaften im asiatisch-pazifischen Raum bemüht hat. *Manuela Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Syrer sollen heimkehren

Damaskus – Syriens Präsident Baschar al-Assad hat nach russischen Angaben seine Bereitschaft erklärt, fünf Millionen Landsleuten, die vor dem Syrienkrieg 2011 nach Jordanien, in den Libanon und in die Türkei geflüchtet sind, die Rückkehr in von Kriegshandlungen befreite Gebiete zu ermöglichen. Mit dem russischen Sonderbeauftragten für den Syrienkonflikt, Alexander Lawrentjew, habe Assad Schritte für den Friedensprozess beraten. Im Juni sei bereits eine Flüchtlingsgruppe aus der libanesischen Stadt Arsal nach Syrien zurückgekehrt, 3000 Menschen hätten Anträge auf Rükkkehr gestellt, meldeten westliche Nachrichtenagenturen. Besonders im Libanon fehle es den Syrern an Arbeit und Schulen, da das Land die Flüchtlinge wieder loswerden wolle. *MRK*

Rom will Ende der Sanktionen

Rom – Italiens Vizeministerpräsident Matteo Salvini hat von der EU eine Aufhebung der Sanktionen gegen Russland gefordert. Sollte die EU diese nicht beenden, würde er erwägen, den Ende des Jahres anstehenden Verlängerungsbeschluss mit einem Veto zu verhindern. Italien sei das am stärksten von den resultierenden Einbußen betroffene Land und müsse daher notfalls auch zu dieser äußersten Maßnahme greifen. Zuvor hatte bereits FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache eine Beendigung der Sanktionen sowie eine Normalisierung des politischen und wirtschaftlichen Verhältnisses zu Russland gefordert, wobei auch er seinen Staat Österreich als Hauptleidtragenden der antirussischen Beschlüsse sieht. *T.W.W.*

Zankapfel Rentenreform

Moskau – Zehntausende gingen in Moskau und anderen Städten auf die Straße, um gegen die geplante Rentenreform der Regierung zu protestieren. „Wir wollen die Rente erleben!“, „Putin ist ein Dieb“ und „Weg mit dem Zaren“ war auf den Protestplakaten zu lesen. Geplant ist eine stufenweise Erhöhung des Renteneintrittsalters bis zum Jahr 2034 auf 65 Jahre bei Männern (bisher 60) und 63 bei Frauen (bisher 55). Vor seiner Wiederwahl im März hatte Wladimir Putin versprochen, das damals bereits in der Duma diskutierte Rentenalter nicht anzurühren. Viele Russen hatten mit einer Rentenerhöhung gerechnet, stattdessen sollen sie nun länger arbeiten. Der Zeitpunkt, zu dem die Regierung das Gesetz angekündigt hatte, sorgte zusätzlich für Unmut. Die Ankündigung erfolgte unmittelbar zu Beginn der Fußballweltmeisterschaft Mitte Juni. Putin reagierte recht spät erst nach Ausbruch der Massenproteste. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters gefalle ihm nicht, sei aber notwendig. Aktuell leben in Russland rund 46 Millionen Rentner, das sind etwa 32 Prozent der Bevölkerung. Laut Putin kamen 1970 noch 3,7 Arbeiter auf einen Rentner, heute müssten sechs Arbeitnehmer für fünf Ruheständler aufkommen. Die Zahl der Beitragszahler werde weiter sinken. Soziale Sprengkraft hat das Projekt nicht zuletzt wegen der in vielen Regionen geringen Lebenserwartung. Im russischen Durchschnitt beträgt sie 67 für Männer und 77 Jahre für Frauen. *MRK*

Buren suchen ihr Heil in Russland

Rassismus gegen Weiße: 50 Farmerfamilien wollen von Südafrika nach Stawropol auswandern

Der Anstieg der Gewalt gegen weiße Farmer in Südafrika gepaart mit Enteignungen, Vertreibungen und Morden veranlasst immer mehr Buren auszuwandern. Viele haben bereits eine neue Bleibe in Russland gefunden, das über zahllose unbearbeitete Agrarflächen verfügt.



Jedes Kreuz steht für einen ermordeten weißen Farmer: Gedenkstätte in Ysterberg nahe Langebaan Bild: Getty

Bloemfontein, einst Hauptstadt der südafrikanischen Buren-Republik Oranje-Freistaat, liegt in Transvaal, im Norden der Kaprepublik. Hier lebt und arbeitet die Familie Schlehbusch, burische Farmer seit Generationen. Allerdings wird es damit bald ein Ende haben. Das Oberhaupt der Familie, Adi, besuchte kürzlich als Mitglied einer Delegation von 50 weißen Farmer-Familien die russische Region von Stawropol in den nördlichen Ausläufern des Kaukasus ungefähr auf der geographischen Breite von Florenz. Die Gegend ist durch Klima, Bodenbeschaffenheit und Niederschläge für Landwirtschaft günstig und darauf kam es Adi Schlehbusch und seinen Kameraden an.

Er und die anderen nämlich haben wie rund 15000 weitere Buren, hauptsächlich aus Transvaal, beschlossen, ihre Heimat auf immer zu verlassen und ihre Zukunft in Russland zu suchen. Der Grund dafür ist die zunehmende Gewalt in Südafrika, die sich in großem Umfang gegen die weiße Landbevölkerung richtet. In den Jahren 2016 und 2017 gab es offiziell 74 Morde bei 638 Angriffen auf weiße Farmen. Das ist der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die bereits eingesetzt hat kurz nachdem Mandela und mit ihm der ANC im Jahre 1994 die Macht in Südafrika übernommen hatte. Im Laufe der vergangenen 20 Jahre sind rund 3000 bis 4000 Buren mit ihren Familien und darüber hinaus mit ihren Angestellten, ob weiß oder schwarz, auf meist viehisch brutale Art ermordet worden. Diese Gräueltaten kommen so gut wie nie vor einen Richter.

Die Täter sind einerseits in den Kreisen des Umkhonto we Sizwe zu suchen, der bewaffneten Truppe des ANC, die einst den Bürgerkrieg im Lande geführt hatte. Dazu kommen viele junge Männer aus der entwurzelten Generation, die damals außer Bombenwerfen nichts gelernt hatte. Schließlich sorgt der Chef der Economis Freedom Fighters (EFF), Julius Malema, für eine zunehmende Radikalisierung und Gewaltbereitschaft.

Malema war früher der Präsident der ANC Youth League, der Jugendorganisation der Regierungspartei, musste diese aber wegen umstrittener Äußerungen („ein Siedler – eine Kugel“) verlassen. So etwas passte beim ANC nicht mehr ins Bild, nachdem man Regierungspartei geworden war. Mit seinen EFF erreichte Malema bei den Parlamentswahlen im Jahre 2014 den dritten Platz. Er bezieht seinen Zulauf aus den Townships, die sich unter den schwarzen Regierungen im Vergleich zu früher an Zahl und Größe mehr als verzehnfacht haben.

Damit ging eine weitere Linksverschiebung oder, was in Südafrika dasselbe ist, eine Verschärfung des Rassengegensatzes einher, diesmal zum Nachteil der Weißen. Dabei konnte es nicht ausbleiben, dass Präsident Ramaphosa Ende Februar im Parlament ein Gesetz durchbrachte, gemäß dem alle weißen Landbesitzer entschädigungslos enteignet werden. Zum Vorbild erklärte man das benachbarte Simbabwe, wo der erste schwarze Präsident, Robert Mugabe, in den späten 80er Jahren ebenfalls die weißen Farmer vertrieb. Die Folgen allerdings waren katastrophal. Das Land, als Rhodesien ein reicher Exporteur vor allem von Lebensmitteln, verfiel alsbald der Inflation, dem Hunger und dem Niedergang.

Ramaphosa scheint dieses Bild nicht zu schrecken, vielmehr sucht er mit allen Mitteln, diejenigen Wähler zurückzugewinnen, die der ANC an die EFF verloren hat. Mit dem Eingeständnis, dass die heutige Misere in Südafrika auf die Unfähigkeit und Korruption des ANC zurückzuführen ist, wäre kein Blumentopf zu gewinnen, also setzt man auf die bewährte Parole, gemäß der die Weißen, der Kolonialismus und die Apartheid an allem Schuld seien, und das auch noch nach einem Vierteljahrhundert ANC-Regierung. Der Beschluss der Enteignung der Weißen steht also. Diese aber erinnern sich im Gegensatz zu Ramaphosa an die Umstände der Enteignungen in Rhodesien und fürchten, das Schicksal der dortigen Weißen zu teilen. Für sie geht es um Leben und Tod.

Die 50 Familien aus Bloemfontein, die nach Russland auswandern, sind auch nicht die ersten, die einen solchen Schritt tun. Während aber junge weiße Akademiker, die in Südafrika keine Zukunft haben, vergleichsweise leicht in Australien, Neuseeland oder Kanada eine neue Existenz finden, brauchen Landwirte Grund und Boden. Daher bietet sich Russland an. Dort gibt es 43 Millionen Hektar unbewirtschaftetes Agrarland. Allein der Föderationskreis Fernost, der, grob gesagt, halb Sibirien umfasst, ist 17-mal so groß wie Deutschland, zählt aber nur sechs Millionen Einwohner. Bei einer Bevölkerungsdichte wie in Deutschland wären es fast 1,5 Milliarden. Staatspräsident Putin hat intern die Parole ausgegeben: „Wir brauchen kein Land, wir brauchen Menschen.“

Freilich ist es mit noch so vielen Buren nicht getan. Doch mit diesen zieht Russland außergewöhnlich tüchtige, fleißige und unerschrokkene Leute an sich, die für viele andere ein gutes Beispiel werden können. Schlehbusch jedenfalls sagt: „Der Grund, warum ich über die Einwanderung nachdenke, ist ehrlich gesagt, weil ich dunkle Wolken über unserer Zukunft hängen sehe. Mein Großvater ist auf dieser Farm ermordet worden.“

Der Zug weißer Farmer von Südafrika nach Russland ist indes nicht ohne diplomatische Delikatesse. Denn die beiden Länder sind Partner im BRICS-Staatenverbund, dem auch China, Indien und Brasilien angehören und der sich in einer Phase der Festigung und erster zählbarer Erfolge befindet. In diesem Rahmen fände Putin leicht Gelegenheit, sich bei seinem Kollegen Ramaphosa erkenntlich zu zeigen für die Bereicherung Russlands, die dieser zu eigenen Lasten verursacht. *Florian Stumfall*

Pater unter politischem Beschuss

Sozialethiker Wolfgang Ockenfels engagiert sich für AfD-nahe Stiftung – Kritik vom Zentralkomitee der Katholiken

Die Mitarbeit des Dominikanerpaters und Sozialethikers Wolfgang Ockenfels im Kuratorium der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) stößt beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) auf scharfe Kritik. Der 71-jährige Theologe setzt sich dagegen jetzt zur Wehr.

Nach monatelanger Kontroverse war beim AfD-Bundesparteitag am 30. Juni in Augsburg die DES als parteinah anerkannt worden. Vorsitzende ist die ehemalige CDU-Politikerin und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach. Desiderius Erasmus von Rotterdam war ein Gelehrter des Renaissance-Humanismus. Wie sein Name sagt, hat er im damals noch zum Heiligen Römischen Reich deutscher Nation gehörenden Rotterdam gewirkt und war durch seine philosophischen und theologischen Forschungen ein Vorreiter der lutherischen Kirchenreform.

Anders als die Stiftungen der Altparteien, bei denen ein großer Teil der Stiftungsmittel in ein Netz von manchmal dubiosen Auslandsvertretungen fließt, kündigte die AfD an, dass ihre neue Stiftung auf Auslandsvertretungen vorerst verzichten wolle, auch wenn auswärtige Politik natürlich Gegenstand der Erasmus-Stiftung sein wird. Erstes Ziel der Stiftungsarbeit soll die Erarbeitung von Bildungsmaterial für Schulen und Volkshochschulen sein, diese solle die seit 1968 feststellbare „Indoktrination der Linksideologie“ brechen.



Will sich nicht verbiegen: Pater Wolfgang Ockenfels Bild: Imago

Im Kuratorium der AfD-nahen DES sitzen zwei Mitglieder der CDU, die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin Angelika Barbe und Wirtschaftsprofessor Max Otte („Der Crash kommt“), der zuletzt das „neue Hambacher-Fest“ ausgerichtet hatte. Außerdem ist das starke Geschlecht zweier katholischer Theologen festzustellen. David Berger aus Würzburg konnte in einem vatikanischen Subsekretariat Erfahrungen im Organisationswesen einer weltumspannenden Organisation sammeln. Ockenfels, Dominikaner und Präsident der Internationalen Stiftung Humanum, ist als katholischer Sozialethiker Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung und Mitglied des konservativen Forums Deutscher Katholiken. Als Sozialethiker in Köln und Trier gilt er als einer der Nachlassverwalter des einstigen Kölner Kardinals Joseph Höffner, der auch lange die Deutsche Bischofskonferenz geleitet hat.

Diese Mitarbeit eines renommierten katholischen Sozialethikers in der AfD-nahen Stiftung kritisierte auf Twitter ZdK-Präsident Thomas Sternberg in einer Frage: „Wie kann ein Dominikanerpater und früherer Berater der CDU sich dazu hergeben, sich im Kontext einer rechtsradikalen Partei zu engagieren?“

Ockenfels war von 1985 bis 2015 Professor für Christliche Sozialwissenschaft in Trier. Er leitet das Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg, das sich für Prinzipien der katholischen Soziallehre im Politikbetrieb einsetzt. Vor allem ist Ockenfels jedoch durch Buchveröffentlichungen sowie Auftritte in Talkshows einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden. Mehrfach warf er Bundeskanzlerin Angela Merkel vor, das christliche Profil der Partei zu verwässern. Kritik übte er auch an Kirchenvertretern, die die AfD als für Christen unwählbar bezeichnen. Ockenfels hält es, nach gründlicher Lektüre des AfD-Programms, nicht für unchristlich, dieser Partei anzugehören oder sie zu wählen.

Die Kritik an seinem Engagement für die Desiderius-Erasmus-Stiftung wies Ockenfels zurück. „Ich praktiziere jene Dialogbereitschaft, die andere nur proklamieren“, sagte er der katholischen „Tagespost“. Die Partei Alternative für Deutschland und ihre Stiftung „kompensiere das programmatische Defizit der CDU“, sagte der Dominikanerpater weiter. „Herr Sternberg ist für mich keine kirchliche Autorität, sondern ein Parteiinteressenvertreter, der die Merkel-Politik absegnet“, sagte der Pater weiter.

Ockenfels hatte dem Zentralkomitee bereits vor einigen Jahren das konservative Forum Deutscher Katholiken gegenübergestellt, das keine Kirchensteuermittel erhält, aber einen direkteren Zugang zu den Gläubigen hat. Das „Zentralkomitee“ sei nicht repräsentativ für „die“ deutschen Katholiken, obwohl es durch die Kirchensteuer finanziert werde, sagte Ockenfels. Die Bezeichnung „Zentralkomitee“ erinnere „an die unseligen Zeiten des SED-Zentralkomitees“. *Bodo Bost*

Wird Seehofer zum Bauernopfer?

Merkel und Söder könnten sich auf ihn als Sündenbock für das drohende CSU-Desaster in Bayern einigen

Horst Seehofer, der schon seit Langem bei Angela Merkel in Ungnade gefallen ist, könnte wegen seiner „inhumanen" Asylpolitik zum nächsten Bauernopfer der Kanzlerin sowie seines Parteifreundes und langjährigen Intimfeindes Markus Söder werden.

Seit Horst Seehofer nach der Mordserie an jungen Mädchen durch kürzlich eingereiste Asylsucher mit seinem Vorschlag von Ankerzentren und seinem Masterplan in der Asylpolitik zumindest so getan hat, als wenn er für neuen Wind und einen wirklichen Neubeginn der Asylpolitik gesorgt hätte, ist er Opfer einer von Angela Merkel gesteuerten Kampagne, die einen der letzten Merkel-Kritiker aus dem Amt hieven soll. Während Merkel mit ihrer angeblichen Humanität Deutschland mit einer Million muslimischer Asylsucher im Jahresrhythmus entchristianisieren wollte, bis Mazedonien dem einen Riegel vorschob, wirft man nun Seehofer vor, den Blick für menschliche Schicksale verloren zu haben. Gerade Seehofer, der einst als „Herz-Jesu-Katholik" verrufen war wegen seiner kritischen Haltung gegenüber den Neoliberalen in seiner Partei, wurde in den Augen mancher nun zum menschenverachtenden, antichristlichen Gesicht der deutschen Christsozialen.

Nach Beginn der Kampagne, in der es zunächst so aussah, dass es Seehofer sogar gelingen könnte, Teile der CDU, zum Beispiel Ministerpräsident Michael Kretschmer aus Sachsen, auf seine Seite zu ziehen, kippte die Stimmung, was auch mit der zunehmenden zeitlichen Distanz zum grausamen Mord an Susanna Feldmann zu tun hat. Seehofer hat jetzt sogar gegen Widerstand in seiner eigenen Partei zu kämpfen. Seehofer soll jetzt das gleiche Schicksal ereilen wie zuvor Friedrich Merz, Roland Koch und Wolfgang Bosbach in der CDU. Alle hatten sie ihr Ohr zu nah am Volk und zu weit weg von Merkel.

Auch in der CSU gibt es derzeit einige, die Seehofer zum Alleinschuldigen für den drohenden Verlust der absoluten Mehrheit machen wollen. Dabei hat die CSU mit den 38 Prozent, bei denen sie derzeit in Bayern liegt, noch zehn Punkte Vorsprung vor der CDU, die im Rest der Republik bei nur Symptom als die Ursache des CSU-Dilemmas. Anders als die Merkel-CDU, die große Teile des konservativen Spektrums einfach opfert, unternimmt die CSU wenigstens noch den Versuch, eine inhaltliche Antwort auf die Herausforderung durch die AfD zu finden.



Gemeinsam in Bayreuth und gegen Seehofer: Markus Söder begrüßt Angela Merkel zur Eröffnung der diesjährigen Richard-Wagner-Festspiele

Bild: Imago

keit, wie man es bei der CDU beobachten kann. Allerdings gilt auch für die CSU, dass eine Politik des reinen Nachahmens nur das Original stärkt. Söder hat die Strategie von Seehofer lange Zeit mitbetrieben. „Asyltourismus", das war sein Wort, von dem er sich jetzt auf Druck Merkels distanziert fragen in Bayern nicht einmal mehr für eine Große Koalition reichen, da die SPD kurz davor ist, einstellig zu werden, nicht wegen Seehofer, sondern wegen ihrer eigenen Linienlosigkeit, die ihr unlängst erst wieder von ihrem einstigen Vordenker Heinz Buschkowsky bescheinigt wurde. Auch noch um die 28 Prozent dahindümpelt. Seehofers Nachfolger als bayerischer Ministerpräsident, Markus Söder, spricht von „Berliner Problemen" und meint, damit dem Vorgänger eins auswischen zu können. Seehofer handle völlig isoliert, heißt es aus Söders Umfeld. Das unglückliche Agieren Seehofers ist jedoch eher ein

Es war einst der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, welcher der Union eingetrichtert hat, dass es rechts von der Union keinen Platz geben dürfe für eine demokratisch legitimierte Partei. Deshalb reagiert die CSU auf die Konkurrenz am rechten Rand nicht bloß mit achselzuckender Lässig- hat, dabei gehörte dies einst auch zum Sprachschatz der SPD.

Söder versucht, sich nun weniger pointiert und CDU-konformer zu äußern. Es könnte sogar sein, dass er Merkel wieder zu Wahlkampfauftritten in Bayern einladen will. Drei Monate bleiben ihm noch bis zur Landtagswahl. Danach wird es nach neuesten Umder CSU könnte bei weiter schwankenden Stellungnahmen zu wichtigen gesellschaftlichen Problemen der Absturz drohen. Die Bürger bestrafen Parteien, die nicht mehr wissen, für was und wo sie stehen. Ob Seehofer nach der Landtagswahl in Bayern noch Bundesminister sein wird, scheint zurzeit mehr als fraglich. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Kaum Bedauern über Rücktritt

Hamburg – Mesut Özil selbst und viele politisch korrekte Meinungsmacher in der Bundesrepublik stellen den Fußballer als Rassismusopfer dar. Das sieht die Mehrheit der Bevölkerung offenkundig anders. Auf die Frage, ob er „respektlos und rassistisch behandelt worden" sei, antworteten bei einer repräsentativen Befragung im Auftrag des Hamburger Magazins „Der Spiegel" von 1047 Personen nur 22 Prozent mit ja, hingegen 58 Prozent mit nein. Auf die Frage „Bedauern Sie, dass Özil aus der Nationalmannschaft zurückgetreten ist?", antworteten fünf Prozentpunkte mehr mit ja, aber auch fünf Prozentpunkte mehr mit nein. Bei der politisch heikleren ersten Frage war also der Teil der Befragten, der mit „weiß nicht" antwortete oder keine Angaben machte, merklich größer. *M.R.*

Gewaltausbruch statt Toleranz

Zwickau – Ein Straßenfußballturnier in Zwickau, das ein Zeichen gegen Diskriminierung und Gewalt setzen und für Toleranz und Fairplay werden sollte, ist laut einem Bericht der Regionalzeitung „Freie Presse" in einer wüsten Schlägerei zweier Mannschaften geendet. Ein Team bestand vorwiegend aus schwarzafrikanischen, das andere aus arabischen Asylsuchern. Schon vor dem Spiel soll es Streit gegeben haben. Als sich dann auf dem Spielfeld ein Spieler angeblich abfällig über die Mutter eines Gegners geäußert habe, sei die Situation eskaliert. Zuschauer beschrieben laut „Freie Presse" die dann ausgebrochene Schlägerei als „beängstigend". Ein Mitorganisator führte den Gewaltausbruch auf das „ganz andere Temperament" der Asylsucher zurück. Er wolle nun Gespräche mit den Spielern führen. Die Zukunft des Turniers stehe aber nicht zur Debatte. *H.H.*

»Özil ist das beste Beispiel«

Wie die Kanzlerin setzt der Deutsche Fußball-Bund auf Multikulti

Der Fall Mesut Özil ist zu einem Politikum während der Sommerpause geworden. Er wirft ein bezeichnendes Bild auf die Integrationskampagnen von Politik und Sportverbänden.

Es ist ein paar Jahre her, da beeilte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel zu versichern, dass der Islam zu Deutschland gehöre. „Der Fußballer Mesut Özil ist das beste Beispiel dafür", sagte die CDU-Politikerin damals. Nun ist der Nationalspieler Özil Geschichte. Seinen Rückzug verkündete er in englischer Sprache, Rückhalt bekam er vom türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan, mit dem er vor der Weltmeisterschaft für ein Foto posierte, womit er die Affäre auslöste. Am Ende sahen sich alle auf der Anklagebank: Die Fans, die in ihm letztlich nur den Türken gesehen hätten, die Sponsoren, die sich abgewandt hätten und vor allem der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, Reinhard Grindel, dem Özil rassistische Ressentiments unterstellte.

Für den DFB ist die Angelegenheit eine Katastrophe. Es ist knapp zwei Jahrzehnte her, da befand sich der deutsche Fußball in einer schweren Krise. Der Nachwuchs war Mangelware, und so wurden die Talentspäher auf die Immigrantenkinder in den Ballungszentren aufmerksam. Der damalige Präsident Egidius Braun, den der Verband noch heute auf seiner Internetseite als Kosmopolit bezeichnet, forderte, „man müsse diese Kinder für Deutschland gewinnen." Der DFB präsentierte den in Gelsenkirchen geborenen Özil später als Musterbeispiel für Integration. Und die Medien spielten mit. Der türkischstämmige Fußballstar erhielt 2010 den Burda-Medienpreis „Bambi" in der erstmals vergebenen Kategorie „Integration".

> Für den DFB ist der Fall Mesut Özil eine Katastrophe

Doch mit dem Bekenntnis zu Deutschland war es nicht so weit her. Bei Länderspielen wirkte Özil während der Nationalhymen auffallend teilnahmslos, den Großteil seiner aktiven Laufbahn verbrachte er in Spanien und England. Reporter berichten, bei Özils zu Hause werde türkisch gesprochen, in der Heimat seiner Eltern soll er sich finanziell an einem Moscheebau beteiligt haben. Mehrfach stellte er sich zu Werbezwecken für Fotos mit Erdogan zur Verfügung, dass er es diesmal kurz vor der Weltmeisterschaft und mitten während des türkischen Wahlkampfs tat, brachte das Fass zum Überlaufen. Dem DFB war wohl bewusst, welch heißes Eisen er da anfasste, als er zunächst nur die Person Erdogan, aber nicht das Özil kompromittierende Foto an sich kritisierte. Laut Özil hatte ein „Foto mit Präsident Erdogan zu machen" für ihn „nichts mit Politik oder Wahlen zu tun, es war aus Respekt vor dem höchsten Amt des Landes". Deutlicher konnte er der Öffentlichkeit nicht zeigen, wo sein Herz schlägt.

Der DFB will weiterhin um die Einwanderer-Kinder kämpfen, dies muss er aus seiner Sicht sogar, denn rund ein Fünftel der jugendlichen Fußballer hat mittlerweile einen Immigrationshintergrund. Der Fall Özil könnte eine große Debatte anstoßen, denn das Spielfeld hat sich längst vom Rasen in die Politik verlagert. Der ehemalige Bundesvorsitzende der Grünen Cem Özdemir fordert den Rücktritt des CDU-Mitgliedes Grindel, die AfD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Alice Weidel interpretiert Özil als Ausweis einer scheiternden Integration und der sozialdemokratische Bundesaußenminister Heiko Maas bestreitet, dass die Probleme „eines im Ausland spielenden Multimillionärs" für eine Debatte über Integration geeignet sei. *P.E.*

Spione und Extremisten

In beiden sehen die Sicherheitsbehörden eine wachsende Gefahr

Neben ausländischen Agenten sehen die Sicherheitsbehörden die steigende Zahl gewaltbereiter politischer Extremisten als größte Gefahr. Das gaben der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) Hans-Georg Maaßen und der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer bei der Präsentation des diesjährigen Jahresberichts des BdV bekannt. Deutschland stehe weiter im Fokus des islamischen Terrors. „Insgesamt ergibt sich für das Jahr 2017 allein aus den ausreichend gesicherten Zahlenangaben ein Islamismuspotenzial von 25 810 Personen in Deutschland", sagte Seehofer. Innerhalb der islamischen Szene zeichne sich wie auch schon im Jahr 2016 eine Kräfteverschiebung in den gewaltorientierten beziehungsweise dschihadistischen Bereich ab.

„Wir haben es mit einer anhaltend hohen Bedrohung zu tun«, erläuterte Maaßen. Dabei seien nicht mehr nur Rückkehrer, sondern vor allem Einzeltäter, die sich in Deutschland aufhalten, vom Verfassungsschutz als hohes Gefahrenpotenzial identifiziert worden.

Mit Sorge registrierten die Behörden eine weitere Radikalisierung der militanten linken Szene. Laut dem Verfassungsschutzbericht stiegen im Jahr 2017 linksextrem motivierte Gewalttaten drastisch an, von 1200 im Jahre 2016 auf zuletzt 1650 Taten. Der G 20-Gipfel wirkte dabei als Brandbeschleuniger. Allein 1020 Fälle hatten einen Bezug zu ihm. „Zustände wie in Hamburg dürfen sich in Deutschland nicht wiederholen", sagte Seehofer. Maaßen bezeichne-



Bild: Bundesministerium des Innern/Sandy Thieme

Hans-Georg Maaßen

te es als besorgniserregend, dass gewaltbereite Linksextremisten „nicht mehr so weitgehend isoliert sind wie früher." Die Übergänge in die Mitte der Gesellschaft seien fließend.

Bei der Einordnung der sogenannten Reichsbürger sind sich die Experten bislang unsicher. Teilweise handele es sich eher um „theoretisierende Menschen", die man auch einer Sekte zuordnen könne. Allerdings seien die Übergänge ins rechtsextreme Milieu fließend. Im Dezember 2014 hatte Maaßen im Bundestag erklärt, bei dieser Bewegung seien „nicht alle Personen per se Rechtsextremisten". Man könne keine einheitliche Bewertung vornehmen; und da die Anhänger keine bundesweite Struktur hätten, seien sie auch nicht Gegenstand des Bundesverfassungsschutzberichtes. Dies sieht sein Amt nun zum Teil anders. 2017 zählten deutschlandweit rund 16 500 Personen (2016: 10 000) zur Reichsbürger-Szene, 900 davon gelten als Rechtsextremisten. Diese hätten eine besondere Affinität zu Schusswaffen, erklärte Maaßen. Rechtsextreme Parteien wie die NPD hätten dagegen deutlich an Einfluss und Mobilisierungskraft verloren.

Als „großes Problem" stuften Seehofer und Maaßen ausländische Spionagetätigkeiten ein. Vor allem Agenten aus Russland, China und dem Iran seien in Deutschland aktiv, aber auch der türkische Nachrichtendienst MIT spähe in der Bundesrepublik vermehrt politische Oppositionelle aus. Es ginge dabei um politische und wirtschaftliche Interessen. *Peter Entinger*

Zeitzeugen



Bild: Imago

Peter Wollseifer – Der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks weist darauf hin, dass nicht alle der etwa 200 000 Betriebe, die in den kommenden fünf bis sechs Jahren vor einem Generationswechsel stehen, fortgeführt werden können. In der Politik scheine der allgemeine Schwund aber kaum jemanden zu kümmern.

Hans-Peter Rauch – Als Ende vergangenen Jahres eine Delegation chinesischer Lehrer aus Shenzhen mehrere Berufsschulen in Bayern besuchte, führte der Präsident der HWK für Schwaben die Chinesen persönlich durch das neu erbaute Berufsbildungs- und Technologiezentrum in Augsburg. In China wird erwogen, das Modell der dualen und überbetrieblichen Ausbildung im Handwerk ebenfalls einzuführen.



Bild: Imago

Günther Oettinger – Der EU-Kommissar für Haushalt und Personal warb vergeblich bei den großen deutschen Lobbyverbänden für das umstrittene Dienstleistungspaket der EU-Kommission. Die Kommission wollte Dienstleistungsunternehmen in der Bauwirtschaft und Unternehmensdienstleistern erlauben, ihre Leistungen über eine elektronische Dienstleistungskarte in allen Ländern des Binnenmarktes anzubieten. Derzeit wird das Gesetzesvorhaben der EU nicht weiter verfolgt.

Tino Chrupalla – Der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion beklagt, dass das Wort Handwerk im aktuellen Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung nicht vorkomme. Er bewertet die Abgaben- und Steuerlast für die Betriebe als zu hoch, was sich daran zeige, dass die Gewinne in den letzten Jahren bei gleichen Umsätzen geschrumpft seien. Der gelernte Maler und Lakkierer ist einer von nur sieben Handwerkern unter den 709 Abgeordneten im Bundestag.



Bild: IG-Metall

Ralf Kutzner – Das IG-Metall-Vorstandsmitglied erinnert daran, dass Löhne und Sonderzahlungen im Metall- und Elektrohandwerk noch vor 20 Jahren nur wenig unter dem Niveau der Industrie lagen. Heute betrage der Lohnabstand zur Industrie rund 30 Prozent. Damit steige für einen großen Teil der Beschäftigten die Gefahr der Altersarmut.

Mehr Aufträge als Nachwuchs

Das Handwerk boomt, aber die Besetzung der Ausbildungsplätze bereitet Probleme

Für viele Handwerksberufe gilt wieder der alte Spruch „Handwerk hat goldenen Boden“. 40 Prozent der Betriebe haben prallvolle Auftragsbücher, wozu auch der Bauboom beiträgt. So mangelt es dem Handwerk denn auch weniger an Aufträgen denn an Nachwuchs.

Um 3,6 Prozent legten 2017 die Umsätze im Handwerk im Vergleich zum Vorjahr zu. Das ist mehr als in jedem der vorausgegangenen sechs Jahre und auch mehr als in der gesamten Volkswirtschaft. Die Unternehmen im Baugewerbe sind zurzeit durchschnittlich für 66 Tage im Voraus ausgelastet. Wenn Dachdecker, Zimmerer, Maler, Klempner, Fliesenleger und Elektroinstallateure bevorzugt Großaufträge im Baugewerbe annehmen, haben alle anderen Kunden das Nachsehen. Manch ein Handwerksbetrieb stellt einen Mitarbeiter allein für die Abarbeitung von Notfällen ein.

An der Spitze bei den Umsatzzuwächsen finden sich nach wie vor die Handwerke für den gewerblichen Bedarf wie Metallbauer, Feinwerkmechaniker und Informationstechniker. Auch das Bauhauptgewerbe meldete mit 4,5 Prozent Zuwachs eine deutliche Steigerung an. Mit 1,4 Prozent mehr Einnahmen hatten erneut die Gewerbe für den privaten Bedarf – dazu gehören das Kraftfahrzeug- und das Lebensmittelhandwerk sowie das Friseurgewerbe – den geringsten Zuwachs. Dem Unterschied in der Umsatzsteigerung bei den verschiedenen Branchen entspricht eine sich weiter vergrößernde Lohnlücke zwischen den Berufsgruppen.

> Um 3,6 Prozent sind die Umsätze 2017 gewachsen

Trotz der guten Konjunktur ist die Zahl der Mitarbeiter im Handwerk nur um vergleichsweise mickrige 0,6 Prozent gestiegen. Nie hatten es die Betriebe so schwer, Personal einzustellen. Im Schnitt dauert es 40 Tage, bis eine Stelle im Handwerk besetzt ist und damit sieben Tage länger als auf dem deutschen Arbeitsmarkt insgesamt.

Vor diesem Hintergrund fordern Politiker wie der Chef der CDU-Mittelstandsvereinigung, Carsten Linnemann, die Wiedereinführung der Meisterpflicht für bestimmte Handwerksberufe. Weniger Meister gleich weniger Ausbildung laute die einfache Gleichung. Diese Gleichung wäre allerdings überzeugender, wenn die jungen Menschen Schlange stehen würden, um einen Meister zu finden, der sie ausbildet. Doch das Gegenteil ist der Fall. Es mangelt weniger an zur Ausbildung berechtigten Meistern als an für eine Ausbildung geeigneten Bewerbern. Manche potenziellen Auszubildenden sind willig, haben von der Schule aber nicht das nötige Rüstzeug mitbekommen. Andere sind fähig, lassen sich von der Politik jedoch lieber an die Universitäten locken.

Zusätzlich verschärft der Staat das Nachwuchsproblem im Handwerk durch die Schließung von Berufsschulen. So werden die Wege der Auszubildenden zu den Berufsschulen immer länger.

Auf einen Mangel an Auswahlmöglichkeiten ist der Mangel an geeigneten Bewerbern, unter dem im Handwerk wie anderswo auch vor allem die kleineren Betriebe zu leiden haben, jedenfalls nicht zurückzuführen. 130 verschiedene Ausbildungsberufe hat das Handwerk zu bieten. Unter den zehn beliebtesten Ausbildungsberufen finden sich die Handwerksberufe KfZ-Mechatroniker auf Platz vier sowie Industriemechaniker und Elektroniker auf Platz acht und neun. Am wenigsten beliebt sind Ausbildungsberufe, die mit schwerer körperlicher Arbeit oder Schmutz und Lärm verbunden sind. Laut einem Bericht der „Bild“-Zeitung müssen Klempner und Heizungstechniker am längsten warten, bis eine Stelle besetzt ist, durchschnittlich 172 Tage.

Dagmar Jestrzemski/PAZ



Einer der letzten seiner Art? Der Beruf des Heizungstechniker gilt im Handwerk als wenig attraktiv

Bild: Colourbox

Kern des Mittelstands erodiert

Für Privatverbraucher, Industrie, Handel und den öffentlichen Sektor bietet die Branche ein breites und qualitativ hochwertiges Angebot an Waren und Dienstleistungen an. Viele Bereiche der Handwerkswirtschaft stehen in Konkurrenz zur industriellen Fertigung. Von der industriellen Massenproduktion unterscheidet sich die handwerkliche Tätigkeit unter anderem dadurch, dass meist auf Bestellung und Nachfrage geliefert wird. Das handwerkliche Gewerbe wird durch die Handwerksordnung geregelt, die zwischen zulassungspflichtigem Handwerk, zulassungsfreiem Handwerk und handwerksähnlichem Gewerbe unterscheidet.

2017 waren rund eine Million Betriebe in die Handwerksrollen und das Verzeichnis des handwerksähnlichen Gewerbes eingetragen. In der Branche sind insgesamt 5,49 Millionen Menschen und damit 12,4 Prozent aller Erwerbstätigen beschäftigt. 365 000 Lehrlinge erhalten eine qualifizierte Ausbildung, was 27,6 Prozent aller Auszubildenden in Deutschland entspricht. Der Umsatz in der Handwerkswirtschaft belief sich 2017 auf rund 581 Milliarden Euro ohne Mehrwertsteuer.

> Eine Million Betriebe

Wer einen Betrieb eröffnen möchte, muss die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen und wird dann in die Handwerksrolle der jeweiligen Handwerkskammer eingetragen. Gemäß der Handwerksordnung kann nach der Gesellenprüfung eine Fach- oder Meisterschule besucht werden. In der DDR waren die traditionelle Handwerksordnung und das Handwerksrecht zum großen Teil abgeschafft. Weltweit einmalig sind die Organisationen des Handwerks in Deutschland: die Innungen auf Kreisebene und die Bundesvereinigung der Fachverbände auf Landesebene als fachspezifische Organisationen, die Kreishandwerkerschaften auf Kreisebene, die Handwerkskammern auf Bezirksebene und der deutsche Handwerkskammertag in Berlin auf Landesebene als gewerkeübergreifende Organisationen.

D.J.

Geld ist nur ein Grund

Warum 2020 laut einer Studie 1,8 Millionen Gesellen fehlen könnten

Nach einer Studie der bayerischen Wirtschaftsvereinigung von 2017 könnten im Handwerk 2020 bundesweit bis zu 1,8 Millionen Gesellen fehlen. Die Gründe für den Fachkräftemangel sind vielfältig.

Eine Rolle spielt dabei die heutige höhere Studierneigung der Schulabgänger, während die Zahl der Schulabgänger weiter abnahm. 2013 begannen erstmals mehr junge Menschen ein Studium als eine duale Berufsausbildung. Jörg Dräger, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, plädiert dafür, die strikte Trennung zwischen akademischer und betrieblicher Ausbildung zu überwinden, indem Bildungswege stärker miteinander verzahnt und durchlässiger gestaltet werden.

Eine weitere Ursache für 19 000 unbesetzte Lehrstellen Ende des letzten Jahres sind die geringe Ausbildungsvergütung und vergleichsweise niedrige Gehälter. Mit 3217 Euro brutto verdienen Beschäftigte im Handwerk im Schnitt gut ein Fünftel weniger als Arbeitnehmer in anderen Branchen. Das ergab eine Studie des Instituts für Mittelstand und Handwerk der Uni Göttingen im letzten Jahr.

> Hohe Studierneigung, schwache Jahrgänge, starke Tarifflucht

Zurückzuführen ist dies aus Sicht der Gewerkschaften vor allem auf die schwindende Tarifbindung im Handwerksbereich. Noch in den 90er Jahren waren Flächentarifverträge im Handwerk die Norm. Besonders ausgeprägt ist die Tarifflucht in den mitteldeutschen Ländern, wo nur noch rund zehn Prozent aller Handwerksbetriebe Mitglied einer Innung sind. Im Westen sind es noch 40 Prozent.

Auch die Novellierung der Handwerksordnung im Jahr 2004 trug nachweislich zu den abnehmenden Ausbildungszahlen bei. Damals wurden 53 Handwerksberufe von der Meisterpflicht befreit, was zu mehr kleinen Unternehmen mit weniger Beschäftigten und weniger Auszubildenden geführt hat. Auch hat sich die Qualität der Arbeit in diesen Gewerken merklich verschlechtert. Aktuell gibt es in der Regierungskoalition die Forderung, in bestimmten Handwerksberufen den Meisterbrief als Voraussetzung für eine selbstständige Tätigkeit wieder einzuführen.

D.J.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Potsdam steigt rasant auf

Die alte Residenzstadt ist bereits einer der zehn teuersten Immobilienstandorte Deutschlands



Neubauten sollen sich am Grundriss, teilweise auch an der Fassadengestaltung des alten Potsdam orientieren: Die Fachhochschule aus DDR-Zeiten wird gerade abgerissen

Bild: Hanert

Noch in den 90er Jahren schien es, als würde Brandenburgs Landeshauptstadt zu den Orten und Regionen in den östlichen Bundesländern gehören, aus denen die Menschen abwandern. Mittlerweile ist Potsdam ein Neubürger-Magnet und einer der teuersten Immobilienstandorte in Deutschland.

Wie aus einer Untersuchung des Berliner Forschungsinstituts Empirica zur Preisentwicklung bei neugebauten Eigentumswohnungen hervorgeht, ist Potsdam mittlerweile in die Liga der zehn teuersten Städte in Deutschland aufgerückt. Höhere Preise als in Potsdam wurden laut der Auswertung nur noch in München, Stuttgart, Frankfurt am Main, Erlangen, Freiburg, Ingolstadt und Berlin verlangt.

Im Schnitt waren in Potsdam beim Kauf neugebauter Eigentumswohnungen je Quadratmeter 4913 Euro fällig. Damit hat Brandenburgs Landeshauptstadt fast das Berliner Preisniveau von 4928 Euro je Quadratmeter erreicht. In Einzelfällen geht es in Potsdam sogar um Angebote mit Quadratmeterpreisen von mehr als 13 000 Euro wie bei einer Villa am Tiefen See.

Auffällig ist auch, dass die Preise in Potsdam deutlich schneller als im bundesweiten Vergleich gestiegen sind. Laut dem Empirica-Immobilienpreisindex für das zweite Quartal 2018 haben die Kaufpreise bei Eigentumswohnungen im Vergleich zum Vorjahr bundesweit um durchschnittlich 8,4 Prozent zugelegt. In Potsdam stiegen die Preise für neue Eigentumswohnungen innerhalb eines Jahres im Schnitt dagegen um satte 32,9 Prozent.

Empirica wertet für ihren Preisindex Immobilieninserate aus. Der Grundstücksmarktbericht für das Land Brandenburg wird wiederum auf der Basis von Daten angefertigt, die Notare über ihre Grundstücksgeschäfte melden. Auch der nun vorliegende Bericht für 2017 spiegelt zum Teil extrem starke Preissteigerungen wider. Demnach sind in Potsdam und im Umland Berlins die Baulandpreise im vergangenen Jahr regelrecht explodiert.

> Eigentumswohnungen fast 33 Prozent teurer als im Vorjahr

Im Schnitt verteuerte sich im Speckgürtel um Berlin der Quadratmeter Bauland um 28 Prozent auf 172 Euro. Im übrigen Brandenburg stiegen die Baulandpreise im vergangenen Jahr im Schnitt um sechs Euro auf 49 Euro je Quadratmeter.

Auch die Durchschnittspreise für Einfamilienhäuser zogen weiter an: In Potsdam mussten Käufer für ein Einfamilienhaus im Schnitt 595 000 Euro bezahlen. Noch teurer als Potsdam ist Kleinmachnow. In dem südöstlich von Berlin gleich hinter der Stadtgrenze gelegenen Ort waren für ein Einfamilienhaus im Schnitt 800 000 Euro fällig. Im Durchschnitt stiegen in Brandenburg die Preise für freistehende Ein- und Zweifamilienhäuser erstmals über die Grenze von 200 000 Euro.

Günstige Preise findet man in Brandenburg noch in Regionen, die etwa eine Bahnstunde von Berlin entfernt sind. So kosteten im Süden Brandenburgs, im Landkreis Elbe-Elster, Reihenhäuser nur 17 100 Euro, Einfamilienhäuser werden für rund 48 000 Euro angeboten, Bauland ist schon für neun Euro zu haben. Dieses Preisniveau ist Folge der demografischen Entwicklung: Wegzug in die Hauptstadtregion, in andere Bundesländer und ins Ausland haben die Nachfrage sinken lassen.

Völlig anders ist das Bild in Potsdam. Ähnlich wie Berlin gewinnt die Stadt seit Jahren an Einwohnern hinzu. Im Jahr 1999 war die Bevölkerungszahl Potsdams auf knapp 129 000 Einwohner abgesunken. Prognosen sehen die Stadt im Jahr 2035 mittlerweile bei einer Einwohnerzahl von gut 220 000. Im Rathaus geht man davon aus, dass die Stadt unterm Strich bis 2035 jedes Jahr 2400 bis 3800 Menschen hinzugewinnt.

Die Verantwortlichen haben auf die Bevölkerungsentwicklung recht früh reagiert. Im Vergleich zu Berlin entstehen in Potsdam viele neue Wohnungen. Besuchern der Stadt fällt meist die Veränderung rund um die Potsdamer Nikolaikirche auf. Dort schreitet der Abriss einer alten Fachhochschule voran. Bis zum Oktober soll der Bau aus DDR-Zeiten verschwunden sein. Für die zweite Hälfte des kommenden Jahres ist der Start der Bebauung des Karrees mit Wohn- und Geschäftshäusern geplant.

Die Neubauten sollen sich am historischen Stadtgrundriss orientieren. Damit werden in einigen Jahren auch einige Straßenzüge wieder neu entstehen, die für Jahrzehnte aus dem Stadtbild verschwunden waren. Bei wichtigen Leitbauten des Areals ist zudem vorgesehen, auch die historischen Fassaden, so weit wie es geht, wieder erstehen zu lassen.

Etwas weniger im Blick stehen die Vorhaben in anderen Teilen der alten preußischen Residenzstadt. Zahlreiche Wohnungen wachsen in Babelsberg-Süd, auf dem Areal einer ehemaligen Kasernenanlage im Potsdamer Ortsteil Fahrland und in der Templiner und der Teltower Vorstadt.

Im Norden Potsdams entsteht auf dem Bornstedter Feld ein Wohngebiet, in dem in einigen Jahren 12 000 Menschen leben werden. Selbst in Potsdams Nobelviertel, der Berliner Vorstadt, wird der Baubestand mittlerweile nachverdichtet, sodass auch hier neue Wohnungen hinzukommen.

Norman Hanert

Neues von der Einheitswippe

Von Vera Lengsfeld

Im vergangenen Sommer habe ich an dieser Stelle von einer Aktion berichtet, die zum Ziel hat, das Einheits- und Freiheitsdenkmal, das auf der Berliner Schlossfreiheit aufgestellt werden soll, an einen anderen Ort zu versetzen. Auf der Schlossfreiheit sind bei archäologischen Grabungen die Bodenmosaiken der abgerissenen Kolonnaden entdeckt worden. Es böte sich also an, für diese Mosaiken die Kolonnaden wiederherzustellen, um das Bild vor der neu entstandenen Schlossfassade abzurunden.

Auch ohne die Wiederentdeckung der Mosaike war der vorgeschlagene Standort von vornherein fragwürdig. Historisch hat dieser Platz keinerlei Bezug zur Friedlichen Revolution von 1989 oder zur Einheit.

Der Einheitsvertrag wurde von der ersten frei gewählten Volkskammer auf dem Gelände des heutigen Humboldt-Forums beschlossen, die DDR-Fahne wurde symbolisch vor dem ehemaligen Staatsratsgebäude eingeholt, die große Einheitsfeier fand schließlich am Brandenburger Tor statt.

Warum sich die Initiatoren ausgerechnet auf den Standort Schlossfreiheit festgelegt haben, bleibt im Dunklen. Da aber der ehemalige Ministerpräsident der DDR Lothar de Maizière zu den Initiatoren gehört, der ein erbitterter Schlossgegner war, schließe ich nicht aus, dass die Standortwahl mit der Hoffnung getroffen wurde, den Wiederaufbau des Schlosses zu verhindern – und wenn das nicht gelingt, mit einem Monumentaldenkmal die Sicht auf die Frontfassade des Schlosses zu beeinträchtigen.

Die kleine Gruppe, die sich auf Initiative von Annette Ahme, eine der profiliertesten Streiterinnen, im vergangenen Jahr zusammengefunden hat, um eine Neudiskussion über die Aufstellung des Denkmals zu erzwingen, hat einen erstaunlichen Erfolg erzielt. Sieben Wochen lang haben sich Abend für Abend um 7 Uhr mindestens sieben Leute für sieben Minuten ans Spreeufer vor dem Schloss gestellt mit ihrer Forderung: „Die Wippe muss wandern."

Nachdem das Thema nun breit von den Medien aufgegriffen wurde, geht die Aktion in diesem Sommer weiter. Inzwischen ist ein idealer Standort für die Einheitswippe gefunden worden: die Wiese vor dem Westeingang des Reichstags.

Das ist eine riesige freie Fläche vor dem Besuchereingang des Parlaments. An dieser Stelle würde das Denkmal die Abgeordneten daran erinnern, von wem sie gewählt wurden, und wer die Einheit erzwungen hat: das Volk.

Hunderte ungeklärte Mordfälle in Berlin

Mittels DNA-Analysen konnten bereits Altfälle aufgeklärt werden – Zwei Mörder wurden gefasst und verurteilt

In Berlin gibt es insgesamt 269 sogenannte Cold Cases, also Mordfälle, die auch nach Jahren noch nicht aufgeklärt werden konnten. Obwohl aufgrund der Nachrichten aus Berlin, wie kürzlich erst der Mordversuch an zwei Obdachlosen, die ein Unbekannter mit Benzin übergossen und angezündet hatte, der Eindruck entsteht, dass in Berlin besonders häufig Verbrechen verübt werden, ist laut Kriminalstatistik die Anzahl der Tötungsdelikte seit 2008 in etwa gleich geblieben. 2017 gab es laut dieser Statistik 40 Morde und Mordversuche, 2008 waren es 42. In den Jahren dazwischen schwankten die Zahlen leicht.

Selbst bei der Aufklärungsquote liegt Berlin im Bundesdurchschnitt. Die Aufklärungsquoten lagen in den vergangenen Jahren zwischen 80 und 97 Prozent, im letzten Jahr waren es 82 Prozent.

Der Grünen-Politiker Benedikt Lux, der im Berliner Abgeordnetenhaus sitzt und innen- und rechtspolitischer Sprecher seiner Fraktion ist, hatte bereits mehrfach Anfragen bezüglich ungeklärter Morde an die Senatsinnenverwaltung gerichtet. Auf seine jüngste Anfrage antwortete diese, dass von 55 Fällen, bei denen die Spuren älterer ungeklärter Mordfälle neu untersucht und bewertet wurden, dies in sieben Fällen zu einer Wiederaufnahme des Verfahrens führte. Mit Hilfe von DNA-Analysen konnten in zwei Fällen die Täter auch nach Jahren noch überführt und verurteilt werden. In vier Fällen läuft die Bearbeitung laut Senatsinnenverwaltung noch, in einem Fall musste das Verfahren mit einem Freispruch beendet werden, weil Restzweifel bestanden.

Unbefriedigend ist laut Lux, dass viele Tatverdächtige sich auf der Flucht befinden. 60 Verdächtige, die mit Haftbefehl im Zusammenhang mit Mordfällen gesucht werden, haben sich ins Ausland abgesetzt. In der Antwort der Senatsinnenverwaltung heißt es dazu: „Der überwiegende Teil der Gesuchten ist in seine Heimatländer geflüchtet, um sich erfolgreich einer Strafverfolgung zu entziehen." Diese seien neben der Türkei der Libanon, der Irak, Syrien, Russland, Vietnam, Thailand, die Nachfolgestaaten Jugoslawiens sowie mehrere afrikanische Staaten. Es sind allesamt Länder, mit denen keine Auslieferungsabkommen bestehen.



Bild: imago

Tatort Berlin-Mitte: Die Spurensicherung der Polizei untersucht die Fundstelle eines unbekannten Mordopfers

Ungeklärte Altfälle werden in Berlin seit 1968 statistisch erfasst. Allerdings bilden solche Statistiken nur einen Teil der Realität ab, da nicht alle Mordfälle und Totschlagdelikte Eingang in die Statistik finden. Dies offenbarte wiederum eine Anfrage der Grünen an die Senatsinnenverwaltung, bei deren Beantwortung diese angab, dass in den Jahren 2009 bis 2013 41 Tötungsdelikte nicht in die Kriminalstatistik der Polizei aufgenommen wurden, weil noch keine Anhaltspunkte für einen konkreten Tatbestand vorgelegen hätten. Als Beispiel wurden Fälle genannt, in denen die Leiche eines vermissten Menschen nicht gefunden wurde. Auch damals war es der Politiker Lux, der forderte, dass über solche Fälle zumindest berichtet werden müsse: „Die Menschen haben ein Recht auf Transparenz."

Eine große Chance, alte Mordfälle doch noch zu lösen, bietet die DNA-Analyse, die sich seit den 1990er Jahren rasant entwickelt hat und mit deren Hilfe es möglich ist, anhand von Blutspuren, Haar- oder Textilfasern am Tatort einen Mörder auch nach Jahren noch zu überführen, wie bei den zwei gelösten Altfällen geschehen. Allerdings hat die Methode ihren Preis. Je Analyse können es 1000 Euro sein. Bei mehreren Spuren kommt da einiges zusammen. Zudem sind den Ermittlern bei der Verwendung der Proben enge juristische Grenzen gesetzt.

Auch in anderen Bundesländern gibt es Hunderte ungeklärter Mordfälle. In Niedersachsen sind es beispielsweise 300, in Nordrhein-Westfalen (NRW) über 900. Wie viele Tausende es bundesweit sind, ist unbekannt, da eine offizielle Statistik bislang fehlt. NRW plant den Aufbau einer Datenbank für ungeklärte Mordfälle.

Manuela Rosenthal-Kappi

MELDUNGEN

UN stecken in Geldnöten

New York – Wegen ausbleibender Beitragszahlungen von Mitgliedsstaaten sind die Vereinten Nationen in Zahlungsschwierigkeiten gerutscht. UN-Generalsekretär Antonio Guterres hat Maßnahmen zur Kostensenkung angekündigt, auf Einsparungen beim Personal soll jedoch verzichtet werden. Grund für den Engpass ist, dass bis Ende Juli nur 122 der 193 Mitgliedsländer ihre vollen Beiträge überwiesen haben. Vor allem die USA, vor Japan, China und Deutschland größter Beitragszahler, blieben säumig. US-Präsident Donald Trump begründet die Zahlungsverzögerung damit, dass die USA ungerecht viel beizusteuern hätten zum UN-Etat. *H.H.*

EU-Kritiker dürften zulegen

Brüssel – EU-kritische Parteien können bei den EU-Wahlen im Frühjahr 2019 mit deutlichen Stimmenzuwächsen rechnen. Laut einer Analyse der britischen Nachrichtenagentur Reuters dürfte sich ihr Stimmenanteil von zuletzt knapp elf auf mehr als 17 Prozent erhöhen. Zu den genannten Parteien zählen neben der deutschen AfD auch die französische Nationale Sammlung (bislang Nationale Front), die Partei des Niederländers Geert Wilders oder die italienische Fünf-Sterne-Bewegung. Der Ausstieg der britischen UKIP wegen des Brexit werden die EU-Kritiker demnach mehr als kompensieren und 122 der dann 705 Sitze im EU-Parlament erlangen. Stärkste Kraft bleibe zwar die christdemokratische Europäische Volkspartei (EVP), der auch CDU und CSU angehören. Die EVP-Fraktion dürfte laut der Reuters-Analyse jedoch von 219 auf nur noch 180 Sitze schrumpfen. Für die Studie wurden nationale Umfrageergebnisse zusammengerechnet. *H.H.*

Im Tippelschritt in die Zukunft

Kubas Kommunisten wollen dem Volk ein bisschen mehr Markt gewähren – Machtmonopol bleibt

Ein neues Amt, ein bisschen mehr Privatbesitz und die „Ehe für alle“. Die sozialistische Republik Kuba soll sich wandeln – aber langsam.

Übernächsten Montag feiert der Inselstaat den Geburtstag des verstorbenen Revolutionsführers Fidel Castro, und zu diesem Anlass sollten sich die Bürger an der Ausarbeitung einer neuen Verfassung aktiv und bewusst beteiligen, erklärte Staatschef Miguel Díaz-Canel nach einer Sitzung haben, in einem Volksentscheid darüber abstimmen.

Der Begriff „Kommunismus“ findet sich in dem verabschiedeten Papier nicht mehr, stattdessen ist von einem „modernen Sozialismus“ die Rede. Demokratische Abläufe sind auch weiterhin nicht vorgesehen. Die Kommunistische Partei Kubas soll verfassungsgemäß die einzig zugelassene Partei des Landes bleiben.

Zurzeit ist Miguel Díaz-Canel als Präsident des Staatsrates Staatsoberhaupt und als Vorsit- Nicht nur dass der Staatschef den Vorsitz im Staatsrat verlieren soll, er soll auch beim Amtsantritt jünger als 60 Jahre alt sein und höchstens zehn Jahre im Amt bleiben dürfen.

Wie für den politischen Sektor sind auch für den wirtschaftlichen Bereich Änderungen vorgesehen, aber nur maßvolle. Im neuen Verfassungsentwurf taucht erstmals der Begriff „Privatbesitz“ auf. Zudem soll das Land für ausländische Investitionen geöffnet werden, die als wichtige Faktoren für rund um den ehemaligen kubanischen Präsidenten Raúl Castro erarbeitet, der vor einem Jahrzehnt die Nachfolge seines mittlerweile verstorbenen Bruders Fidel angetreten und dem Land einen moderaten Öffnungskurs verordnet hatte. Obwohl seit diesem Jahr nicht mehr Staats- und Regierungschef, bleibt Castro als Erster Sekretär der einzigen Partei nach wie vor eine zentrale Figur im politischen Geschehen.

In Kuba werde es keinen Kapitalismus geben „und auch keine Zu-



Demonstrative Geschlossenheit bei der Debatte um die neue Verfassung: Kubas Parlament

Bild: Imago

des Parlaments in der vergangenen Woche. Zuvor hatte in der Hauptstadt Havanna das kubanische Parlament den Weg für eine Verfassungsreform freigemacht. Die bisherige von 1976 stammt noch aus der Sowjetära und entwickelte das Land unter Castros harter Hand zu einem kommunistischen Staat.

Am Ende des Reformprozesses sind die Bürger am Zuge. Sie sollen, nachdem sie bis Mitte November den vom Parlament beschlossenen Entwurf diskutiert zender des Ministerrates Regierungschef. Diese Machtkonzentration soll zukünftig zurückgefahren werden. Dafür soll das 1976 abgeschaffte Amt des Premierministers wieder eingeführt und das neugeschaffene Amt des „Präsidenten der Republik“ vom Vorsitz des Staatsrates getrennt werden. Der Staatsrat, ein 31 Mitglieder zählendes Organ des Parlaments, das zwischen dessen seltenen Tagungen die gesetzgeberische Gewalt ausübt, soll künftig vom Parlamentspräsidenten geleitet werden. das Wirtschaftswachstum angesehen werden. Der Sekretär des Staatsrats, Homero Acosta, sagte kubanischen Medien zufolge, das „sozialistische Modell“ bleibe zwar im Prinzip erhalten mit der führenden Rolle der Kommunistischen Partei und der Staatswirtschaft, doch bedürfe es Veränderungen. Die Gesellschaft und die Wirtschaft hätten sich gewandelt, und dies müsse sich auch in der Verfassung widerspiegeln.

Die Veränderungsvorschläge wurden von einer Kommission geständnisse an diejenigen, die schon auf 1000 verschiedene Arten und Weisen versucht haben, uns von unseren historischen Werten der Revolution zu distanzieren“, erklärte sein Nachfolger als Staatschef. Einheimische Medien unterstützen Díaz-Canel und beeilten sich zu betonen, dass die neue Verfassung nicht dazu führen werde, „dass das Zeichen von McDonald’s auf den Plätzen Havannas zu sehen“ sein werde.

Die Neuerungen im wirtschaftlichen Sektor sind vor allem der erhöhten Nachfrage durch Touristen geschuldet. Einheimische Hotels gelten trotz der attraktiven Lage und des Klimas auf der Insel als unterbucht, weil sie kaum internationalen Standards entsprechen. Rund 591000 der gut elf Millionen Einwohner Kubas arbeiten im Privatsektor, der 13 Prozent der Wirtschaftsleistung erbringt. Acosta betonte, dass man die Rolle des Marktes nicht länger ignorieren könne und Privatbesitz zu Kubas Wirtschaftssystem dazugehöre. „Kleine und mittlere Unternehmen können anerkannt werden, doch die Fähigkeit des Staates zur Leitung und Kontrolle der Wirtschaft muss bewahrt werden“, erklärte er jedoch einschränkend.

Auf gesellschaftspolitischem Gebiet sprach sich die kubanische Nationalversammlung dafür aus, die Ehe nicht mehr als „freiwilligen Bund zwischen einem Mann und einer Frau“ zu definieren, sondern als „freiwillige Verbindung zwischen zwei Personen“. Als federführend für die Einführung der „Ehe für alle“ gilt Mariela Castro, die sich seit Langem als Abgeordnete des Parlaments für Minderheitenrechte einsetzt. Die Tochter Raúl Castros ist deshalb innerhalb des Machtzentrums der Kommunistischen Partei höchst umstritten. Noch in der Amtszeit ihres Onkels wurden Homosexuelle in sogenannten Umerziehungslagern kaserniert und durften nicht in den Staatsdienst übernommen werden, was einer Existenzvernichtung gleichkam. Ob dieser Verfassungsänderungsvorschlag allerdings so umgesetzt wird, ist angesichts der Stimmungslage im traditionell eher strukturkonservativen Kuba ungewiss.

Denn am Ende des nun eingeleiteten Reformprozesses sollen ja die Bürger am Zuge sein. Die staatstreuen kubanischen Medien geben sich zuversichtlich. Sie lassen keinen Zweifel daran, dass das Volk „in übergroßer Mehrheit ihren gütigen Führern folgen wird“. *Peter Entinger*

Kein Schutz für Christen

Schlimmer als Boko Haram und mit Billigung des Staates – In Nigeria terrorisieren islamische Nomaden christliche Bauern

Zwischen dem islamischen Norden Nigerias, in dem die Terrorgruppe „Boko Haram“ seit neun Jahren ihr Unwesen treibt, und dem noch friedlichen christlichen Süden liegt der gemischtreligiöse sogenannte Middle Belt, der seit einigen Jahren auch mit Billigung der Regierung zunehmend von nomadisierenden Fulani-Milizen islamisiert wird.

Seit Jahrhunderten weiden Angehörige des muslimischen Hirtenvolks der Fulani ihre Herden in Zentralnigeria und immer wieder gab es Konflikte mit den mehrheitlich christlichen Bauern. Früher sind diese Auseinandersetzungen aber eher ethnisch oder ökonomisch gewesen, heute geht es um die Religion. Die Übergriffe von extremistischen Fulani-Gruppen nehmen in Nigeria seit Jahren zu. Anders als die Terrorgruppe Boko Haram, die ihr Unwesen nur im Norden Nigerias treibt, bedrohen die nomadisierenden Fulani-Milizen das Zentrum des volkreichsten Staates Afrikas. Nigerias Middle Belt, der zentrale Landesteil, die mehrheitlich christliche Gegend von Jos, ist das Zentrum des Fulani-Aufstandes.

Anders als die Terrorgruppe Boko Haram, die von Armeen von vier Staaten bekämpft werden, ergalten die Fulani-Milizen von der nigerianischen Armee sogar Unterstützung. Dabei sind die Fulani-Dschihadisten nach dem „Global Terrorism Index“ („GTI“) die viertgrößte Terrorgruppe weltweit nach Boko Haram, dem Islamischen Staat (IS) und al-Kaida. Als Muhammadu Buhari am 31. März 2015 zum Präsidenten Nigerias gewählt wurde, kündigte er seinen Kampf gegen die Terrorgruppe Boko Haram an, die er als „gottlose Menschen“ bezeichnet. Doch bei den Gräueltaten der Fulani hüllt sich Buhari bis jetzt in Schweigen. Menschenrechtsaktivisten und die Bischofskonferenz fordern vom Präsidenten, der selbst den Fulani angehört, entschiedenes Handeln.

Im Gegensatz zum Terror von Boko Haram wird das Morden der Fulani-Kämpfer in Nigeria nur am Rande wahrgenommen, wenn überhaupt. In den großen Medien Nigerias sucht man Meldungen darüber vergebens. Dabei sind die extremistischen Gruppen der Fulani noch schlimmer als die Terrorgruppe Boko Haram, zu der sie Verbindungen haben sollen. Samuel Ortom, Gouverneur von Benue: „Wenn Boko Haram ein Dorf einnimmt, dann bringt sie einige Bewohner um und rekrutiert andere für ihre Terrormiliz. Boko Haram trennt bei ihren Überfällen die Frauen und Kinder von den Männern und bringt in der Regel Letztere um. Die radikalen Fulani-Milizen verschonen niemanden. Sie schlachten und verbrennen sogar Babys und schlitzen die Bäuche von schwangeren Frauen auf.

Trotz ihrer tödlichen Brutalität können sich die Fulani-Extremisten, anders als Boko Haram, mit ihrem Vieh frei bewegen. Strafrechtliche Verfolgung müssen sie nicht fürchten. Im Gegenteil, wenn sich Dorfbewohner gegen sie wehren, müssen sie mit Verhaftung rechnen, ihnen wird Viehdiebstahl vorgeworfen. Der Mord an Tausenden Christen bleibt dagegen unverfolgt und ungesühnt.

Analysten vermuten, dass die traditionell muslimischen Fulani im Norden Nigerias wie so viele Völker und Staaten Afrikas durch den wahhabitischen Einfluss Saudi-Arabiens radikalisiert wurden. Dazu haben die Konflikte in Libyen und in Mali den Waffenschmuggel durch die durchlässige Grenze zu Nigeria begünstigt. Die dschihadistisch unterwanderten Fulani führen bewusst einen Religionskrieg. Wie die IS-Krieger oder al-Kaida schreien sie bei ihren mörderischen Angriffen „Allahu Akbar“. Ihre Opfer sind vorwiegend Christen, auch vor der Zerstörung von Kirchen machen sie nicht halt.

In der Regel werden vor jedem Angriff der Fulanis Militärhubschrauber gesichtet, die Waffen und anderen Nachschub über dem Gebiet abwerfen, das von Fulani-Stämmen bewohnt wird. Dann kommt die Attacke. Die christlichen Dorfbewohner, denen es verboten ist, Waffen zu tragen, haben keine Möglichkeit, sich zu verteidigen. Die Regierung behauptet, dass dies ein Land- und Agrarkonflikt sei. Verdächtigerweise sind es jedoch nur christliche Gemeinden, die systematisch vertrieben werden.

Die Komplizenschaft zwischen der Armee und den Fulani ist offensichtlich. Das Leiden der Fulani-Opfer interessiert die eigene Regierung nicht. Vielmehr scheint diese ethnische und religiöse Säuberung mit aktiver Beteiligung oder zumindest heimlicher Begünstigung der Regierung stattzufinden. Dazu trägt auch die Gleichgültigkeit der Welt bei, die es zulässt, dass die nigerianische Regierung Nord- und Zentralnigeria ungestört von den Christen säubern lässt. Die Christen von Nigeria sind allein. *Bodo Bost*



Bild: Imago

Von ihm dürfen Nigerias christliche Bauern keinen Schutz erwarten: Präsident Muhammadu Buhari

Inflation trifft vor allem die Schwachen

Venezuela drohen Weimarer Verhältnisse – Steigende Preise für Lebensnotwendiges in der Eurozone

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat davor gewarnt, dass es in Venezuela bis zum Jahresende zu einer Inflation in Höhe von mehr als einer Million Prozent kommen könnte. Der IWF verglich die Zustände mit der Hyperinflation in der Weimarer Republik. So weit ist es in der Eurozone noch nicht, doch steigen hier vor allem die Preise für Lebensnotwendiges.

Schon jetzt scheint Venezuela nicht weit von Verhältnissen wie in Deutschland im Jahr 1923 entfernt zu sein. Zwar haben die Behörden des Landes aufgehört, wichtige Wirtschaftsdaten regelmäßig zu veröffentlichen, die Anzeichen für eine galoppierende Inflation sind aber nicht zu übersehen. Der größte Geldschein des Landes, der 100 000-Bolivar-Schein, ist auf dem Schwarzmarkt umgerechnet weniger als einen Euro-Cent wert. Lebensmittel und Medikamente sind für viele Bürger kaum noch erschwinglich.

Staatschef Nicolás Maduro hat angesichts der Inflation einige Maßnahmen angekündigt: Noch diesen Monat soll ein Währungsschnitt erfolgen, bei dem fünf Nullen von den Geldscheinen gestrichen werden. Der neu geplante „Bolívar Soberano“ soll zudem an den Preis des venezolanischen Erdöls gekoppelt werden. Venezuela sitzt auf den weltweit größten Ölreserven. Der Einbruch der Rohölpreise vor fast vier Jahren und die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung haben das potenziell reiche Land allerdings in eine tiefe Krise geführt.

Im Vergleich zu der Entwicklung in Venezuela scheint die Geldentwertung in der Eurozone harmlos. Die Europäische Zentralbank (EZB) strebt seit 2003 einen Inflationswert von knapp unter zwei Prozent an. Nach Angaben des Statistischen Amts der Europäischen Union (Eurostat) lag der Preisauftrieb im gesamten Euroraum im vergangenen Juni bei 2,0 Prozent im Vergleich zum Juni 2017. Die niedrigsten Inflationsraten in der Eurozone wurden im Juni in Irland (0,7 Prozent) und Griechenland (1,0 Prozent) festgestellt. In Estland (3,9 Prozent) und der Slowakei (2,9 Prozent) stiegen die Preise stark.

Für Deutschland ermittelte das Statistische Bundesamt für den Juni einen Preisauftrieb von 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Aus Sicht der Statistiker hatten erneut die Energiepreise, Dienstleistungen, Lebensmittel, Alkohol und Tabak den stärksten Anteil am Preisauftrieb.

Die ermittelten Werte passen zu einer Entwicklung, die schon länger zu beobachten ist: Die Preise für Lebensnotwendiges wie Nahrung und Energie sowie auch die Mieten haben in den letzten Jahren stark angezogen. Eine Reihe von Industrieprodukten, etwa Unterhaltungselektronik, sind dagegen im Preis gefallen oder haben sich nur moderat verteuert.

Mit den Auswirkungen dieser Entwicklung haben sich die Wissenschaftler Eren Gürer und Alfons J. Weichenrieder von der Frankfurter Goethe-Universität beschäftigt. Aus Sicht der beiden Ökonomen stellt die Inflation gerade für Geringverdiener eine zusätzliche Belastung dar. Sieht man sich den individuellen Warenkorb an, müssen nämlich Haushalte mit geringen Einkommen im Alltag mit einer höheren Preissteigerungsrate zurechtkommen. Die stark steigenden Ausgaben für Nahrung, Mieten und Energie machen bei den Beziehern kleinerer Einkommen einen großen Anteil am Haushaltsbudget aus. Nichtsdestotrotz sind diese Ausgaben aber notwendig.

Finanzkräftige Haushalte hingegen geben anteilig mehr Geld für Waren aus, die tendenziell weniger von der Inflation betroffen sind. Gerade die weniger wohlhabenden Gesellschaftsschichten erleben damit eine weit höhere Inflation als dies die offiziell ausgewiesene Teuerungsrate nahelegt.

Schon lange bekannt ist eine andere Begleiterscheinung der Inflation, der sogenannte Cantillon-Effekt. Schon vor rund 300 Jahren hatte der Ökonom Richard Cantillon erkannt, dass sich eine erhöhte Geldmenge nicht gleichmäßig, sondern stufenweise in einer Volkswirtschaft verteilt. Frisch gedrucktes Geld nutzt vor allem denen, die den besten Zugang zu den Geldemittenten haben. Nutznießer des Cantillon-Effekts sind etwa der Staat, aber auch Banken.

Seit einigen Jahren ist ein historisch einmaliger Umstand hinzugekommen. Wichtige Zentralbanken haben nach Ausbruch der globalen Finanzkrise von 2008 die Zinsen erstmals unter Null gedrückt. Zudem legten die Notenbanken riesige Ankaufprogramme für Staatsanleihen und andere Finanzpapiere auf und griffen damit sehr massiv in die Märkte ein. Diese extreme Geldpolitik verstärkt den Cantillon-Effekt noch zusätzlich. Viele Staaten können trotz bereits vorhandener riesiger Schuldenberge so günstig wie nie neue Schulden aufnehmen. Die Staaten sind noch aus einem anderen Grund Profiteure der Inflation. Diese sorgt nämlich dafür, dass die Staatsanleihen real an Wert verlieren. Damit entwerten sich die Schulden des Staates.

Auf der anderen Seite ist für Otto Normalverbraucher mit den traditionell bevorzugten Sparbüchern oder Lebensversicherungen schwerlich ein Vermögensaufbau möglich. Selbst bei einer „moderaten“ Inflation findet unter den Bedingungen von Mini- und Minuszinsen unter dem Strich eine negative Realverzinsung, eine Form des Entsparens, statt. *Norman Hanert*

Damals noch umgerechnet zwei Euro wert, heute auf dem Schwarzmarkt für weniger als einen Cent zu haben: Vor acht Monaten erst stellte Venezuelas Präsident Nicolás Maduro die 100 000-Bolivar-Note als sneuen größten Geldschein seines Staates vor

Bild: Reuters

MELDUNG

DUH geht auf Autos an sich los

Berlin – Die private, aber staatlich mitfinanzierte Lobbygruppe „Deutsche Umwelthilfe“ (DUH) macht laut „Focus“ nun auch Front gegen „Carsharing“. Mit diesem System können sich Kunden ein Auto kurzfristig leihen, womit sie ermutigt werden sollen, auf einen privaten Pkw zu verzichten. Offenbar will die DUH die gesamte Pkw-Branche aufs Korn nehmen. Obwohl die Emission von umweltschädlichem Stickoxid zwischen 1990 bis 2015 dramatisch von 2900 auf 1200 Tonnen zurückgegangen ist, steigert die DUH ihren Alarmismus. Die Gruppe wird von der Bundesregierung, aber auch von britischen und US-amerikanischen Stellen mitfinanziert und verfügt laut „Focus“ über „bemerkenswerte“ Querverbindungen zur Windkraft-Lobby. Kritiker werfen der DUH vor, im Falle der Autohersteller gezielt auf die größte deutsche Industriebranche loszugehen und somit Deutschland in einer wirtschaftlichen Kernkompetenz schwächen zu wollen. Derweil stapeln sich bei Schrotthändlern nur wenige Jahre alte Dieselautos, die noch viele Jahre hätten fahren können. Erstaunlicherweise spielt der ökologische wie wirtschaftliche Schaden, die mit der viel zu frühen Verschrottung intakter Wagen einhergeht, kaum eine Rolle in der aufgeheizten Diskussion. *H.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.947.495.869.757 €
Vorwoche: 1.947.543.039.427 €

Verschuldung pro Kopf:
23.549 €
Vorwoche: 23.549 €

(Dienstag, 31. Juli 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Unruhe am Bosporus

Türkische Lira auf Talfahrt – Währungshüter in der Zwickmühle

Entgegen den Vermutungen von Anlageexperten hat die türkische Zentralbank auf eine Erhöhung des Leitzinses verzichtet. Die Währungshüter in Ankara beließen den Leitzins, zu dem sich Geschäftsbanken bei der Notenbank Geld leihen können, bei 17,75 Prozent. Viele Anleger reagierten auf den ausgebliebenen Zinsschritt mit Verkäufen türkischer Anlagewerte: Die türkische Lira verlor zum US-Dollar kurzzeitig fast drei Prozent an Wert, auch die Börse sackte um vier Prozent ab. Auf den Markt geworfen wurden ebenso türkische Staatsanleihen.

Unter Analysten war die Annahme weit verbreitet, die türkische Zentralbank würde zur Bekämpfung der Inflation den Leitzins um einen Prozentpunkt erhöhen. Laut Statistikamt Turkstat haben im Juni die Preise um 15,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zugelegt. Angesichts dieser Inflationsentwicklung hätte es nahegelegen, dass die Notenbank einen deutlichen Zinsschritt macht. Die türkischen Währungshüter haben in den vergangenen Jahren den Leitzins kontinuierlich angehoben, um die schwächelnde Landeswährung zu stützen.

Der Verzicht auf einen weiteren Zinsschritt hat bei Türkei-Beobachtern die Sorge um die Unabhängigkeit der Zentralbank neu befeuert. Erdogan gilt als ein Gegner hoher Zinsen. Nach seinem Erfolg bei den letzten Wahlen hat der türkische Präsident bereits ein Dekret erlassen, das ihn ermächtigt, den Präsidenten und den Vizepräsidenten der Zentralbank künftig allein zu ernennen.



Bild: ddp images

An der Börse Istanbul: Türkeis Finanzminister Berat Albayrak

Der Druck auf die türkische Zentralbank wächst nicht nur vonseiten der Politik. Die Währungshüter müssen eine ganze Reihe von Faktoren berücksichtigen. Das ohnehin schon hohe Zinsniveau ist auch eine Belastung für kleinere Unternehmen, die auf Kredite angewiesen sind.

Türkische Konzerne sehen wiederum den Absturz der Landeswährung mit großer Sorge. Viele Großunternehmen sind in den letzten Jahren mit geliehenem Geld auf Einkaufstour gegangen und nun stark in Euro oder Dollar verschuldet. Nach Angaben der „Neuen Zürcher Zeitung“ hat sich die Auslandsverschuldung türkischer Unternehmen innerhalb von zehn Jahren mehr als verdoppelt. Demnach soll mit Stand vom September 2017 die Auslandsverschuldung türkischer Firmen 308 Milliarden US-Dollar betragen haben.

Berücksichtigen müssen die türkischen Währungshüter auch die Entwicklung in den USA. Die Zinserhöhungen der dortigen Zentralbank haben US-Anlagen für Investoren attraktiver gemacht. Als Folge wurden hohe Beträge aus Schwellenländern wie der Türkei abgezogen. Inzwischen drohen der Türkei auch noch Sanktionen durch die USA. Präsident Trump kündigte Schritte an, mit denen er die Freilassung eines US-Pastors erzwingen will, der seit fast zwei Jahren in der Türkei festgehalten wird. *N.H.*

Drohender Ölkrieg am Golf

US-Präsident Trump möchte die Lieferungen aus dem Iran kappen

Der US-Präsident Donald Trump will die Öllieferungen aus dem Iran kappen. Einerseits! Andererseits schlug er den Machthabern in Teheran überraschend ein Gesprächsangebot ohne Vorbedingungen vor.

Zuvor agierte Trump über den Kurzmitteilungsdienst Twitter gewohnt aggressiv. „Bedrohen Sie niemals wieder die USA, oder Sie werden Konsequenzen zu spüren bekommen, die nur wenige in der Geschichte jemals zu spüren bekommen haben“, drohte er der Teheraner Regierung .

Der iranische Präsident Hassan Rohani hatte zuvor mit einer Blockade der Ölexport-Routen am Persischen Golf gedroht. Er warnte den US-Präsidenten, nicht mit dem Feuer zu spielen und benutzte eine persische Redewendung: „Nicht mit dem Schwanz des Löwen spielen, Herr Trump, das würdest du bereuen.“

Iran ist eines der rohstoffreichsten Länder der Erde. Dem Westen ist das Land jedoch wegen Mahmud Ahmadineschads Präsidentschaft von 2005 bis 2013 äußerst suspekt. Nach dem US-amerikanischen Ausstieg aus dem Atomabkommen im Mai wurde der Tonfall zwischen Washington und Teheran schärfer. US-Außenminister Mike Pompeo hatte kürzlich erklärt, sein Land habe „keine Angst davor, iranische Beamte auf höchster Ebene der Regierung mit Sanktionen zu belegen. "Der Iran wird von etwas geleitet, das der Mafia mehr ähnelt als einer Regierung“, sagte Pompeo.

Die verbalen Kraftmeiereien haben bereits dazu geführt, dass die Ölpreise um mehr als 3,5 Prozent gestiegen sind. Mit dem Ausstieg aus dem Atomabkommen und den Sanktionen gegen das Regime in Teheran wollen die US-Amerikaner den Einfluss des Iran im Nahen Osten reduzieren. Die US-Regierung behauptet, dass der Iran unter dem Schirm des Atomabkommens Stellvertreterkriege im Nahen Osten führt.

Iran droht mit der Blockade der Straße von Hormus

Der Iran ist der drittgrößte Ölproduzent in der Organisation der Erdöl exportierenden Länder (OPEC) und exportierte im Mai dieses Jahres rund 2,7 Millionen Barrel Rohöl pro Tag. Davon importierte China fast 27 Prozent, gefolgt von Indien mit 16 Prozent, Südkorea und der Türkei mit jeweils zehn Prozent sowie Japan mit sieben Prozent.

Sollte es den USA gelingen, ihre Verbündeten zu einem Ausstieg aus dem Ölhandel mit dem Iran zu überreden, könnten Saudi-Arabien, Irak, Kuwait und auch Russland die großen Nutznießer sein. Vor allem die Türkei ist derzeit stark von iranischen Ölexporten abhängig. Westliche Experten warnen davor, der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan könne sich mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin auf ein Abkommen einigen und so eine neue Machtbasis bilden.

Ob die Pläne der US-Regierung aufgehen, ist ungewiss, denn in Teheran wird man einen unkalkulierbaren wirtschaftlichen Schaden durch eine spürbare Verminderung des Ölexports kaum ohne Reaktion hinnehmen wollen. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ stellte daher schon die Theorie auf, Teheran könne die Straße von Hormus zwischen dem Iran und der arabischen Halbinsel blockieren. Nur Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate sollen Ölleitungen betreiben, mit denen das schwarze Gold auch bei einer Sperrung der Straße von Hormus aus der Golfregion heraus transportiert werden könne. *Peter Entinger*

Nützlicher Idiot

Von Harald Tews

Rassismus, was denn sonst? Gleich mehrfach hat Ex-Nationalspieler Mesut Özil diesen Begriff in seiner Abrechnung mit dem DFB verwendet, und nahezu widerspruchslos haben die meisten Medien dem Fußballer geglaubt: Özil sei das Opfer eines grassierenden Rassismus in Deutschland im Allgemeinen und des DFB im Besonderen. Plötzlich vergessen all jene Kommentatoren, die sich jetzt in Sachen Rassismus auf Özils Seite stellen, dass sie vor Kurzem noch die Integrationsarbeit des DFB, von der unter anderem auch Özil finanziell ziemlich gut profitiert hat, als vorbildlich gelobt haben.

Das ist geschickt gemacht: Der Rassismusvorwurf lenkt von Özils eigentlicher Verfehlung, seine Foto-Propaganda für Erdogan, ab. Von selbst kann er auf diesen taktischen Kniff nicht gekommen sein. Seine auf Englisch verfasste Rassismus-Botschaft auf Twitter – klar, die ganze Welt sollte davon erfahren – wirkt wie eingeflüstert. Von wem? Von Erdogan vielleicht?

Die Foto-Affäre, die weltweit für Aufsehen gesorgt hat, kam dem Staatspräsidenten gerade recht. Sein Land ist einziger Konkurrent zu Deutschland bei der Bewerbung um die Fußball-Europameisterschaft 2024. Die Entscheidung darüber, wo sie stattfinden wird, fällt am 27. September. Ausrichter ist die UEFA. Und wie hieß noch die Anti-Rassismus-Kampagne, welche die UEFA lange Zeit und mit viel Werbeaufwand betrieben hat? Ach ja: „No to Rascim“.

Entweder war Özil für Erdogan nur ein nützlicher Idiot, um die EM in die Türkei zu holen, oder er hat sich bewusst in eine Werbekampagne dafür einbinden lassen. So oder so steht es im Kampf gegen Deutschland um die EM 1:0 für die Türkei. Dafür, dass Özil dieses Tor mit einem Rassismus-Foul erzielt hat, verdient er die rote Karte. Stattdessen jubelt ihm die gleichgeschaltete Medienlandschaft zu, sobald er das Rassismus-Fähnchen zückt und sich als Opfer verherrlicht.

Unterwerfungspädagogik

Von Hermann Paul Winter

In neun von 16 Bundesländern wird an staatlichen Schulen Islamunterricht angeboten. Die involvierten Islamverbände ringen dabei um den größtmöglichen Einfluss auf die Lehrinhalte. Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, erklärte vor Kurzem, er betrachte den Versuch, aus dem Modellprojekt „Religionsunterricht sunnitischer Prägung“ des Landes ein reguläres Unterrichtsfach zu entwickeln, als gescheitert. Zu viele Versuche der Einflussnahme seitens der Islamverbände habe es gegeben. Eine erstaunliche Erkenntnis für einen Grünen!

Tatsächlich versuchen türkisch-islamische Lobbyisten bis heute, das Projekt zu dominieren. Die Liste derer, die an der Ausarbeitung des seit 2016 praktizierten Lehrplans für das Modellprojekt beteiligt waren, liest sich wie ein Auszug aus einem türkischen Telefonbuch. Und so überrascht es nicht, dass ein Blick in den Plan die Handschrift des fundamentalen Islam erkennen lässt.

Anders als in den christlichen Religionsfächern, die Anregungen zum Reflektieren über den Glauben vermitteln wollen, finden sich im Bildungsplan für den sunnitisch geprägten Islamunterricht Vorgaben, die alarmieren müssen. „Der Glaube“ sowie das „Denken und Handeln nach dem Vorbild des Gesandten Muhammad“ soll „erlernt“ werden. Und die Schüler sollen verschiedene Arten des Gebets kennenlernen und nach den jeweiligen Regeln ausführen, darunter die Sure al-Fatiha („Allah, Dir dienen wir!“). Es ist skandalös, Kinder an deutschen Schulen mit derlei Denk- und Handlungsvorschriften zu konfrontieren. Indoktrinationen dieser Art laufen allen europäischen Grundwerten zuwider und zeichnen das Bild einer fatalen Unterwerfungspädagogik.

> Ein klassisches Beispiel für grüne Politik

Bisher hat Kretschmann die entmündigenden, von jeglichem demokratischen Verständnis abweichenden Passagen im Lehrplan geduldet. Nachdem die Machenschaften einiger Islamverbände mittlerweile öffentlich geworden sind, will er jetzt die Trägerschaft für den Unterricht einer Stiftung auferlegen. Man darf gespannt sein, wer dort das Sagen haben wird. Kretschmanns grüne Fraktionskollegin Sandra Boser sprang den Islamverbänden mittlerweile vorsorglich zur Seite: Diese müssten erst einmal einwilligen, dass es eine Stiftung gibt. Eine solche streben die Islamverbände aber wohl nicht an. Sie fordern seit Jahren die Rechtsform einer anerkannten Religionsgemeinschaft. Die hierfür erforderlichen Voraussetzungen erfüllen sie allerdings nicht.

Dass ein Ministerpräsident das Unterrichtsfach Islam etablieren will, während immer weniger Hauptschulabgänger in seinem Bundesland die grundlegenden Kulturtechniken, Lesen, Schreiben und Rechnen beherrschen, ist ein klassisches Beispiel für grüne Politik. Islamische Indoktrination in Verbindung mit einem völlig an die Wand gefahrenen Bildungsniveau ist eine mehr als kritische Mischung.



An der Schwabschule, die mit elf weiteren Grundschulen an dem Modellprojekt des Landes Baden-Württemberg teilnimmt: Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache

Bild: pa

Symptom Özil

Von Manuel Ruoff

Mesut Özil ist kein Betriebsunfall, kein bedauernswerter Einzelfall, sondern vielmehr symptomatisch für die türkischstämmigen Mitbürger. Laut vom „Focus“ veröffentlichtem Zahlenmaterial fühlen sich 60,6 Prozent von ihnen eher der Türkei als Deutschland zugehörig.

Das mag sogenannte Verfassungspatrioten, die sich eher dem Westen als Deutschland verbunden fühlen, egal sein, aber auch sie müsste alarmieren, dass durch die Ereignisse seit 2016, also den Putschversuch und den anschließenden Umbau der Türkei von einer westlichen Demokratie in Richtung einer islamischen Diktatur, das Zugehörigkeitsgefühl zur Türkei bei 29,7 Prozent zugenommen hat das zu Deutschland aber nur um 7,6 Prozent. Dazu passt Erdogans überdurchschnittlicher Erfolg bei der Präsidentschaftswahl in Deutschland mit 64,8 Prozent.

Gegenwind



Wenn der Staat infrage gestellt wird

Von Florian Stumfall

Nichts in der Politik geschehe zufällig, sagte der Weltkriegs-Präsident der USA, Franklin D. Roosevelt. Und von allem, was geschehe, könne man gewiss sein, dass es so geplant gewesen sei. Wenn auch apodiktische, verallgemeinernde Behauptungen wie diese mit Vorsicht anzufassen sind, so wird sie doch von einem Großereignis der Gegenwart bestätigt: der unkontrollierten Immigration von Afrika nach Europa.

Dass es sich dabei um eine Flut verfolgter Asylberechtigter handele, ist barer Unsinn und von vornherein auszuschließen. Bleibt die alternierende Erklärung der Armutswanderung. Dieser wäre man gewillt, Gehör zu leihen, wenn es sich bei den Immigranten tatsächlich um die Ärmsten der Armen handelte. Doch das ist bei Weitem nicht der Fall. Wer, sagen wir, in Westafrika die Mittel für wenigstens einen Teil der Wucherbeträge aufbringen kann, die von den Schlepperorganisationen vereinnahmt werden, gehört in seiner Heimat zu den Wohlhabenden. Das Wohlstandsgefälle zwischen Afrika und Europa hat allerdings eine begünstigende Wirkung. Auch Afrikaner, die keine Not leiden, finden Gefallen an einem kosten- und arbeitsfreien Leben in Europa.

Das Motiv für die Völkerwanderung ist denn auch nicht in Afrika zu suchen, und alles Gerede vom Beheben der Fluchtursachen dient dazu, die tatsächlichen Ursachen zu verschleiern. Der Grund für die Völkerwanderung nämlich liegt in Europa sowie, ein wenig hintergründig, in den USA. Sie soll dazu beitragen, die Staaten Europas aufzulösen. Wer nicht glaubt, dass dies ein konkretes Anliegen der Politik sein kann, soll sich die EU betrachten. Sie verfolgt dasselbe Ziel mit anderen Mitteln.

Ein Staat besteht aus Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. Auf alle drei Komponenten wirkt sich eine unkontrollierte Zuwanderung aus kulturfremden Weltregionen verheerend aus. Die Öffnung der Staatsgrenzen, Angela Merkels Sündenfall bei dieser Themensetzung, führt zu einer allmählichen Auflösung. Denn Grenzen definieren das Staatsgebiet und damit die Existenzgrundlage des Staates. Damit hängt zusammen, dass nomadische Gesellschaften keine Staaten hervorbringen. Die Bindung an den Boden ist dazu unerlässlich.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Es gibt einen einzigen Staat weltweit, der ohne Staatsgebiet auskommt: der Souveräne Malteserorden. Doch auch er braucht, über seine konstituierende Völkerrechts-Fiktion hinaus, eine irdische Heimat, die von einer Immobilie in Rom dargestellt wird. Doch diese skurrile Ausnahme kann nicht die Regel ersetzen: kein Staat ohne Staatsgebiet und kein Staatsgebiet ohne Grenzen. Merkels bedingungslose Grenzöffnung stellt also einen bedrohlichen Schlag gegen die erste der drei Säulen staatlicher Existenz dar.

Doch damit nicht genug. Durch diese Maßnahme wird auch das Staatsvolk infrage gestellt. Und die Kanzlerin lässt erkennen, dass sie sich der zweiten Säule ebenfalls nicht verpflichtet fühlt. Sie spricht von den Deutschen, auf deren Namen sie ihren Amtseid abgelegt hat, als jenen, „die schon länger hier wohnen“. Sie greift damit die Vision des Hochgrad-Freimaurers und Gründers der Paneuropa-Union, Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, auf, der im Jahre 1925 in seinem Buch „Praktischer Idealismus“ schrieb: „Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die eurasischnegroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen.“ Ein erstaunlicher Zusammenklang zwischen dem Nobel-Rassisten und der Kanzlerin, der ebenfalls unter die Roosevelt'sche Prämisse fallen dürfte: Nichts in der Politik geschieht zufällig.

Bleibt die Frage danach, wie sich die unkontrollierte Zuwanderung auf Staatsgewalt und Rechtspflege auswirkt. Dazu ist es überflüssig, auf die „ferne Zukunft“ zu warten oder Spekulationen anzustellen. Die Folgen der Zuwanderung für die Staatsgewalt sind heute schon zu sehen. Es haben sich längst Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtsverständnis, meist islamischem, gebildet. Die Wirkkreise der großen arabischen oder türkischen Clans in deutschen Großstädten sind dem Zugriff der staatlichen Exekutive entzogen.

Ganze Stadtviertel nicht nur in Berlin sind für die deutsche Polizei zu gefährlich geworden. Dort herrscht die Scharia, Imame schließen Ehen, regeln Erbfälle und ahnden Verstöße gegen den Koran, ohne dass jemals ein deutsches Gericht davon auch nur erführe, und der Schutz dieser Geborgenheit in Allah erstreckt sich ebenso auf alle kriminellen Machenschaften, seien sie organisiert oder nicht. Es versteht sich nebenher, dass sich dieser gesamte Komplex nicht nur der Strafverfolgung durch deutsche Sicherheitskräfte, sondern auch der einschlägigen Statistik entzieht, zur Freude von Innenministern, die so ein solches, durch die Existenz paralleler Strukturen geschöntes und verschlanktes Zahlenwerk vertreten können.

So hat auch die dritte Säule des Staates, die Staatsgewalt, spätestens durch Merkels rechtswidrige Einladung an alle Welt eine tiefe, bedrohliche Erschütterung erfahren. Die Gleichheit des Rechts ist zerstört, nicht nur durch parallele islamische Gerichte, sondern auch dadurch, dass deutsche Gerichte anfangen, Islam-Rabatte zu vergeben. Wenn eine Struktur aus drei Elementen besteht und alle drei schwere Schäden davontragen, so ist die gesamte Struktur in Gefahr. Mit anderen Worten: Die unkontrollierte Einwanderung aus kulturfremden Weltgegenden stellt ab einem gewissen Ausmaß den Staat insgesamt infrage.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Folgerichtig ergibt sich dasselbe Problem für den Staatsbürger. Staatsbürger ist, wer mit den bürgerlichen Rechten einen unabdingbaren Anspruch auf den Aufenthalt im entsprechenden Staatsgebiet hat. Eine Einwanderungspolitik, die alle Schranken niederlegt und alle Voraussetzungen senkt, inflationiert damit das Recht des Aufenthalts und enteignet so das ursprüngliche Staatsvolk. Es wird der Exklusivität eines Rechts beraubt, das den einzelnen kennzeichnet.

Damit ergibt sich ein anderes Problem: Ist das gewollt oder nicht? Ausgehend von der Roosevelt'schen Sentenz gibt es nur die Antwort: Es ist gewollt. Dafür sprechen einige weitere Anzeichen. Da gibt es Coudenhove-Kalergi, den Paten dieser Idee, der vor allem in den USA heute noch großen Einfluss ausübt, da gibt es namhafte Epigonen wie Zbigniew Brzezinski oder Tom Barnett, die den Gedanken weitertragen, da ist ferner ein Mann wie George Soros, der mit großen Summen die Immigration unterstützt, etwa durch das Chartern von Schiffen, die dann unter dem Rubrum der „Rettung“ ein Glied in der Kette der Schleuser bilden. Und schließlich gibt es Merkels Einladung an jedermann.

Flankiert wird dieses Unternehmen zudem durch psychologische Finessen, welche die Gesellschaft für die Veränderungen aufbereiten sollen. So wird vom Recht der Immigranten und der Pflicht der Bürger gesprochen, wo es redlicherweise darum ginge, Recht mit Recht zu vergleichen; da feiert grün-linker kultureller Selbsthass ungehinderte Urstände; da wird die Nazi-Keule gegen jeden erhoben, der die offizielle Lesart anzweifelt; da werden Begründungen für eine Zurückweisung gefordert, wo doch der Zugang in einen fremden Staat begründet sein muss. Und schließlich die Sache mit der Barmherzigkeit. Sie wird ein Ende finden, wenn eines Tages die Zustände in Deutschland so sind wie in den Ländern, aus denen die Immigranten kommen. Auch die sind meist keine Staaten mehr und geben daher ein gutes Beispiel ab.

Woodstock liegt auch in Küstrin

Vom 2. bis 4. August findet zum 24. Mal das größte europäische Rockfestival in Polen statt. Gleich hinter der von den alliierten Siegern willkürlich gezogenen Grenze im heute zur Republik Polen gehörenden Teil der Stadt Küstrin befindet sich auf einem früheren Militärgelände der Veranstaltungsort.

„Haltestelle Woodstock“ (Polnisch: „Przystanek Woodstock“) lockte bisher stets mehrere hundertausend Fans an. Um den nichtkommerziellen Charakter der Veranstaltung zu unterstreichen, erfolgte im April die Umbenennung in „Pol'and'Rock Festival“. Der Hauptgrund dürfte aber die Forderung eines US-amerikanischen Rechteverwerters gewesen sein, der finanzielle Forderungen erhob.

Neben einem großen Musikereignis wird die Veranstaltung auch genutzt, um Spenden für karitative Zwecke zu sammeln. Das ist nicht auf den Veranstaltungsort begrenzt. Im Vorjahr waren 120000 Helfer im Einsatz, die umgerechnet knapp 25 Millionen Euro einsammelten. Damit ist die Veranstaltung und die sie tragende Stiftung „Wielka Orkiestra Swiatecznej Pomocy“ (WOSP), zu Deutsch: das „große Orchester der Weihnachtshilfe“, nach der Katholischen Kirche die zweitgrößte karitative Einrichtung in Polen. In diesem Jahr will man das Trikot des bei Bayern München spielenden polnischen Nationalspielers Robert Lewandowski für einen guten Zweck versteigern. Die Einnahmen kommen Krankenhäusern sowie Einrichtungen für Senioren und Kindern zugute.

Im Jahr 2017 gab es eine Kontroverse um die Beteiligung deutscher Helfer bei der Organisation

Kontroverse um deutsche Helfer

und dem Zutritt von Asylforderern aus Deutschland. Zum ernsthaften Argument wurde diese Angelegenheit nach dem Attentat eines Islamisten auf dem Berliner Weihnachtsmarkt, dessen erstes Opfer ein polnischer Lastwagenfahrer war. Auch Kritiker der amtierenden polnischen Regierung haben zu Opfern von Ausländergewalt ein anderes Verhältnis als die deutsche Regierung und die meisten Medien. So konstruieren die deutschen Leitblätter eine Aversion der PiS-Regierung gegen das Festival, die es so nicht gibt. Nach einer Umfrage befürworten 90 Prozent der örtlichen Bewohner das Ereignis.

Der Bürgermeister von Kostrzyn, Andrzej Kunt, findet, „Haltestelle Woodstock“ sei eine gute Werbung für die Stadt. Auch die Wirtschaft unterstützt das Festival. Warum also sollte die Regierung in Warschau dagegen sein? Allerdings stufte der polnische Innenminister die Veranstaltung als stark terrorgefährdet ein. Die Erfüllung der daraufhin gemachten Sicherheitsauflagen kostete zusätzliches Geld.

Von den angekündigten Musikgruppen ist die schon seit 1967 existierende englische Rock-Band „Judas Priest“ die international bekannteste. Allein um die sonst nicht gerade billigen Eintrittskarten für ein Konzert der legendären Altrocker zu sparen, werden sich aus ganz Westeuropa viele Musikfreunde auf den Weg nach Küstrin machen und – hoffentlich – großzügig spenden. Aus Schweden wird die Heavy-Metal-Gruppe „In Flames“, aus den USA die Rock-Band „Goo Goo Dolls“ und aus Frankreich „Gojira“ erwartet. Für Nostalgiker, die nicht auf trendige Rap-Musik stehen, ist das ein wahres Fest. *Frank Bücker*

Abstrakter Richter-Standpunkt

Inspirierend und teuer – Werke des Malers Gerhard Richter im Potsdamer Museum Barberini

Die britische Tageszeitung „The Guardian“ adelte Gerhard Richter einst als „Picasso des 21. Jahrhunderts“. Jetzt ist das Werk des Malers, der international zu den erfolgreichsten Künstlern der Gegenwart zählt, im Potsdamer Museum Barberini zu sehen.

Schon vor sechs Jahren bildeten sich lange Schlangen vor der Neuen Nationalgalerie in Berlin, als zum 80. Geburtstag Gerhard Richters eine umfassende Retrospektive gezeigt wurde. Auch in Potsdamer Museum Barberini ist das Gedränge groß. Dabei werden keine von Richters verschwommenen Fotobildern, keines seiner Werke zur deutschen Geschichte thematisiert, die auf Kunstauktionen Rekorderlöse erzielen. Die Schau widmet sich erstmals dem abstrakten Œuvre des Künstlers.

Ausgangspunkt der bis zum 21. Oktober laufenden Ausstellung, die knapp unter der Bezeichnung „Gerhard Richter. Abstraktion“ läuft, ist das Hauptwerk „AB, Still“ von 1986, das SAP-Chef Hasso Plattner 2016 für das von ihm gegründete Museum erwarb. Eine glutrote Schöpfung, in der die Primärfarben Rot, Blau, Gelb und ein wenig Grün miteinander tanzen und den Betrachter in den Bann ziehen.

„AB“ steht für abstraktes Bild. Wofür „Still“ steht, erschließt sich einem nicht, denn eher rüttelt es auf. Nach Ansicht der Kuratorin Valerie Hortolani bezieht sich Richter damit auf ein 1921 geschaffenes Triptychon von Alexander Rodtschenko in den reinen Farben „Rot, Gelb und Blau“. Dieser sagte dereinst, er habe die Malerei damit zu ihrem logischen Ende gebracht.

So etwas ließ Richter nicht gelten und setzte mit seinem Werk ausdrucksstarke Antworten dagegen. Er zerbröselt die Farben und zerbröckelt sie gegen alle Reinheit mithilfe seines stilprägenden Werkzeugs, des Rakels. Dieses Kratzinstrument aus Plexiglas, mit einem Griff versehen und je nach Bildformat in verschiedener Größe, wird mit Farbe bestrichen und über die Leinwand gezogen. So kommt der Zufall ins Spiel. Die bewusste Steuerung des Malprozesses wird reduziert.

Der 1932 in Dresden geborene Richter, dem die Bezeichnung „abstrakt“ viel zu theoretisch ist, wie er bei der Eröffnung der Ausstellung wissen ließ, kann sich mehr mit dem Ausdruck „Ungegenständlich“ anfreunden. So möchte der Künstler, der kurz vor dem Mauerbau über West-Berlin nach Westdeutschland übersiedelte und von 1971 bis 1993 Professor für Malerei an der Kunstakademie Düsseldorf war, seine Bilder betrachtet wissen, die hier zum Teil erstmals ausgestellt sind.

Über 90 Werke seit den 1960er Jahren haben die Direktorin des Barberini, Ortrud Westheider, und Kurator Dietmar Elger, der Leiter des Gerhard-Richter-Archivs der Staatlichen Kunstsammlungen Dresdens, aus Privatsammlungen und Museen aus aller Welt zusammengeführt. Es war ein schwieriges Unterfangen, da Privatsammler aus Furcht vor Schaden und aus Unlust, viele Monate zu Hause auf leere Wände zu starren, immer seltener bereit sind, ihre Kostbarkeiten an Museen auszuleihen.

Dennoch ist es den Veranstaltern gelungen, einige bisher unbekannte Werke der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Erstmals werden in einer Richter-Ausstellung ausschließlich abstrakte Werke gezeigt. Obwohl manchen Zeitgenossen Richters Œuvre sprunghaft und vielgestaltig erscheine, so Direktorin Westheider, ziehe sich die Abstraktion, pardon: „Ungegenständlichkeit“, wie ein roter Faden durch Richters Malerei. Neun Themenräume haben die Kuratoren erarbeitet, in denen chronologisch die Werke des Malers platziert sind.

Das früheste Bild stammt von 1964, ein Vorhang mit Faltenwurf. Fast schon abstrakt, aber der Saum weist noch auf Gegenständlichkeit. Vorlage war hier der Vorhang in einem Fotoautomat. Es hängt unter den sogenannten „Grauen Bildern“, womit auch die Ausstellung beginnt. Immer wieder wird deutlich, dass es dem Künstler gelingt, abstrakt und gegenständlich zugleich zu sein.

Stets wird man, weil es der menschlichen Natur entspricht, sich zu orientieren, in den Bildern etwas Gegenständliches suchen und sehen wollen. Und das ist auch vom Maler beabsichtigt und gewünscht.



Bild: Helge Mundt

Der Meister und eine Bewunderin: Richter erklärt Barberini-Chefin Westheider sein Werk

Es folgen die Farbtafeln in Raum zwei, die sich unter dem Titel „Zufall und Konzept“ präsentieren. Richter wollte sich von den Farbtheorien eines Isaac Newton oder Johann Wolfgang von Goethe lösen, die einst Farben streng hierarchisch nach Beziehungen ordneten. Sein eigen entwickeltes Konzept ging von Farbkarten im Farbenhandel aus. Die dort nach Gebrauch orientierte Systematik nahm er auf und so entstand das Werk „192 Farben“, in dem er Farben „enthierarchisierte“ und nach einem Zufallsprinzip anordnete. Dieses Bild wirkt über den Raum, in dem es hängt, hinaus und beleuchtet in gewisser Weise die sich anschließenden Orte gleich mit.

Dem Besucher offenbaren sich in weiteren Sälen landschaftliche Abstraktionen, Vermalungen, Streifenbilder, die zwischen 2011 und 2013 mittels digitaler Technik entstanden sind, abstrakte Bilder zwischen 1983 bis 1992 und 1992 bis 2016 und, vielleicht als Höhepunkt, der zentrale Saal 6 mit der Skulptur sieben aneinander gelehnter Glasscheiben, dem „Kartenhaus“, einer kompliziert errichteten Konstruktion mit dem den Künstler schon immer faszinierenden Material des Glases. Das durch die Fenster einfallende Licht erzeugt Reflexe. Jede Sekunde ändert sich das Konstrukt. Sei es, dass man davor steht und abgebildet wird oder sich die Fassade der Nikolaikirche vom Alten Markt in den Scheiben spiegelt.

Wer sich rein zufällig in diese Ausstellung verläuft, wird von den Sinneseindrücken gefesselt werden und einige Zeit später erschöpft und um einen wahrhaft opulenten Kunstgenuss reicher den Platz vor dem Museum Barberini wieder betreten. Vielleicht sogar mit dem Ansinnen, selbst einmal zu Farbtopf und Pinsel oder sogar Küchenmesser zu greifen. Denn inspirierend ist die Schau auf jeden Fall. *S. Friedrich*

Museum Barberini, Humboldtstraße 5–6, 14467 Potsdam, geöffnet täglich außer dienstags von 10 bis 19 Uhr, Eintritt 14 Euro. museum-barberini.com. Der Katalog aus dem Prestel Verlag kostet im Museumsshop 29,90 Euro und im Buchhandel 39 Euro.

Reinrassiges Psychodrama

So viel vorab: Pferdefreude kommen beim Film „Vollblüter“, der am 9. August in die Kinos kommt, nicht auf ihre Kosten. Dafür aber all jene, die ihre Freude an reinrassigen Teenager-Thrillern haben. Denn es geht um zwei gegensätzliche junge Damen aus der besseren Gesellschaft – die eine gefühllos, die andere sehr emotional –, die einen perfiden Mordplan gegen den Stiefvater des einen Mädchens aushecken.

Regisseur Cory Finley hat bei seinem Kinodebüt sein eigenes Theaterstück in ein filmisches



Bild: 2018 Thoroughbred 2016, LLC

Biester schmieden Mordplan

Kammerspiel übertragen und dabei etwas Küchenpsychologie beigemischt. Der Film ist auch eine Erinnerung an den verstorbenen Anton Yelchin, den Navigationsoffizier Chekov der letzten „Star Trek“-Filme. Wenige Tage nach Drehende von „Vollblüter“ wurde er von eigenen Auto in Los Angeles erdrückt. *H. Tews*

Der deutsche Disney

Rolf Kauka und seine Comicfiguren »Fix und Foxi« in Oberhausen

Die deutsche Antwort auf Donald Duck und Co. hieß einmal „Fix und Foxi“. So heißen zwei kleine Füchse, die sich in Comic-Heften zeitweise großer Beliebtheit bei jungen Lesern erfreuten. Jetzt jagen sie im Schloss Oberhausen vergnüglich nach Opfern.

In der zu einem modernen Museumskomplex umgebauten Schlossanlage werden zwei Gebäude für Kunstpräsentationen genutzt. Ein Nebengebäude dient als Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus. Die kurz vor den Jubiläumsfeierlichkeiten zu „20 Jahre Ludwiggalerie Schloß Oberhausen“ gezeigte Ausstellung im Hauptgebäude stellt „Fix und Foxi“-Erfinder Paul Rudolf „Rolf“ Kauka (1917–2000) vor, dessen Figuren 1953 das Licht der Welt erblickten, zu einer Zeit also, als dem Comic in Deutschland ein Schmuddelimage anhaftete. Drei Jahre später organisierte Kauka die Comicproduktion arbeitsteiliger: Während er selbst in die Rolle des Produzenten und Verlegers schlüpfte – den Kauka-Verlag hatte er schon 1947 gegründet –, übernahm das Duo Werner Hierl und Josef Braunmüller den Part des Zeichnens.

Dominierten anfangs noch glatte, reduzierte Formen, vollzog sich bis 1971 ein Paradigmenwechsel. Die Kopfformen wurden eckiger. Fix erhält eine Frisur. Um eine einprägsame Marke zu schaffen, legte Kauka mit Chefzeichner Walter Neugebauer Stil, Charakter und Inhalt der Geschichten fest.

Das Jugendmagazin konnte sich bis 1994 auf dem Markt halten. Dann halfen auch umfangreiche Werbemaßnahmen nichts mehr. Mangels Käuferschaft musste die Produktion eingestellt werden. In der Schau wird anhand von Filmen, Infotafeln oder Werbeartikeln anschaulich gezeigt, wie Kauka den Comic in Deutschland salonfähig machte. Auch wenn die Füchse das Zeitliche gesegnet haben, so sind sie umgangssprachlich noch bis heute präsent: Nach dieser Arbeit sind wir „fix und foxi“. *Andreas Rüdig/tws*

Die Schau läuft bis 9. September in der Ludwiggalerie Schloss Oberhausen, Konrad Adenauer Allee 46, 46049 Oberhausen, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 11 bis 18 Uhr, Eintritt: 8 Euro. www.ludwiggalerie.de



Schlaue Füchse: Fix und Foxi gönnen ihrer (Nenn-)Oma Eusebia und deren Enkelin Lupinchen kein Stück vom Kuchen

Bild: Sammlung Dr. Stefan Piëch

MELDUNGEN

Thessaloniki im Museums-Fokus

Berlin – Die 15. Europäischen Kulturtage im Museum Europäischer Kulturen in Berlin-Dahlem, Arnimallee 25, stellen vom 9. August bis 9. September die nordgriechische Stadt Thessaloniki vor. Im Zentrum einer aus Vorträgen, Lesungen, Konzerten und Filmvorführungen bestehenden Veranstaltungsreihe steht die Foto-Ausstellung „Thessaloniki – Facetten einer Stadt“, die Einblicke in das Leben Thessalonikis von 1900 bis heute gibt. Infos unter Telefon (030) 266424242. *tws*

Afrika beflügelte einen Pommern

Passau – Dem aus Stolp in Pommern stammenden Bildhauer Heinz Theuerjahr (1913–1991) widmet das Passauer Museum Moderner Kunst eine exquisite Ausstellung. In „Heinz Theuerjahr: Grenzgänger zwischen Waldhäuser und Afrika“ werden noch bis zum 21. Oktober bislang nie öffentlich gezeigte Skulpturen aus dem Privatbesitz des Freundeskreises präsentiert. Auf 14 Afrika-Reisen ließ sich der im bayerischen Ort Waldhäuser gestorbene Künstler von der Kunst des Schwarzen Kontinents inspirieren. www.mmk-passau.de *tws*

»Furchtbarer Jurist« erliegt der »Menschenhatz«

Vor 40 Jahren sah sich Hans Filbinger zum Rücktritt als baden-württembergischer Ministerpräsident gezwungen

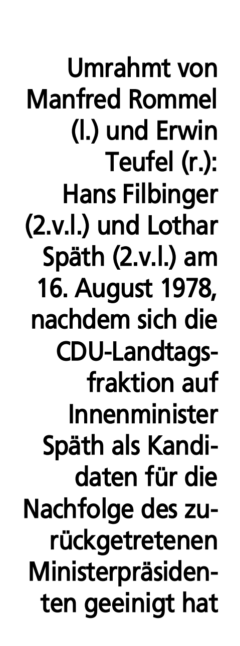
In „Folge einer Rufmordkampagne, die in dieser Form bisher in der Bundesrepublik Deutschland noch nie vorhanden war", trete er als Ministerpräsident zurück. Dies erklärte Hans Filbinger am 7. August 1978 in Stuttgart.

Zwar räumte er „taktische Fehler bei der Zurückweisung der ehrverletzenden Angriffe" ein, ebenso hätte er sich „an bestimmte Vorfälle am Ende des Naziregimes besser erinnern müssen". Seinen erzwungenen Rückzug, den nicht nur er als „Sturz" betrachtete, empfand er nichtsdestoweniger bis an sein Lebensende als tiefe Ungerechtigkeit.

Der verregnete Sommertag, an dem der Ministerpräsident seine Ausführungen verlas, markiert das recht abrupte Ende einer relativ spät einsetzenden, aber sehr erfolgreichen politischen Karriere. Hans Filbinger, 1913 geboren, studierte Rechtswissenschaften. Der NSDAP sei er beigetreten, um seine Ausbildung abschließen zu können, wie er später erklärte. 1940 wurde er eingezogen. Nachweislich bemühte er sich 1943 um eine Verwendung bei der U-Boot-Waffe, wurde jedoch zur Marinejustiz kommandiert. Tätig war er unter anderem im besetzten Norwegen. Nach der Rückkehr wurde ihm im Rahmen der Entnazifizierung das Prädikat „entlastet" zugestanden, allerdings nicht im ersten Anlauf. Der CDU trat er 1951 bei. 1960 wurde Filbinger Innenminister, 1966 schließlich Ministerpräsident von Baden-Württemberg. In seine Regierungszeit fallen maßgebliche Entscheidungen wie die große Gebiets- und Verwaltungsreform, die endgültige Abstimmung über den Bestand des Südweststaates sowie wesentliche Akzente in der Bildungs- und Umweltpolitik. Als Beitrag zu Letzterer verstand Filbinger seinen – nicht unumstrittenen – vehementen Einsatz für die Kernenergie. Als „Landesvater" galt er als äußerst beliebt. Bei den Wahlen 1972 und 1976 konnte er absolute Mehrheiten erringen. Baden-Württemberg verzeichnete zu dieser Zeit die größte Industriedichte und die niedrigste Arbeitslosigkeit innerhalb der Bundesrepublik. Als möglicher Bundespräsident wurde er gehandelt.

Der Anfang vom Ende ist datierbar. In einer Veröffentlichung des Schriftstellers Rolf Hochhuth vom 17. Februar 1978 heißt es unter anderem, Filbinger sei in der NS-Zeit ein „furchtbarer Jurist" gewesen. Zudem griff Hochhuth einen Fall auf, der bereits 1972 diskutiert worden war. Filbinger war nach Kriegsende auf Betreiben der Briten während der Internierung als Jurist im Amt verblieben. Dennoch wurde und wird, insbesondere im Zusammenhang mit einem Disziplinarurteil vom 29. Mai 1945, immer wieder – bar jeder Kenntnis der Zusammenhänge – behauptet, Filbinger habe „noch nach Kriegsende NS-Recht gesprochen".

Filbinger klagte gegen Hochhuth. Bald geriet die juristische Dimension zugunsten der öffentlichen und politischen Debatte in den Hintergrund. Die Gegenseite förderte nach und nach vier Todesurteile zu Tage, an denen der Marinejurist Filbinger zwischen 1943 und 1945 als Ankläger oder Richter beteiligt war. Beim einzigen vollstekkten Urteil war Filbingers Spielraum von Anfang an gering. Es handelte sich um ein wiederaufgenommenes Verfahren. Der als Gerichtsherr fungierende Admiral hatte das vorhergehende Urteil mit dem Verweis aufgehoben, dass auf Todesstrafe hätte erkannt werden müssen. Desertion, 14 Vorstrafen und schließlich die fälschliche Vorgabe, das Eiserne Kreuz II. Klasse erworben zu haben, wogen schwer. Zwei weitere Todesurteile fällte Filbinger in Abwesenheit der auf der Flucht befindlichen Beschuldigten. Einer davon war wegen Mordes angeklagt, er wurde 1953 wegen dieser Tat verurteilt. Das vierte Todesurteil – wegen „fortgesetzter Plünderung" – wurde auf Betreiben Filbingers selbst in eine Zuchthausstrafe umgewandelt. Obwohl später medial vielfach anders suggeriert, standen in keinem dieser Fälle Personen vor Gericht, denen die Opposition gegen das NS-Regime zur Last gelegt wurde.



Umrahmt von Manfred Rommel (l.) und Erwin Teufel (r.): Hans Filbinger (2.v.l.) und Lothar Späth (2.v.l.) am 16. August 1978, nachdem sich die CDU-Landtagsfraktion auf Innenminister Späth als Kandidaten für die Nachfolge des zurückgetretenen Ministerpräsidenten geeinigt hat

Bild: pa

Filbinger agierte bezüglich der Erwartungen der Öffentlichkeit ungeschickt. Nach Bekanntwerden des ersten Todesurteils hatte er zunächst weitere bestritten, musste diese aber später einräumen, mit der Begründung, er habe sich nicht erinnern können. Zudem veröffentlichte ein Journalist das Zitat: „Was damals rechtens war, das kann heute nicht Unrecht sein." Mit seiner Darstellung, diesen Satz nicht gesagt zu haben, oder Entlastendem – dem zum Tode verurteilten Pfarrer Karl-Heinz Möbius etwa hatte er das Leben gerettet – fand der Ministerpräsident wenig Gehör. Erwartet wurde, dass er bedauernde Worte für sein damaliges Handeln fände – womit er sich schwer tat. Seine eigene Partei, die ihn zunächst noch ihrer „kritischen Solidarität" versichert hatte, drängte ihn schließlich zum Rücktritt.

Der Fall war tief. Trotz anderweitiger Zusicherungen verlor Filbinger innerhalb kürzester Zeit nahezu sämtliche anderen Positionen. Von einem angedachten Bundestagsmandat war schnell keine Rede mehr. Das Verhalten des Amtsnachfolgers Lothar Späth bezeichnete sogar Helmut Kohl als „degoutant", sprich ekelerregend, widerlich, abstoßend. Späth habe Filbinger in die Tiefe gestoßen. Allerdings fand sich auch Kohl nicht bereit, im Bundestag rehabilitierende Worte für den Gestürzten zu finden.

Filbinger trat ab 1979 vor allem mit dem von ihm begründeten „Studienzentrum Weikersheim" hervor sowie mit dem nur von mäßigem Erfolg gekrönten Drängen, Genugtuung für das ihm seiner Meinung nach widerfahrene Unrecht zu erlangen. Dabei ergriff er auch so manchen Strohhalm, etwa die Vermutung, die Staatssicherheit habe ihn betreffendes Material gefälscht – was nach heutigem Kenntnisstand nicht den Tatsachen entspricht.

Allerdings finden sich auch prominente Stimmen zu seinen Gunsten. Golo Mann bezeichnete die gegen Filbinger geführte Kampagne als „Menschenhatz". „Spiegel"-Herausgeber Rudolf Augstein meinte, das Problem sei nicht Filbingers Verhalten während des Krieges gewesen, sondern die Tatsache, dass er sich im Nachhinein als Widerstandskämpfer geriert habe, was er trotz Kontakten zu damaligen Oppositionellen in der Tat nicht gewesen ist.

Nach dem Tod Filbingers im April 2007, fast 29 Jahre nach dessen Rücktritt, war die Atmosphäre noch immer reichlich angespannt. Heftige Reaktionen erfuhr Ministerpräsident Günther Oettinger mit seiner Äußerung, Filbinger sei ein „Gegner des NS-Regimes" gewesen. Dem Berliner Domkapitular Wolfgang Knauft wurde seitens des Erzbischofs ein Gedenkgottesdienst für den ehemaligen Ministerpräsidenten untersagt.

Erik Lommatzsch

Görings Sündenbock für alle Rückschläge im Luftkrieg

Vor 75 Jahren sah der Generalstabschef der Luftwaffe Hans Jeschonnek für sich keine Alternative mehr zum Freitod

Mit 15 (fünfzehn) Leutnant, mit 39 Jahren Chef des Generalstabs der Luftwaffe, mit 42 Generaloberst. Die Karriere von Hans Jeschonnek war ebenso rasant wie von Tragik begleitet. Von seinem Oberbefehlshaber Hermann Göring verraten und als Sündenbock für alle Rückschläge im Luftkrieg missbraucht, setzte er am 18. August 1943 seinem Leben ein Ende.

Hans Jeschonnek wurde am 9. April 1899 in Hohensalza in der preußischen Provinz Posen geboren und meldete sich im Alter von erst 15 Jahren von der Hauptkadettenanstalt Lichterfelde als Kriegsfreiwilliger an die Front des Ersten Weltkrieges. Hier diente er im Niederschlesischen Infanterie-Regiment 50, wurde zum Offizier befördert und trat 1917 zur Fliegertruppe über. Nach dem Krieg diente er in Kavallerieeinheiten und absolvierte seine Generalstabsausbildung als Jahrgangsbester. Ab 1932 diente Jeschonnek im Reichswehrministerium, wo er mit dem Aufbau geheimer Kader für die von den Siegermächten verbotenen Luftstreitkräfte befasst war. 1935 wurde er in die neu aufgestellte Luftwaffe übernommen und erhielt im folgenden Jahr in Greifswald für ein Jahr das Kommando über das Lehrgeschwader der Luftwaffe. Danach kam er als Abteilungsleiter ins Reichsluftfahrtministerium, wo er zum Chef des Luftwaffenführungsstabes ernannt wurde.

Jeschonnek war zwar militärisch begabt und organisatorisch versiert, doch fehlte ihm strategische Weitsicht ebenso wie technisches Verständnis. Wie Adolf Hitler setzte er ganz auf offensive Luftkriegsmittel und forcierte den Bau von Sturzkampfbombern. Defensiven Jagdschutz für die Heimat lehnte er ab. Auf den Gedanken, dass sich das Glück im Kriegsfall gegen Deutschland wenden könnte und dem Reich dann das schützende Dach fehlen würde, kam er nicht. Als Hitler vollkommen illusorische Luftrüstungspläne hegte, war Jeschonnek der einzige im Reichsluftfahrtministerium, der sie guthieß. Doch nachdem Hitler und er einer Meinung waren, wagte es selbst Göring nicht mehr, ein reduziertes und auch die Reichsverteidigung berücksichtigendes Rüstungsprogramm vorzuschlagen.

Am 1. Februar 1939 machte Jeschonnek den entscheidenden Karrieresprung. Zu diesem Zeitpunkt litt der Generalstab der Luftwaffe unter häufigen Wechseln an seiner Spitze. Sein erster Chef, Generalleutnant Walther Wewer, fiel einem Flugunfall zum Opfer, der Nachfolger Albert Kesselring den Dauerquerelen mit Görings Staatssekretär Erhard Milch und auch der nächste Generalstabschef, General der Flieger Hans-Jürgen Stumpff, räumte schon nach kurzer Zeit entnervt seinen Posten. So verfiel man schließlich auf den erst 39-jährigen Oberst Jeschonnek. Hätte dieser mehr Lebenserfahrung gehabt, hätte er wohl erkannt, was die Position des Generalstabschefs mit sich bringen würde. Persönlich bescheiden und integer, war er dem Intrigenspiel der Politiker und Spitzenmilitärs nicht gewachsen. Solange die Luftwaffe siegte, machte sich das kaum bemerkbar. Bereits im August 1939 zum Generalmajor befördert, wurde Jeschonnek im Juli 1940 unter Überspringung des Dienstgrades Generalleutnant zum General der Flieger und im Frühjahr 1942 zum Generaloberst befördert.



Generalstabschef der Luftwaffe vom 1. Februar 1939 bis zu seinem Suizid am 18. August 1943: Hans Jeschonnek

Bild: pa

Doch als die Luftwaffe immer mehr in die Defensive gedrängt wurde und die Mängel der ganz auf das Blitzkriegkonzept ausgerichteten Luftrüstung offenbar wurden, begann sein Stern rapide zu sinken. Für alles, was fortan im Luftkrieg schieflief, musste er als Sündenbock herhalten. Als Stalingrad Ende 1942 eingeschlossen war, hielt Jeschonnek es für ausgeschlossen, dass die Luftwaffe die deutschen Truppen so versorgen könne, dass sie „lebens- und kampffähig" blieben. Göring verbot ihm jedoch, Hitler gegenüber Zweifel zu äußern, und befahl ihm, die Luftversorgung zu garantieren. Nachdem diese gescheitert und die 6. Armee Anfang 1943 zugrunde gegangen war, schob Göring ihm dennoch die Alleinschuld daran zu.

Jeschonnek begann an seiner großen Verantwortung zu zerbrechen, wirkte ausgebrannt und verzweifelt. Langsam erkannte er, welchen fatalen Irrtümern er erlegen war. Und er begriff, dass gerade er als Generalstabschef zu den Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre nicht hätte schweigen dürfen. Doch nun war es dafür zu spät. Göring war für ihn kaum noch zu sprechen, und wenn Jeschonnek zwangsläufig eigenständige Entscheidungen traf, wurde er dafür von seinem Oberbefehlshaber auf unflätigste Weise kritisiert. Dennoch blieb er auf seinem Posten und ertrug alle Demütigungen und Beleidigungen.

Der letzte Akt für den jungen Generalstabschef begann mit der Zerstörung Hamburgs im Juli 1943. Hitler und Göring waren außer sich vor Wut und warfen den Jagdfliegern Feigheit und Versagen vor. In Wirklichkeit war die Jagdwaffe viel zu schwach, um den alliierten Bomberströmen genügend Kräfte entgegensetzen zu können. Und daran trug Jeschonnek tatsächlich eine Mitschuld, hatte er die Vermehrung der Jagdwaffe doch immer wieder zugunsten anderer Rüstungsprojekte zurückgestellt. Nun fehlte dem Reich das schützende Dach und die deutschen Städte waren der Zerstörung preisgegeben. Viel zu spät erkannte Jeschonnek, dass der einzige Ausweg zum Schutz des zunehmend von den Alliierten beherrschten deutschen Luftraums der forcierte Ausbau der Jagdwaffe und die Konzentration aller Kräfte in der Heimat war. Doch Hitler lehnte diesen vernünftigen Vorschlag schroff ab und verlangte stattdessen Vergeltungsangriffe auf London, was angesichts der Unterlegenheit der deutschen Bomberwaffe undurchführbar war. Obwohl Göring ganz Jeschonneks Meinung war, fiel er seinem Generalstabschef Hitler gegenüber in den Rücken.

Als die britische Luftwaffe am 17. August 1943 auch noch das deutsche Raketenzentrum in Peenemünde in Schutt und Asche legte, gab es für Jeschonnek keine Hoffnung mehr. Während sein Stab am nächsten Tag im „Lager Robinson", dem ostpreußischen Luftwaffenhauptquartier Rominten, die Lage besprach, setzte Jeschonnek unweit des Goldaper Sees seinem Leben mit einer Pistolenkugel ein Ende. Selbst nach seinem Tod verging sich Göring noch an ihm, indem er als Todesursache Magenbluten verlauten und den Todestag auf den 19. August fälschen ließ, um nicht den Verdacht eines Zusammenhangs mit dem Luftangriff auf Peenemünde aufkommen zu lassen. Gegen Jeschonneks ausdrücklichen Wunsch nahm der Reichsmarschall an seiner Beisetzung teil und legte auch einen Kranz Hitlers nieder.

PAZ

Der Anfang vom Ende des Ersten Weltkriegs

Am »schwarzen Tag des deutschen Heeres« begann mit der Hunderttage- die Schlussoffensive der Entente

Am 8. August 1918 führte der erfolgreiche Angriff von Entente-Truppen bei Amiens zum „Schwarzen Tag des deutschen Heeres“. Dieser leitete die letzte Phase des Ersten Weltkriegs an der Westfront ein, an deren Ende die Niederlage des Kaiserreichs stand.

Im November 1917 begann die dritte Oberste Heeresleitung unter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und dem Ersten Generalquartiermeister, General der Infanterie Erich Ludendorff, mit den Planungen für eine finale deutsche Offensive. Ihr Ziel war die Eroberung von Paris und der Vorstoß zum Ärmelkanal. Dadurch sollte ein Siegfrieden auf dem Verhandlungswege möglich werden.

Infolge des bereits abgeschlossenen Friedensvertrages von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 mit Sowjetrussland konnte Deutschland zusätzlich eine Million Soldaten für den anvisierten Befreiungsschlag an der Westfront aufbieten. Obgleich die 7. Armee Ende Mai tatsächlich bis auf 92 Kilometer an Paris heranrückte, führte jedoch keine der fünf Teiloperationen der „Großen Schlacht in Frankreich“ ab dem 21. März 1918 zu einem nachhaltigen strategischen Erfolg. Allerdings wurde das Westheer mit seinen zunächst noch 200 Divisionen mit 3,5 Millionen Mann dabei bis zur fast völligen Erschöpfung verschlissen.

Am 18. Juli holten die inzwischen durch 19 US-Divisionen verstärkten Armeen der Entente an der Marne zum Gegenschlag aus. Unter dem Druck des Gegners mussten sich die deutschen Truppen nach Norden zurückziehen und den Vorstoß nach Paris wie auch den nach Amiens, dem wichtigsten Verkehrsknotenpunkt auf dem Wege zur Kanalküste, abbrechen.

Die Folge hiervon war Konfusion in der Obersten Heeresleitung. Ludendorff, der sich schon in der Tannenbergschlacht als nervenschwächer als der stoische Hindenburg erwiesen hatte, reagierte wechselweise mit Hysterie und Depressionen. Davon zeugen beispielsweise die Tagebuchnotizen des Generalstabsoffiziers Oberst Hermann Mertz von Quirnheim vom 24. Juli 1918: „Ernstes Problem der Nervosität Seiner Exzellenz sowie der Zusammenhanglosigkeit der von ihm geleisteten Arbeit.“ Ungeachtet der Warnungen weitsichtiger Truppenführer wie Generalmajor Fritz von Loßberg, dem Stabschef der 4. Armee, weigerte sich Ludendorff, einen strategischen Rückzug hinter die gut befestigte Siegfriedlinie zwischen Arras und Soissons anzuordnen, sondern bestand darauf, den deutlich weniger gesicherten Frontvorsprung östlich von Amiens zu halten.

Das gedachten die Oberkommandierenden der Gegenseite, der französische Marschall Ferdinand Foch, der US-General John Pershing und der britische Feldmarschall Douglas Haig, auszunutzen. Durch das Knacken des deutschen Funkschlüssels ADFGVX wussten sie um die Versorgungsengpässe und die prekäre personelle Situation der bei Amiens stehenden gegnerischen Verbände. Deshalb planten sie einen Großangriff mit 36 britischen, kanadischen, australischen, französischen und US-amerikanischen Divisionen, denen auf deutscher Seite nur 21 arg ausgedünnte Divisionen gegenüberstanden.

Die Offensive sollte nach dem von den Australiern unter Generalleutnant John Monash am 4. Juli 1918 in der Schlacht von Hamel erfolgreich erprobten Konzept des gemeinsamen Operierens von Infanterie und Panzern erfolgen, denn die Landschaft der Picardie war für solch ein Unterfangen im Unterschied zum sumpfigen Flandern hervorragend geeignet. Insgesamt wurden 580 britische und französische Kampfwagen der Typen Mark V, Mark A „Whippet“ (Windhund) und Renault FT aufgeboten. Dazu kamen 1886 Flugzeuge für Begleitattacken aus der Luft.

Der Angriff begann am 8. August 1918 um 5.20 Uhr Ortszeit und überrumpelte die deutsche Seite vollkommen, da ihm kein Trommelfeuer vorausgegangen war. Stattdessen schoss die Artillerie der Briten und Franzosen Sprenggranaten in das Gelände unmittelbar vor der losstürmenden Infanterie – ein sehr effektives Verfahren namens „Feuerwalze“. Bis zum Ende des Tages drangen die Entente-Verbände beidseits von Villers-Bretonneux zehn Kilometer tief in die deutschen Linien ein und eroberten dabei Harbonnières. Bei diesem Vorstoß taten sich besonders die australischen Verbände hervor. Deren Angriffstempo war derart hoch, dass manche deutsche Einheiten beim Frühstück im Morgennebel eingekesselt wurden. Aus diesem Grunde wird in der Region noch heute die Behauptung kolportiert, die Australier hätten hier Frankreich vor dem Untergang gerettet.



Demoralisiert und überfordert: Deutsche Kriegsgefangene nach ihrer Ankunft im Gefangenenlager im Anschluss an die Schlacht bei Amiens.

Bild: bpk

Dabei resultierte der Erfolg der Angreifer nicht nur aus ihrer wilden Entschlossenheit und kräftemäßigen Überlegenheit, sondern auch aus der mangelnden Kampfbereitschaft der Soldaten des Kaisers. Berichten von Augenzeugen zufolge kam es wiederholt zu Befehlsverweigerungen und Waffenniederlegungen. Außerdem sollen vorrückende Einheiten als „Streikbrecher“ beschimpft worden sein. Jedenfalls gingen am 8. August 1918 um die 17 000 deutsche Militärangehörige in Gefangenschaft – so viel wie noch nie zuvor an einem einzigen Tage des Ersten Weltkriegs. Insgesamt büßte das Reich bis zum Abend 30 000 Mann ein. Das veranlasste den schockierten Ludendorff, vom „Schwarzen Tag des deutschen Heeres“ zu sprechen, womit er weniger auf die Geländeverluste und die Toten als den Niedergang von Disziplin und Moral anspielte.

Dennoch hoffte der Generalquartiermeister zunächst noch, das Blatt wenden zu können, weshalb er den dringend gebotenen Rückzug erst nach langen Diskussionen in der Nacht vom 9. zum 10. August anordnete. Einen Tag darauf unterrichtete Ludendorff den Kaiser in Avesnes-sur-Helpe über die schwere Niederlage bei Amiens und deren Ursachen. Hieraufhin soll Wilhelm II. gesagt haben: „Wir sind an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit. Der Krieg muss beendet werden ... Ich erwarte die Herren also in den nächsten Tagen in Spa.“

Dieses Treffen im Großen Hauptquartier fand am 14. August 1918 statt. In seinem Verlauf wurde die Aufnahme von Friedensverhandlungen beschlossen. Allerdings gingen die Kämpfe erst einmal weiter. Zuerst zog sich ein Großteil des Westheeres bis zur Siegfriedlinie zurück. Dieses letzte Bollwerk wurde dann Ende September von Truppen der Entente überrannt, womit die akute Gefahr bestand, dass die gesamte deutsche Verteidigung zusammenbrach. Deshalb forderte Ludendorff die Reichsregierung am 29. September 1918 im Namen der Obersten Heeresleitung auf, sofort in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten. Dem folgte am 11. November der Waffenstillstand von Compiègne, mit dem die Kampfhandlungen im Ersten Weltkrieg beendet wurden.

Wolfgang Kaufmann

Der »Magellan der Lüfte«

Hugo Eckener machte mit einer Reise um die Welt den Zeppelin zum Luftschiff

Wenn der junge Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, Hugo Eckener, einen Bericht über Luftschiffe schrieb, stand sein Urteil fest: alles Quatsch. Damit folgte er dem Zeitgeist. Allerdings hatte er nicht die Hartnäckigkeit des alten Grafen vom Bodensee bedacht. Der besuchte nach wiederholten Verrissen den jugendlichen Kritiker – und überzeugte ihn, dass seine Entwicklung doch nicht vollkommener Quatsch sei, sondern die Zukunft. Eckener wechselte das Lager. Ab 1912 war er Direktor der Deutschen Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft (DELAG). Aus dem Kritiker des Zeppelins wurde ein Pionier lenkbarer Luftschiffe – und der beste Luftschifführer der Welt.

Der Erfinder des Zeppelins, der Graf Ferdinand von Zeppelin, kämpfte zeitlebens gegen das Unverständnis seiner Mitbürger. Eine Kommission von Professoren benötigte nur zwei Sitzungen, um das Luftschiff als Unfug zu bezeichnen. Auf der Straße wurde der Graf als „Narr vom Bodensee“ verspottet. Umso bemerkenswerter ist es, wie rasch es ihm gelang, Eckener von seinen Ideen zu begeistern. Jahrzehnte später war Eckener „der populärste Mann der Welt“, „ein moderner Kolumbus“, „eine Persönlichkeit, die nicht in jeder Generation zu finden ist“.

Geradlinig war der Weg des vor 150 Jahren, am 10. August 1868, in Flensburg geborenen Preußen zum gefeierten Pionier der Luftfahrt nicht, eher windungsreich. Er studierte Nationalökonomie und Geschichte, wurde Lehrer der Nationalökonomie, schrieb nebenbei für die „Flensburger Nachrichten“ und für die „Frankfurter Zeitung“. Mit letzterer sollte die Wende in seinem Leben eingeleitet werden.

Nach den überzeugenden Gesprächen mit Zeppelin zog Eckener Ende der 1890er Jahre nach Friedrichshafen und wurde Luftschiffer. Über 1000 Fahrten absolvierte er erfolgreich, wenn auch nicht immer bruchsicher. 1910 setzte bei einem Flug in einem Unwetter über dem Teutoburger Wald der Motor aus, Zeppelin LZ 7 („Deutschland“) stürzte ab. Zu Schaden kam niemand.

Doch die Zeit für eine friedliche Erprobung war kurz bemessen. Eckener schulte Luftschiffer für die Marine, dann schien mit dem Ende des Ersten Weltkrieges auch das Ende für die Luftschifffahrt gekommen. Doch abermals und deutlicher zeigte sich das Durchsetzungsvermögen und Verhandlungsgeschick Eckeners. Er schaffte es, mit den USA einen Vertrag über den Bau eines Luftschiffes abzuschließen. Die Verhandlungspartner waren vorsichtig. Erst nach erfolgreicher Überquerung des Atlantiks sollte der Vertrag als erfüllt gelten. Für die USA war es ein Vertrag ohne Risiko. Das Luftschiff, sollte es denn erfolgreich sein, war Bestandteil der Reparationszahlungen des Deutschen Reiches.

> Unter der Leitung des Zeppelin-Nachfolgers bei der DELAG entstanden die »Los Angeles«, die »Graf Zeppelin« und die »Hindenburg«

Am 12. Oktober 1924 war es soweit, Eckener startete mit LZ 126, der späteren „Los Angeles“ in Friedrichshafen am Bodensee. Am 15. Oktober landete er in Lakehurst. Einer der ersten Nonstopflüge über den Atlantik war gelungen. Nur ein britisches Starrluftschiff hatte das zuvor vermocht, und dessen Weg war etwas kürzer gewesen. Der Jubel im geschundenen Deutschland war außerordentlich, Flensburg ernannte den Sohn der Stadt zum Ehrenbürger.

Von nun an ging es bergauf. LZ 127 („Graf Zeppelin“), das Eckener mit Spenden und Vortragshonoraren in Höhe von 2,3 Millionen Reichsmark finanziert hatte, startete am 1. August 1929 zur Weltumrundung. Die Reise endete am 4. September. Sie wurde zur Sensation schlechthin. Den Passagieren mangelte es an nichts. Die Kabine war ausgestattet wie ein Luxushotel, Getränke und Speisen servierte man in beziehungsweise auf feinstem Porzellan, dessen Design speziell für diesen Zweck entworfen worden war und in dem das Zeichen „LZ“ prangte.

Die Weltumrundung dauerte 35 Tage. Sie war in sechs Etappen eingeteilt. Dabei legte das Luftschiff 49 618 Kilometer zurück.

Am frühen Morgen um 3.30 Uhr hob die „Graf Zeppelin“ zur Weltfahrt in Friedrichshafen ab. Das Luftschiff nahm Kurs auf New York, geriet über dem Atlantik in einen schweren Sturm, den es unbeschadet überstand, drehte ein paar Runden über New York und landete nach 95 Stunden und 22 Minuten in Lakehurst. Der Zeitungsverleger William Randolph Hearst hatte sich mit einer großen Spende die exklusiven Rechte für die Berichterstattung gesichert und Lakehurst als Ausgangspunkt gewählt. Der Rückflug startete am 7. August. Unter den 20 Passagieren war eine Journalistin als einzige Frau. Der Weg führte zurück nach Friedrichshafen. Dort landete die „Graf Zeppelin“ am 10. August. Bereits am 15. August ging es weiter, diesmal in Richtung Osten. Der Kurs führte über Jakutsk Richtung Pazifik. Nach



Hugo Eckener Bild: Library of Congress

101 Stunden und 49 Minuten landete die „fliegende Zigarre“ in Tokio. Besatzung und Passagiere wurden zu einem Empfang in den kaiserlichen Sommerpalast geladen. Nicht aber der blinde Passagier, der 19-jährige Clarence Terhune. Nachdem er an Bord entdeckt worden war, verdonnerte man ihn zum Kartoffelschälen. Später durfte er mit Reichsverkehrsminister Theodor von Guerard für ein Foto in Friedrichshafen posieren.

Am 23. August wurde die Reise fortgesetzt. Nach 67 Stunden war San Francisco erreicht, am 29. August wieder Lakehurst. New York bereitete der „Graf Zeppelin“ einen begeisterten Empfang mit einer Parade. Die Reise endete am 4. September in Konstanz, empfangen von 40 000 jubelnden Menschen. Eckener hatte endgültig die Reisetauglichkeit des Zeppelins bewiesen. Man nannte ihn den „Magellan der Lüfte“.

Eckener richtete einen regelmäßigen Linienverkehr in die USA und nach Brasilien ein. Nachdem 1937 LZ 129 („Hindenburg“) in Lakehurst explodiert war, wurde Eckener für den Tod von 36 Menschen verantwortlich gemacht. Vergeblich bemühte er sich, in den USA das nicht brennbare Helium zu erhalten, das er statt des leicht entzündlichen Wasserstoffs einsetzen wollte. Eckener stellte die Passagierfahrt ein. Er zog sich 1939 aus der Luftfahrt zurück. Der Versuch eines Neuanfangs in den USA mit Zeppelinen für die Luftfracht scheiterte an mangelnder Unterstützung. Der einstige Pionier der Lüfte sah keine Chance für einen Neustart. Eckener starb am 14. August 1954, vier Tage nach seinem 86. Geburtstag.

Klaus J. Groth



Bild: pa

Brandenburg ruft die höchste Warnstufe aus: Nachdem nahe Potsdam bis zu 90 Hektar Wald in Flammen standen, hat die Welle großer Feuer auch Deutschland erreicht. Von Schweden bis Griechenland haben ausgedehnte Brände bereits große Schäden angerichtet, nahe Athen starben mindestens 83 Menschen. Nunmehr kam heraus, dass Deutschland über kein einziges Löschflugzeug mehr verfügt, von 40 löschfähigen Großhubschraubern der Bundeswehr sind nur 20 einsatzfähig, der Rest kaputt oder in Wartung. Feuerwehren klagen an vielen Orten ebenfalls über mangelnde Ausrüstung. Da bleibt wohl nur noch Hoffen, dass Deutschland von weiteren großen Bränden verschont bleibt. *H.H.*

Feuergefahr: Da hilft nur Hoffen

Bunter Offenbarungseid

Ausgerechnet Özil: Für Multikulti ist der Fall des Fußballers ein einziges Desaster

Ein wirklich interessanter Aspekt an der Causa Özil blieb im öffentlichen Diskurs weitestgehend unbeachtet. Sieht man von den im Sinne des Mainstreams bereits völlig durchpolitisierten Parteien, Gewerkschaften oder Kirchen einmal ab, so gibt es derzeit wohl keinen großen gesellschaftlich relevanten Verband, der sich der staatstragenden Multikulti-Ideologie derart mit Leib und Seele verschrieben hat, wie der DFB.

AfD-Mitglieder mit Ausschlussverfahren überzogen

Kaum ein Spiel der Bundesliga kommt heute noch ohne Bannerpropaganda oder sonstige Proklamationen gegen Rassismus aus. Mitgliedsvereine des Dachverbandes überzogen AfD-Anhänger mit Ausschlussverfahren, und missliebige Klubs, wie etwa der FC Ostelbien Dornburg, mussten diesen wegen rechter Tendenzen gleich ganz verlassen.

Die bisherige Nationalelf wurde 2015 kurzerhand und politisch korrekt in „Die Mannschaft“ umgetauft. Doch diese Entwicklung stieß zuletzt zunehmend auf Kritik. Gehörten internationale Fußballturniere zu den wenigen Anlässen, an denen die Deutschen nach dem verlorenen Krieg noch offen und weitgehend unbeanstandet ihren Patriotismus zeigen durften, ging mit der nationalen Entkernung ihres Teams durch den DFB nun auch dieses letzte Refugium endgültig verloren.

So stellte sich denn bei nicht wenigen ein offen zur Schau getragenes Gefühl der Schadenfreude ein, als die bunte Truppe von Jogi Löw bei der diesjährigen Weltmeisterschaft schon in der Vorrunde ausscheiden musste. Manager Oliver Bierhoff, dem der Verlust des bisherigen Rückhalts nicht entgangen sein durfte, wagte sich nach der krachend verlorenen WM denn auch mit einer verspäteten Kritik am Zusammentreffen zwischen Özil und Erdogan aus der Deckung und steht nun plötzlich ebenso unter einem öffentlichen Rassismusverdacht wie sein Arbeitgeber.

Die Situation, in die sich Deutschlands Fußballfunktionäre hineinmanövriert haben, steht dabei stellvertretend für die Krise des gesamten linksliberalen Establishments. Jahrzehntelang versuchten die politischen Eliten die durch die von ihnen zu verantwortende Masseneinwanderung entstandenen gesellschaftlichen Bruchlinien mit einem in den Sozialaboren der Republik künstlich angerührten Kitt aus „Werten“ zu stopfen. Ein Rückgriff auf gewachsene kulturelle Traditionen kam bei der Stiftung eines neuen sozialen Zusammenhaltes zwischen Einheimischen und Immigranten von vornherein nicht infrage.

In Bezug auf die autochthone deutsche Bevölkerung war diese Entscheidung für jedermann klar ersichtlich. Aber auch die einwandernden Ausländer sollten letztlich nicht mehr als etwas folkloristischen Kitsch und ein paar exotische Kochrezepte in das geplante Sozialexperiment einbringen. In der Affäre um Mesut Özil zeigt sich symptomatisch, dass eine solche in der Retorte gezeugte „Wertegemeinschaft“ weder die kulturellen und sozialen Bedürfnisse der angestammten Deutschen noch die der hier lebenden Immigranten dauerhaft zu befriedigen vermag.

In seiner Rücktrittserklärung begründete der türkischstämmige Fußballer sein Treffen mit Erdogan damit, dass seine Mutter ihm beigebracht habe, nie zu vergessen, woher er komme. Auch immer mehr Deutsche besinnen sich heute ihrer kulturellen Identität. Sie sind nicht mehr bereit, die grundlegenden Spielregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens mit Menschen, die erst vor ein paar Wochen an einem deutschen Flughafen aus einer Passagiermaschine gestiegen sind, täglich neu auszuhandeln, so, wie sich dies die ehemalige Staatsministerin von Kanzlerin Merkel, Aydan Özoguz, noch weiland vorstellte.

Wertegemeinschaft aus der Retorte funktioniert nicht

Allerdings ist nicht anzunehmen, dass die herrschenden Eliten sich angesichts des erodierenden Rückhalts bei Einheimischen und Immigranten so einfach von ihrer Utopie verabschieden werden. Ihre Antwort zur Durchsetzung des multikulturellen Projekts dürfte eher in einem weiteren Anziehen der gesetzlichen Daumenschrauben für alle hier lebenden Menschen bestehen. *Dirk Pelster*

Was viele Moslems sonst noch glauben

Eigentlich ist Aberglaube im Islam verboten: Doch die Praxis zeigt ein ganzes Sammelsurium skurriler Überzeugungen

Vom „Bösen Blick“ bis zu „freundlichen“ Krokodilen und der Erde als Scheibe: Während sie Atheismus für eine Geisteskrankheit halten, finden zahlreiche Muslime manch blanken Unfug völlig normal.

Aberglaube gilt im Islam eigentlich als schwere Sünde. Denn er rangiert in der Nähe von „Schirk“, also der „Beigesellung anderer Götter“, die aus muslimischer Sicht ein potenziell todeswürdiges Verbrechen darstellt. Das hindert aber weder die einfache Bevölkerung noch gelehrte Mullahs oder Imame daran, sich in allerlei unsinnige Ideen hineinzusteigern, die sowohl der Vernunft als auch den Naturgesetzen widersprechen.

Viele Muslime sind extrem abergläubisch. Hiervon zeugen diverse Praktiken, welche den Alltag in der islamischen Welt prägen. Wie beispielsweise die, vor jeder Mahlzeit „Bismillah“ – das heißt „Im Namen Gottes“ – zu rufen, weil sonst auch der Teufel mit am Tisch sitzt und dafür sorgt, dass keiner der Esser satt wird. Iblis, der Teufel, beziehungsweise Scheitan, der Satan, sind dabei auch im Koran permanent präsent. Iblis zumeist als Geschöpf Allahs, das die Glaubensfestigkeit der Muslime auf den Prüfstand stellen soll, Scheitan hingegen als das personifizierte allumfassende Böse.

Des Weiteren berichtet Mohammeds Offenbarung von Geistern, den sogenannten Dschinns, die gleichfalls als real beschrieben werden. Manche von ihnen seien gut und hilfreich, andere eher Unruhestifter mit einem starken Drang zu destruktiven Handlungen. Deshalb verwende Allah gelegentlich Sterne als Wurfgeschosse, um die Letzteren zu vertreiben – so entstünden dann die Sternschnuppen.

Gleichermaßen gelten Engel als tatsächlich existente Wesen. Deren Aufgabe soll darin bestehen, die Bosheiten übelwollender Dschinns abzumildern, Allahs Botschaften weiterzuleiten und Gegner des Islam zu bestrafen. Ein Muslim, der weder an Engel noch an den Teufel beziehungsweise Satan oder an Geister glaubt, zweifelt somit zentrale Aussagen Mohammeds an, was höchst unangenehme Konsequenzen für ihn haben kann.

Allerdings nehmen die Bewohner islamischer Länder keineswegs nur die im Koran zu findenden und somit „theologisch korrekten“ Aussagen hinsichtlich übersinnlicher Phänomene für bare Münze, sondern bemühen auch unislamische spirituelle Mittel, wenn es beispielsweise um die Abwehr von Bedrohungen wie dem „Bösen Blick“ geht. In solchen Fällen greift man trotz aller Warnungen des Propheten doch lieber zu Amuletten, Talismanen, Zauberformeln, Tätowierungen und magischen Gegenständen. Oder die alten Frauen, von denen der „Böse Blick“ meist ausgehen soll, müssen gleich komplett aus der Öffentlichkeit verschwinden. Als gutes Abwehrmittel gilt zudem, Kindern, welche bei anderen Neid erwecken könnten, hässliche Namen zu verpassen und betont armselig zu kleiden.

Unislamische spirituelle Mittel sind weit verbreitet

Das alles ist schon relativ bizarr. Wenn islamische Gelehrte den Koran oder angebliche Aussagen von Mohammed interpretieren und sich zu medizinischen Sachverhalten oder Naturphänomenen äußern, kann es aber noch deutlich absonderlicher werden. So bestreiten manche Mullahs, dass eine Schwangerschaft stets feststehenden biologischen Rhythmen folgt, und behaupten, der Fötus könne bis zu sieben Jahre lang im Bauch der Mutter „schlafen“, bevor er dann durch das Sperma des Ehemannes „wiedererweckt“ werde.

Weitere abstruse Vorstellungen beziehen sich auf die Natur beziehungsweise Ursachen von psychischen Erkrankungen. So steckten Fachärzte in Kano, der viertgrößten Stadt Nigerias, 2014 den muslimischen Chemie-Ingenieur Mubarak Bala zwangsweise in die Psychiatrie, weil er angab, Atheist geworden zu sein. Denn das war nach Meinung der örtlichen Geistlichen das Symptom einer schweren Persönlichkeitsstörung

Dahingegen zweifelte niemand an der Zurechnungsfähigkeit des 25-jährigen Rubel Sheikh aus Bangladesch, der den Khan-Jahan-Ali-Schrein in Bagerhat besuchte und dort in ein Becken voller Krokodile stieg, die ihn prompt zerstückelten. Schließlich galten die Reptilien, welche an dem heiligen Ort lebten, wegen ihrer Nähe zu Jahan Ali sowie auch Allah als „sehr freundlich“.



Sollen den „Bösen Blick“ abwehren: Amulette mit dem „Auge der Fatima“ auf einem türkischen Markt

Bild: Colourbox

Extrem merkwürdig geht es zudem immer dann zu, wenn islamische Kleriker etwas über die Verhältnisse im Kosmos und den Zustand unseres Planeten zu berichten wissen. So diskutierten 2012 im irakischen Fernsehen ein Imam und ein Physiker über die Gestalt des Sonnensystems. Dabei behauptete der Moschee-Prediger, dass die Erde eine Scheibe sei und der Mond die Sonne nur deshalb verfinstern könne, weil er den halben Durchmesser derselben habe.

Außerdem vertrat der Geistliche die Ansicht, die Sonne kreise innerhalb von 24 Stunden einmal um die Erde. Das gleiche behauptet Salih ibn Fawzan ibn Abdullah al-Fawzan, hochgeachtetes Mitglied des höchsten saudi-arabischen Religionsrates Majlis Hay'at Kibar al-Ulama, welcher den König des Landes in Fragen des Islam berät. Zum Beweis für die Richtigkeit seiner Aussagen führte der stockkonservative Wahhabit unter anderem den Vers 30 der Sure 79 des Korans an, in dem es heißt: „Und die Erde. Er (Allah) hat sie … hingebreitet.“ Außerdem zitieren „Experten“ wie al-Fawzan gerne den Vers 40 der 36. Sure: „Weder ziemt es der Sonne, den Mond einzuholen, noch wird die Nacht dem Tag zuvorkommen; alle laufen in ihrer jeweils eigenen Bahn.“

Andere muslimische „Gelehrte“ wiederum meinen, im Gegensatz zu Sonne und Mond drehe sich die Erde gar nicht. Wortführer war hier lange Zeit Abd al-Aziz ibn Baz, von 1994 bis 1999 Großmufti von Saudi-Arabien und als solcher oberster islamischer Rechtsgelehrter seines Landes. Dann freilich revidierte er diese These unter dem Einfluss von Prinz Sultan bin Salman bin Abdulaziz Al Saud, dem ersten muslimischen Astronauten der Welt. Jedoch hat al-Aziz inzwischen längst Epigonen gefunden, die aufs Neue vom Stillstand der Erde fabulieren – wie etwa der saudische Imam Scheich Bandar al-Khaibari, der seine Ideen justament am 451. Geburtstag von Galileo Galilei in einem Vortrag vor Studenten einer Universität der Vereinigten Arabischen Emirate propagierte.

Doch es geht auch noch skurriler. Den Beweis hierfür erbrachte der iranische Geistliche Kasem Sedighi. Der sagte am 16. April 2010 während der Freitags-Predigt in einer Teheraner Moschee: „Viele Frauen, die sich nicht angemessen kleiden, verführen junge Männer zur Unkeuschheit und verbreiten Unzucht in der Gesellschaft, was letztendlich zu Erdbeben führt.“

Vor dem Hintergrund all dessen mutet es überaus grotesk an, wenn westliche „Experten“ und Islam-Apologeten, wie kürzlich erst wieder der britische Autor Christopher de Bellaigue, das Märchen verbreiten, im Islam habe es ebenfalls schon eine Aufklärung und Modernisierung gegeben – wir im Westen seien nur zu arrogant, das zur Kenntnis zu nehmen. *Wolfgang Kaufmann*

Mohammed hat gewarnt

Im Koran gibt es mehr als 50 Verse, welche vor unislamischen spirituellen Praktiken warnen. Ebenso sind zahlreiche persönliche Aussagen von Mohammed zu den schädlichen Folgen des Aberglaubens überliefert. So heißt es im Hadith Safiyyah: „Das Gebet desjenigen, der sich einem Wahrsager nähert und ihn über irgendetwas befragt, wird 40 Tage und Nächte lang nicht akzeptiert.“

Und die Sammlung von Aussprüchen des Propheten von Abu Hurairah und al-Hasan enthält gar diese Äußerung: „Wer auch immer sich einem Wahrsager nähert und glaubt, was er sagt, hat nicht an das geglaubt, was von Allah offenbart wurde.“

Mit anderen Worten: Die Zuflucht zu Wahrsagern sei ein gefährlicher Abfall vom Islam, denn ein Muslim habe sich ausschließlich an Gott und Mohammed zu orientieren. Das schließt aber offensichtlich nicht aus, an die absonderlichsten Dinge zu glauben, wenn keine eindeutigen Aussagen im Koran oder anderen normativen Texten des Islam vorliegen. *W.K.*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 31 – 3. August 2018

MELDUNGEN

Treuburg erhält Kolumbarium

Treuburg – Auf dem Treuburger Kommunalfriedhof an der Lötzener Straße ist ein Kolumbarium (Bestattungswand) eingerichtet worden. Es hat Platz für 18 Urnen mit sterblichen Überresten. Die erste Bestattung hat bereits stattgefunden. Für diese Bestattungsform gibt es immer mehr Interessenten. Nach Lyck, Lötzen und Goldap ist Treuburg eine weitere Stadt. die diese Bestattungsform ermöglicht. Das Treuburger Kolumbarium hat die Gestalt eines Bienenstockes. Es befinden sich dort neun Nischen mit Platz für jeweils zwei Urnen. *PAZ*

Anzahl der Millionäre steigt

Allenstein – Die Zahl der Einkommensmillionäre im südlichen Ostpreußen steigt. Mehr als 600 Menschen in der Region erreichten ein Einkommen von über eine Million Zloty (233 000 Euro). Ein Steuerzahler, der beim Finanzamt Deutsch Eylau gemeldet ist, verdiente mit umgerechnet knapp vier Millionen Euro am meisten. Wenn das südliche Ostpreußen auch als eine der ärmsten Regionen des Staates gilt, so zeigt es sich, dass einige hier doch viel Geld verdienen können. Es gibt Leute, die siebenstellige Einkünfte erzielen. Wie Renata Kostowska, Pressesprecherin der Finanzverwaltungs-Kammer in Allenstein informierte, ist die Zahl der Millionäre gestiegen. 2016 gab es nur 514 Millionäre, heute mindestens 86 mehr. Die meisten Einkommensmillionäre verzeichnet in diesem Jahr Allenstein mit 187, gefolgt von Elbing mit 97 und Lyck mit 39 Zloty-Millionären. *PAZ*

Eine schwere Kindheit in Allenstein

Der Zeitzeuge Otto Tuschinski schilderte polnischen und deutschen Schülern sein Schicksal

Lebendige Geschichte Ostpreußens aus dem Munde eines Zeitzeugen konnten Schüler des Oken-Gymnasiums in Offenburg und des 3. Lyzeums in Allenstein hören, als Otto Tuschinski, Vorstandsmitglied der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit, vor ihnen auftrat.

Heute leben nur noch wenige Zeitzeugen, die lebendige Erinnerungen an das Ostpreußen der Kriegszeit haben. Umso wertvoller sind Begegnungen Jugendlicher mit solchen Personen, weil sie und ihre Schicksale als ein unentbehrliches und emotionales Bindeglied zwischen Vergangenheit und Gegenwart fungieren. Geschichte aus dem Munde eines Zeitzeugen zu erfahren, ist nicht nur ein einzigartiges Erlebnis, sondern ein einmaliger Geschichtsunterricht, der in keiner Schule in solch einem Format stattfindet und sogar durch die beste pädagogische Arbeit schwer ersetzbar ist.

Das konnten die Schüler des Oken-Gymnasiums in Offenburg und des 3. Lyzeums in Allenstein erfahren, die während eines deutsch-polnischen Schüleraustausches mit Otto Tuschinski zusammentrafen. Tuschinski ist ein 84-jähriger, gebürtiger Allensteiner. Er ging auf den Vorschlag ein, den deutschen und polnischen Jugendlichen im Alter von 17 bis 18 Jahren aus seinem eigenen Blickwinkel von den Ereignissen in Allenstein aus der Kriegs- und Nachkriegszeit zu berichten sowie geschichtlich-gesellschaftliche Hintergründe des Alltagslebens in vergangenen Zeiten zu beleuchten.



Alles Deutsche ausgemerzt: Der Kopernikusplatz in der Nachkriegszeit. Rechts: Der Zeitzeuge Otto Tuschinski Bilder: Archiv/D.K.

Zunächst erläuterte der Zeitzeuge, was Ostpreußen ist und wie es dazu kam, dass diese Gebiete von Deutschland abgetrennt und zum Teil polnisch, litauisch oder russisch wurden. Dabei betonte er, dass Ostpreußen bereits vor 100 Jahren ein Sammelbecken von Menschen verschiedener Herkunft war, wobei die deutsche Bevölkerung die Mehrheit ausmachte.

Als 1939 der Zweite Weltkrieg ausbrach, wurde Tuschinski mit sechs Jahren eingeschult. Er könne sich zum Beispiel sehr gut daran erinnern, dass zunächst die meisten Männer zum Militär eingezogen worden seien, oder dass es 1944 in Allensteiner Schulen auf einmal viele Mitschüler aus dem Memelland gegeben habe. In der Erinnerung des Zeitzeugen blieben auch deutliche Bilder von der Eroberung Allensteins durch die Rote Armee haften. Das Schrecklichste sei dabei gewesen, dass die Russen, obwohl sie die Stadt ohne jegliche Kämpfe eingenommen hatten, vieles verbrannten und zerstörten, weil sie angeblich einen Befehl aus Moskau bekommen hätten, laut dem sie in dem eroberten deutschen Gebiet 48 Stunden lang alles machen durften, was sie wollten. Erschießungen wehrloser Zivilisten, Vergewaltigungen von Frauen und zahlreiche gewaltreiche Taten, die Bestialität Soldaten offenbarten, seien keine Ausnahmen gewesen, und der junge Tuschinski habe diese Gräuel mit eigenen Augen gesehen.

Im Mai 1945 wurde Allenstein von den polnischen Behörden übernommen. Wie Tuschinski unterstrich, brachen damals schwere Zeiten für die heimatverbliebenen Deutschen an. Am Anfang seien deutschstämmige Bewohner Allensteins registriert worden, wobei ihre Vor- und Nachnamen polonisiert wurden. Ein ernstes Problem sei es gewesen, dass Deutsche diskriminiert wurden. Man habe keine Möglichkeit gehabt, sich über die Plünderung seiner Wohnung durch Polen bei polnischen Behörden zu beschweren, weil man erstens kein Polnisch gekonnt habe, und einem zweitens bon den meisten Polen unterstellt wurde, im Krieg noch Schlimmeres getan zu haben. Auf der Straße habe man kein Deutsch sprechen dürfen, sodass diejenigen Deutschen, die sich gezwungenermaßen auf Polnisch umgestellt hätten, die deutsche Sprache langsam vergessen hätten. Viele hätten ihre deutsche Abstammung verheimlicht.

Dank des Vortrags von Tuschinski konnten die Anwesenden mitbekommen, wie das Leben der Deutschen Minderheit in der Zeit nach der Wende 1989 aussah und wie es gegenwärtig gestaltet wird beziehungsweise mit welchen Problemen sich die Deutsche Minderheit als Institution heutzutage abmüht.

Die interessierten Jugendlichen haben Tuschinski gespannt zugehört. Er enthüllte auch viele Details aus seinem Privat- und Berufsleben. Manchmal wollte der ein oder andere Zuhörer Genaueres wissen und fragte nach. So erfuhren die Schüler zum Beispiel, dass Tuschinski entgegen allen damaligen Konventionen eine polnische Frau heiratete, mit der er 60 Jahre lang eine glückliche Ehe führte. Außerdem erfuhr man, dass der gebürtige Allensteiner jahrelang als Boxlehrer und -trainer gearbeitet hatte. Er trug unter anderem dazu bei, dass der Allensteiner Sportverein Budowlani recht schnell in die zweite Liga aufstieg. Das Vorstandsmitglied der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit wurde auch als Boxtrainer in Hindenburg erfolgreich.

Auf die Frage nach seinem Selbstverständnis und ob er sich nach so vielen Jahren eher als Deutscher oder als Pole fühle, antwortete Tuschinski auf eine überraschende Weise. Er wisse es im Grunde genommen nicht könne seine Zugehörigkeit wegen der Wendungen des Schicksals und der komplizierten Geschichte Ostpreußens nicht eindeutig einschätzen oder definieren. Was aber feststeht, ist, dass Tuschinski eine faszinierende Person ist, die mit ihrem Erzähltalent und ihrer Hingabe für eine wahrheitsgetreue Geschichtsvermittlung alle Anwesenden beeindruckte. *Dawid Kazanski*

Königsberger außer Rand und Band

Mehr als 1000 Menschen kamen zur Fontänen-Einweihung auf den Börsenvorplatz – Besonders Kinder waren begeistert

In Königsberg ist auf dem Platz vor der ehemaligen Börse ein neuer Springbrunnen mit einer Lichtschau mit Musikbegleitung wurde die neue Anlage feierlich eingeweiht worden.

Viele Jahre lang wurde der Plan verfolgt, auf dem Platz ein Geschäftshaus zu errichten. Die Bewohner der umliegenden Häuser organisierten Protestkundgebungen, an denen sich viele Intellektuelle beteiligten wie der bekannte Kantforscher Leonard Kalinnikow, Professor an der Albertina.

In einer Petition an den Gouverneur forderten die Gegner, den Platz unter Denkmalschutz zu stellen. Daraufhin erklärte das Gebietsgericht die Bereitstellung des Grundstücks für den Bau eines Einkaufszentrums für illegal.

Im Zuge der Vorbereitung auf die Fußball-WM entstand ein Plan für den Bau eines Brunnens mit Beleuchtung. Der neugestaltete Platz wurde insgesamt mit mehr als 30 Kiefern und mehreren Tausend Sträuchern bepflanzt. Als Hauptinvestor tritt die Sberbank auf. Das restliche Geld stellten Spender und örtliche Firmen bereit, die bei der Beschaffung der Baumaterialien halfen. Die Brunnenanlage und die Gestaltung des Platzes haben 200 Millionen Rubel (rund 2,7 Millionen Euro) gekostet. Dass so viel Geld für die Gestaltung eines Platzes ausgegeben wurde, stieß auf Kritik, da man mit diesem Geld unzählige Häuserfassaden hätte sanieren können und nicht nur die der Protokollroute während der WM.

Ein interessantes Detail ist die Umbenennung des Platzes im Jahr 2016. Auf Initiative des damaligen Gouverneurs Nikolaj Zukanow war er in „Platz des 70. Jahrestags der Kaliningrader Oblast“ umbenannt worden. Doch im Frühjahr dieses Jahres erklärte die Gebietsregierung, dass der Arbeitstitel des zu erneuernden Platzes „Börse“ sei. Darüber hinaus gab es auf Nachrichtenportalen im Internet die Möglichkeit abzustimmen. An der Abstimmung beteiligten sich 9500 Menschen, und die Mehrheit entschied sich für Börsenplatz. Auf diese Weise bleibt das historische Erbe im Namen des Platzes vor der ehemaligen Königsberger Börse erhalten.



Neute Attraktion: Hochmoderne Springbrunnenanlage Bild: J.T.

Absoluter Höhepunkt des Platzes ist der Licht- und Musikbrunnen, dessen Fontänen mit Farbwechseln synchron mit musikalischer Begleitung bedient werden können. Die Fontäne ist mit einer Video-Laser-Projektion ausgestattet, so dass jedes Bild auf seinen Wasserschirm projiziert werden kann. Die 300 Wasserstrahlen gehen bis zu 16 Meter hoch. Mehr als 300 Lampen wurden verbaut.

Der Brunnen ist vor Zerstörungswut geschützt, da die gesamte Technik einschließlich der Lampen mit dekorativen Gittern verschlossen ist. Der Platz hat bereits Schaden genommen. Zur Einweihungszeremonie waren über 1000 Menschen gekommen. Zunächst drehten Kinder am symbolischen Startknopf des neuen Brunnens herum und drückten ihn ein. Es handelte sich um einen Stand mit Schlüsselloch und Schlüssel für den symbolischen Start des Brunnens.

Da nicht alle Ankömmlinge auf den Platz passten, begannen die Zuschauer, das Gerüst der Börse zu besteigen, um dann seine Gesimse zu „stürmen“. Die Menge bewegte sich auch von den Bürgersteigen und Straßen auf die Rasenfläche, wobei sie neugepflanzte Büsche niedertrampelte. Als es auch auf dem Rasen zu eng wurde, begannen einige, auf Bäume zu klettern, um die beste Sicht auf den Brunnen zu erlangen.

Während der Feier wurden auf die Fassade der Börse das Wappen des Königsberger Gebiets, Comicfilme und Episoden aus Videospielen projiziert. Ebenso wurde der Schlüssel für die neue Fontänenanlage von Sberbank-Chef German Gref dem Gouverneur des Königsberger Gebiets, Anton Alichanow, feierlich überreicht. In ein paar Monaten wird der neue Brunnen von der Stadt Königsberg verwaltet.

Schon jetzt ist der Börsenplatz zum beliebten Ort in Königsberg geworden. Besonders Kinder begeistert, dass er keine Begrenzung hat und sie durch die Wasserstrahlen laufen und sogar baden dürfen. Und abends, wenn die Fontäne „singt“, versammeln sich Jugendliche dort zu unvergesslichen Tanzabenden. *Jurij Tschernyschew*



ZUM 99. GEBURTSTAG

Curioni, Edith, geb. **Worat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 4. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Steidle, Lotte-Sophie, geb. **Lyß**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 3. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bülte, Käthe, geb. **Wessel**, aus Elchdorf, Kreis Fischhausen, am 7. August
Draasch, Käte, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 9. August
Gehrau, Alfred, aus Elchtal, am 6. August
Goetzke, Werner, aus Lehmbruch, Kreis Elchniederung, am 6. August
Hartmann, Elli, geb. **Rudat**, aus Torffelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 7. August
Kadelka, Marie, geb. **Niklas**, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 9. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Buch, Emilie, geb. **Broska**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 8. August
Ramuschat, Elfriede, geb. **Wrobel**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 8. August
Tiedtke, Lisbeth, geb. **Lange**, aus Rastenburg, am 28. Juli
Voss, Else, geb. **Matheuszik**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 8. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Esing, Elfriede, geb. **Bembennek**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 7. August
Zywietz, Hildegard, geb. **Amenda**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 5. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bieber, Kurt, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 6. August
Döge, Elisabeth, geb. **Kühnemann**, aus Königsberg, Vogelweide 5, am 8. August
Dombrowski, Helmut, aus Bobern, Kreis Lyck, am 8. August
Galla, Ruth, geb. **Schwarz**, aus Giesen, Kreis Lyck, am 6. August
Kremer, Ewald, aus Finkenschlucht, Kreis Ebenrode, am 3. August
Soboll, Walter, aus Sentken, Kreis Lyck, am 9. August
Sommerfeld, Hanna, geb. **Langer**, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 9. August
Wönkhaus, Irene, geb. **Kurrat**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. August
Zwaschka, Friedel, geb. **Thomas**, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 6. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Gonschorrek, Liselotte, geb. **Taetz**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 9. August
Kleinau, Elfriede, geb. **Schaar**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 6. August
Pladies, Gerda, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 3. August
Schmidtke, Elisabeth, geb. **Kaulbars**, aus Mülsen, Kreis Fischhausen, am 8. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Ahlbrecht, Hildegard, geb. **Kulz**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 5. August
Beindorf, Herta, geb. **Jotzo**, aus Funken, Kreis Lötzen, am 2. August
Kirchen, Anna, geb. **Koose**, aus Gerhardsgrund, Kreis Elchniederung, am 8. August
Michel, Elfriede, geb. **Klahr**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 3. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Liebenow, Erika, geb. **Lumma**, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 7. August
Papajewski, Karl-Friedrich, aus Materschobensee, Kreis Ortelsburg, am 5. August
Pautsch, Rosa, geb. **Dietrich**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 4. August
Sadlowski, Erich, aus Wilhelmsdorf, Kreis Ortelsburg, am 8. August
Stolz, Hildegard, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 5. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Alexander, Ruth, geb. **Weituschat**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 6. August
Ciastek, Ursula, geb. **Haberland**, aus Worschienen, Kreis Preußisch Eylau, am 9. August
Czepluch, Paul, aus Lötzen, am 3. August
Flamming, Harry, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 7. August
Gregorzewski, Alfred, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 6. August
Hoefert, Gerhard, aus Ortelsburg, am 3. August
Kirchhof, Anneliese, geb. **Moritz**, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 9. August
Kusserow, Hanna, geb. **Goetz**, aus Ortelsburg, am 6. August
Larsson, Ursula-Johanna, geb. **Romanowski**, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 3. August
Marx, Margarete, geb. **Jedaschke**, aus Wangnick, Kreis Preußisch Eylau, am 9. August
Melchert, Alice, geb. **Ohlenholz**, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 3. August
Myska, Gerhard, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 4. August
Pachan, Hugo, aus Theerwischwalde, Kreis Ortelsburg, am 8. August
Parakenings, Ernst, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, am 9. August
Piechottka, Werner, aus Prostken, Kreis Lyck, am 9. August
Roziewski, Heinz, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 3. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Balewski, Horst, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 8. August
Braun, Dora, geb. **Voß**, aus Rauschbach, Kreis Heiligenbeil, am 5. August
Brock, Arno, aus Schalensee, Kreis Lötzen, am 3. August
Burhenne, Gertrud, geb. **Zeier**, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, am 7. August
Czerwonka, Heinz, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 7. August
Fischer, Gisela, geb. **Thiel**, aus Groß Hubnicken, Kreis Fischhausen, am 4. August
Froese, Siegfried, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 7. August
Grinda, Klaus, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 5. August
Hillig, Hildegard, geb. **Mertineit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 4. August
Jonseck, Ursula, geb. **Pastewski**, Kreisgemeinschaft Lyck, am 7. August
Krispin, Ernst, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 8. August
Kurras, Irmgard, geb. **Magdowski**, aus Murawken, Kreis Neidenburg, am 5. August
Malonnek, Kurt, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 3. August
Niedzwetzki, Gustav, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 6. August
Runge, Ursula, geb. **Michalsky**, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 8. August
Somplatzki, Elvira, geb. **Ohrdorf**, aus Magdeburg, Kreis Neidenburg, am 3. August
Strübe, Liesbeth, geb. **Schafranski**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 3. August
Sütterlin, Helga, geb. **Riemann**, aus Kumehnen, Kreis Fischhausen, am 9. August
Sulimma, Kriemhilde, geb. **Pahl**, aus Lötzen, am 9. August
Waschull-Fikowra, Renate, geb. **Waschull**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 8. August
Zickerick, Herta, geb. **Prodehl**, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 8. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Andersson, Rita Christel, geb. **Zimmermann**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 7. August
Borowski, Sabine, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 6. August
Drotleff, Johanna, geb. **Freihuber**, aus Borken, Kreis Lyck, am 6. August
Gundlach, Kunigunde, geb. **Dill**, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 9. August
Hahn, Werner, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 8. August
Jessen, Ingrid, geb. **Wenk**, aus Skirwith, Kreis Heydekrug, am 3. August
Kossinna, Manfred, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 9. August
Kowitz, Renate, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 8. August
Meyer, Sigrid, geb. **Sadlowski**, aus Ortelsburg, am 8. August
Schmidt, Rosemarie, geb. **Kobbert**, aus Paggehnen, Kreis Fischhausen, am 6. August
Seifermann, Hulda, geb. **Kleinhans**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 6. August

Stemm, Inge, geb. **Schneidereit**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 9. August
Taday, Erika, geb. **Loch**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 8. August
Waschke, Dieter, aus Lyck, am 7. August
Woykenat, Dieter, aus Treuburg, am 5. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Kestel, Doris geb. **Dudda**, aus Treuburg, am 5. August
Lask, Jürgen, aus Ringen, Kreis Treuburg, am 8. August
Milewski, Dieter Arno, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg und Widminnen, Kreis Lötzen, am 8. August
Petroschka, Karl-Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 6. August

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

TERMINE DER LO

2018

14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Angerburger Tage

Rotenburg (Wümme) – Wochenende 8. und 9. September: 64. Angerburger Tagen. Es treffen sich die Angerburger aus nah und fer sowie deren Nachkommen mit alten und neuen Bekannten in der liebenswerten Kreisstadt Rotenburg (Wümme). Veranstaltungsort ist die Theodor-Heuss-Schule in der Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium). Eingeleitet werden die 64. Angerburger Tage am Sonnabend, den 8. September um 9 Uhr mit einem Gedenken und einer Kranzniederlegung am Patenschaftsstein beim Rotenburger Kreishaus. Anschließend findet ab 9.30 Uhr die 2. Mitgliederversammlung (Kreistagssitzung) statt, zu der alle ordentlichen und fördernden Mitglieder eingeladen sind. Bezieher des Angerburger Heimatbriefes gelten als fördernde Mitglieder. Auf den Seiten 10/11 des Angerburger Heimatbriefes vom Juni 2018 (Nr. 161) ist die Einladung mit Tagesordnung veröffentlicht. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stehen die Berichte der Funktionsträger, die Entlastung der Schatzmeisterin und des Vorstandes sowie die Verabschiedung des Haushaltsvoranschlages für das Geschäftsjahr 2019.

Um 13.30 Uhr starten wir am Hotel am Pferdemarkt zu einer Besichtigung der Cohn-Scheune, Am Kirchhof 1, 27356 Rotenburg (Wümme). Die Besichtigung beginnt um 14 Uhr. Gegen 16 Uhr: gemeinsames Kaffeetrinken mit Freunden und Besuchern. Es besteht eine Fahrmöglichkeit zur Cohn-Scheune und im Anschluss daran zur Mensa in der Theodor-Heuss-Schule. Aus organisatorischen Gründen ist für den Besuch der Cohn-Scheune eine vorherige Anmeldung unter Angabe der Personenzahl an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, bis spätestens 30. August nötig. Die Theodor-Heuss-Schule ist an diesem Tag bereits ab 15.30 Uhr für alle Besucher geöffnet. Zum Abendessen (ab 18 Uhr) werden Speisen und Getränke (kleine Karte) angeboten. Der Heimatabend beginnt um 20 Uhr mit einem Vortrag von Marianne Kopp über Ernst Wiechert (Rückkehr nach Masuren). In gemütlicher Runde lassen wir dann den Tag ausklingen.

Am Sonntag, 9. September, sind die Räume in der Theodor-Heuss-Schule ab 9.30 Uhr geöffnet. Um 11 Uhr findet in der Aula der Schule eine Feierstunde statt, zu der alle Besucher herzlich eingeladen sind. Die Gastrede wird der Bürgermeister der Stadt Rotenburg (Wümme), Andreas Weber, halten. Nach der Feierstunde treffen sich die Besucher zum Gedankenaustausch mit alten und neuen Bekannten. Gelegenheit zum Mittagessen besteht ebenfalls, außerdem wird Kaffee, Tee, Kuchen und Getränke werden angeboten. Ferner werden Bücher, auch antiquarische, und Karten angeboten. Das vollständige Programm der 64. Angerburger Tage ist im Angerburger Heimatbrief Nr. 161 (Juni 2018) auf den Seiten 46 bis 48 veröffentlicht.

Mit Ihrem Besuch der 64. Angerburger Tage am 8. und 9. September bekunden Sie Ihre Verbundenheit mit Angerburg und unserem Patenschaftsträger, dem Landkreis Rotenburg (Wümme). Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg hofft darauf, viele Besucher am 8. und 9. September in Rotenburg (Wümme) begrüßen zu können, und wünscht Ihnen einen erholsamen Sommer sowie eine angenehme und sichere Anreise.

Kurt-Werner Sadowski, Kreisvertreter



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha. Stellvertreter: Uwe Nietzelt. Geschäftsstelle: Telefon (03447) 8966746, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Familienforschung: Heidrun Meller, Telefon (03447) 8966021

Heimattreffen

Pinneberg – Sonnabend, 15., bis Sonntag, 16. September, Hotel Cap Polonio, Fahltskamp 48, in 25421 Pinneberg: Heimattreffen. Am Sonntag findet das Kreistreffen im Museum der Kreisgemeinschaft, Fahltskamp 30, seine Fortsetzung.

Kulturzentrum Ostpreußen auch im Internet unter www.kulturzentrum-ostpreussen.de

HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen

Burgdorf – Wochenende 1. und 2. September: Kreistreffen der Kreisgemeineschaft Heiligenbeil. Auch in diesem Jahr freuen wir uns wieder auf unser Kreistreffen in Burgdorf.

Kommen auch Sie am 1. und 2. September in das **Hotel Haase**, Lehrter Straße 12 in 31303 Burgdorf bei Hannover. Wir, der Vorstand, die Kirchspiel- und Stadtvertreter sowie Gemeindevertreter, freuen uns auf Sie.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 15

Zusendungen für Ausgabe 33

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 33/2018 (Erstverkaufstag: 17. August) bis spätestens Mittwoch, 8. August an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. Hd. Frau Christiane Rinser-Schrut, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14

Anfahrt zum Hotel Haase:
Aufgrund der Lage am westlichen Ortsrand von Burgdorf ist das Hotel Haase problemlos und schnell aus allen Richtungen über die umliegenden Autobahnen zu erreichen.

Gäste, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen möchten, finden in 800 Meter Entfernung den örtlichen Bahnhof mit direktem S-Bahn-Anschluss an den Hauptbahnhof Hannover.

Programm

Sonnabend, 1. September

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im Hotel Haase in Burgdorf, Lehrter Straße 12,

10.30 Uhr: Gedenkminute und Niederlegung von Blumen am Gedenkstein im Park,

ab 10.15 Uhr: Ein Bus fährt vom Hotel Haase hin und zurück,

11.30 Uhr: Öffentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil im Hotel Haase,

14 Uhr: Öffnung der Heimatstube und des Archivs in der Wilhelmstraße 3A. Buspendelverkehr vom Hotel Haase zur Heimatstube von 13.45 bis 15.30 Uhr,

ab 18.30 Uhr: gemütliches Beisammensein.

Sonntag, 2. September

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im Hotel Haase,

ab zirka 10 Uhr: Platzkonzert der Schützenkapelle „Gehrden“,

11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungssaal im Hotel Haase, Begrüßung durch den Kreisvertreter Bernd Schmidt, Ostpreußenlied, Totenehrung (Christian Perbandt, stellvertretender Kreisvertreter), Choral von Leuthen („Nun danket alle Gott …“), Vortrag von Ilse Thomann, Grußworte, Festansprache: Siegfried Dreher, Ehrenvorsitzender der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil und Stadtvertreter Zinten zum Thema „70 Jahre Kreisgemeinschaft Heiligenbeil: Erinnerungen – Heimat – Entwurzelung – Neuanfang – Kreisgemeinschaft“, Instrumentalstück, Schlusswort des Kreisvertreters, Deutschlandlied 3. Strophe,

16 Uhr: offizielles Ende des Hauptkreistreffens.

Änderungen vorbehalten

Matjesessen

Am Abend vor dem Kreistreffen, am Freitag, 31. August, findet unser traditionelles Matjesessen statt, ebenfalls wieder im Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf. Es soll all jenen, die schon am Freitag angereist sind, die Möglichkeit bieten, den Abend in geselliger und angenehmer Runde zu verbringen. Landsleute und Besucher des Kreistreffens (nicht nur Funktionsträger oder Ehrengäste) sind aufgefordert, sich bei bestehendem Interesse zu melden. Die Kosten hierfür trägt jeder selbst.

Ihre verbindliche Anmeldung für dieses Matjesessen richten Sie bitte an den stellvertretenden Kreisvertreter, Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57072 oder E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de.

Sondertreffen

Sonnabend, 1. September, um 15.30 Uhr, im Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Sondertreffen Stadtgemeinschaft Zinten unter der Leitung von Viola Reyentanz, geb. Schlenger.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Heimatgruppe Köln – Mittwoch, 22. August, Gaststätte Zirkel, Braunstraße 20, Köln-Braunsfeld (Haltestelle Aachener Straße/Maarweg). Anmeldung und nähere Informationen bei Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Heimatgruppe Thüringen – Sonntag, 5. August, 14 Uhr, Egapark Erfurt, Gothaer Straße: Mitgliedertreffen Weitere Informationen: Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail fjboehlke@gmail.com.

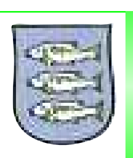


LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Hauptkreistreffen

Otterndorf – Freitag, 7., bis Sonntag, 9. September: Stadthalle, Fröbelweg, 21762 Otterndorf: Hauptkreistreffen. Am 7. September Liederabend mit dem Chorensemble „Legende“ aus Königsberg, 19 Uhr in der St. Severi-Kirche zu Otterndorf. Am 8. September Hauptkreistreffen in der Stadthalle. Beginn ist um 9 Uhr. 9. September: Programm im Patenkreis. Weitere Informationen bei Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. E-Mail: kreisgemeinschaft-labiau@t-online.de.

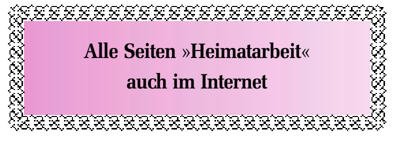


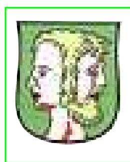
LÖTZEN

Dieter Arno Milewski (kommissarischer Kreisvertreter), Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ausstellungseröffnung

Neumünster – Sonnabend, 18. August, 15.30 Uhr, Heimatmuseum: Ausstellungseröffnung „Die Elche sind da!“ – Ostpreußens Wappentier in Werken der bildenden Kunst, der Souvenir- und Spielzeugherstellung. – Die Kunstwerke sind Leihgaben aus dem Ostpreußischen Landesmuseum, Lüneburg. Zu sehen ist die Ausstellung in Neumünster bis einschließlich 17. November.



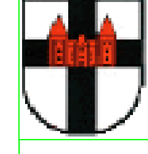


LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Heimattreffen

Hagen – Sonnabend, 25., bis Sonntag, 26. August, Hotel Mercure, Hagen: Heimattreffen.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Heimattreffen

Unser diesjähriges Heimattreffen findet am Sonntag, 2. September, in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt statt. Anlässlich dieser Veranstaltung gibt es eine Lesung von Marguerite Kollo aus den Erinnerungen ihres Vaters Willi „Als ich jung war in Berlin“, die sich auf den Zeitraum der Jahrhundertwende bis nach dem Zweiten Weltkrieg beziehen. Inhalt sind die Karrieren der beiden Autoren Walter und Willi Kollo in Berlin und die authentischen Erfahrungen zur Zeit der politischen Ereignisse im Berlin mit zwei Weltkriegen. Dazu werden viele historische Aufnahmen mit Musiktiteln dieser beiden Autoren eingespielt. Walter Kollo ist bekanntlich einer der berühmten Söhne unserer ehemaligen Kreisstadt Neidenburg und Großvater von Marguerite Kollo und ihrem Bruder Rene Kollo.

Wegen der besonderen Situation der Verpflegung in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt wird um Anmeldung der Besucher beim Kreisvertreter gebeten. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft lädt alle seine Gäste zu einem kleinen Mittagessen herzlich ein und würde sich über ein zahlreiches Erscheinen freuen.

Jürgen Szepanek



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Erinnerungskultur

Die Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau beteiligt sich an der Verdener Erinnerungskultur. Wir haben zwei Zeitzeuginnen befragt und davon DVDs hergestellt, die in den Veranstaltungen von Landkreis und Stadt Verden gezeigt werden. Rotraud Hahn (94, die Mutter stammt aus Poschloschen) schildert ihre Zeit von der Flucht aus und der Rückkehr nach Königsberg 1945 bis zur Ausweisung und dem Neubeginn in Bremen 1948; Adelgunde Hamelberg (Verden) die Flucht ihrer Familie bis zum Beschuss des Flüchtlingszuges durch Tiefflieger bei Verden. Die Fragen stellte der Historiker Christopher Spatz, die Filme fertigte Jonny Reimers (beide Bremen) an. Es sind auch historische Fotos eingefügt.

Landkreis und Stadt Verden gehen die „Erinnerungskultur“, die zurzeit immer mehr als dringende Aufgabe erkannt wird, unterschiedlich an. Der Landkreis fördert ein „Netzwerk Erinnerungskultur“ mit vielen Ansatzpunkten im Kreisgebiet, die Stadt hat ein Dokumentationszentrum zum 20. Jahrhundert („DOZ 20“) eingerichtet, beides stützt sich weitgehend auf ehrenamtliche Arbeit. Das Thema Herkunft, Ausweisung und Eingliederung der Vertriebenen stößt gerade deshalb auf Interesse und Bereitschaft zur Mitwirkung, weil 30 Prozent der Bevölkerung im Nordwesten aus Ostdeutschland stammen. Ihr Schicksal war in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend tabuisiert. Die aktive Mitwirkung der Kreisgemeinschaft ist willkommen.

Wer ist bereit zum Gespräch vor laufender Kamera? Für eine vollständige Dokumentation fehlen noch Berichte von der Zeit unter polnischer „Verwaltung“, als die Überfremdung der Verbliebenen in der eigenen Heimat begann. Meldungen bitte an die Kreisgemeinschaft.

Martin Lehmann



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

62. Hauptkreistreffen

Wesel – Sonnabend, 18., und Sonntag, 19. August, Niederrheinhalle, An de Tent 1, 46485 Wesel: Hauptkreistreffen.

Mitgliederversammlung und Kreistagssitzung finden am Sonntag, 19. August, um 11.30 Uhr, in der Niederrheinhalle Wesel anlässlich unseres diesjährigen Hauptkreistreffens statt.

Tagesordnung am
Sonntag, 19. August

1. Begrüßung durch den Kreisvertreter,
2. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr,
3. Bericht des Kreisvertreters,
4. Kassen und Prüfungsbericht,
5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung,
6. Haushaltsplan 2019,
7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“,
8. Bildband,
9. Rastenburger Treffen 2018/19,
10. Verschiedenes.

Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 12. August einzureichen.

Der Kreis Wesel und die Kreisgemeinschaft der Rastenburger laden Sie und Ihre Angehörigen herzlich ein, an dem Kreistreffen teilzunehmen.

Für den Kreis Wesel:
Dr. Ansgar Müller, Landrat
Für die Kreisgemeinschaft: *Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter*

Programm

Sonnabend, 18. August

9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof,

10 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia“, Caspar-Baur- Straße,

10.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne in Wesel,

14 Uhr: Gemütlicher Nachmittag im Biergarten des Hotel Kaiserhof,

19 Uhr: geselliges und gemütliches Beisammensein in der Niederrheinhalle, Wesel.

Sonntag, 19. August

9 Uhr: Einlass in die Niederrheinhalle, Möglichkeit zum Frühstück,

9.30 Uhr: evangelischer. Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wakkenbrucher Straße 82,

10 Uhr: katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz-Jesu, in der Feldmark, Wesel,

14.30 Uhr: Hauptkreistreffen in der Niederrheinhalle, Wesel: Musikeinführung Blasmusik Lakkhausen, Begrüßung Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter, Gemeinsames Lied „Land der dunklen Wälder“, Ansprachen, Heinrich Friedrich Heselmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel,

Zwischenspiel der Blasmusik Lackhausen,

16 Uhr: Großer Zapfenstreich Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fusternberg,

16.30 Uhr: Geselliges Beisammensein.

Kontakt: Geschäftsstelle „Patenschaft Rastenburg“, Telefon (0281) 26950.

Korscher Treffen

Freitag, 17., bis Sonntag, 19. August, 29683 Bad Fallingbostel: Korschener Treffen.



SENSBURG

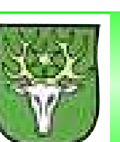
Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

52. Kreistreffen

Remscheid – Sonntag, 26. August, Berufskolleg Technik, Neuenkemper Straße 55: Kreistreffen.

Haben Sie das Datum 26. August in Ihrem Terminkalender rot eingefärbt? In wenigen Wochen ist es so weit. Das 52. Sensburger Kreistreffen findet am 26. August wie in den Jahren zuvor in unserer Patenstadt Remscheid statt. Am Sonntagmorgen öffnen sich im Berufskolleg die Türen zu der festlich geschmückten Tagungshalle. Wir heißen alle Gäste herzlich willkommen und freuen uns auf möglichst viele Teilnehmer. Vielleicht interessiert auch die Enkel, die ihre Großeltern nach Remscheid bringen, all das, was „die Alten“ von ihrer ostpreußischen Heimat erzählen. Um elf Uhr beginnt die Feierstunde, die umrahmt wird von Liedbeiträgen des Remscheider Ostpreußen-Chors. Die Festrede wird Wolfgang Thüne, Mitglied des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen, halten. In diesem Jahr werden wir unser Kreistreffen gemeinsam mit der Kreisgemeinschaft Treuburg feiern. Wir wünschen allen Landsleuten, die nach Remscheid fahren wollen und das bei guter Gesundheit auch noch können, viel Kraft und Freude und ein fröhliches Wiedersehen.

Dorothee Heitmann



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Versammlung der Mitglieder

Syke – Sonnabend, 8. September, 13 Uhr, Wessels Hotel, Hauptstraße 33, 28857 Syke: Mitgliederversammlung.

Tagesordnung

Begrüßung,

Feststellen der ordnungsgemäßen Einladung,

Feststellen der Beschlussfähigkeit (bei nicht ausreichender Beschlussfähigkeit wird die Versammlung für 30 Minuten unterbrochen und erneut eröffnet),

Totenehrung,

Berichte der Vorstandsmitglieder: Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeisterin,

Bericht der Kassenprüfer,

Entlastung des geschäftsführenden Vorstands,

Wahlen,

Beratung und Beschluss über den Wirtschaftsplan 2019,

Beratung über notwendige Reorganisation der Kreisgemeinschaft Wehlau e. V.,

Beratung und Beschluss über die Terminplanungen für das Kalenderjahr 2019,

Beratung über die bis zum 15. August 2018 eingegangenen Anträge der Mitglieder,

Anfragen und Anregungen der Mitglieder,

Schlusswort des Vorsitzenden,

Ostpreußenlied.

Die Veröffentlichung des Termins zur Mitgliederversammlung im Heimatbrief Nr. 99 und im *Ostpreußenblatt* gilt als Einladung an alle stimmberechtigten Mitglieder.

Um 15 Uhr lädt die Kreisgemeinschaft zu einem gemeinsamen Kaffeetrinken ein, erforderlichen Falls wird die Versammlung dazu unterbrochen.

Im Interesse unserer Kreisgemeinschaft bitte ich um eine zahlreiche Beteiligung. *Gerd Gohlke*

Hauptkreistreffen

Syke – Sonnabend, 8. und Sonntagm 9. September, Wessels Hotel, Hauptstraße 33, 28857 Syke: Hauptkreistreffen.

Programm

Sonnabend, 8. September

17 Uhr: Eröffnung, Berichte über Reisen in die Heimat und den zwischenzeitlichen Entwicklungen,

18 Uhr: Pause zum Abendessen,

20 Uhr: unterhaltsames und abwechslungsreiches Abendprogramm mit Informationen und Liedern der Heimat mit dem Alleinunterhalter „Robert“,

23 Uhr: Ausklang.

Sonntag, 9. September

10 Uhr: Feierstunde in Wessels Hotel in Syke, Hauptstraße 33: Eröffnung, Totengedenken, Grußworte, Vortrag von Eugen Snegowskij, einem langjährigen russischen Reiseleiter, Erinnerungen und Aktuelles, Bekanntgaben, Schlusswort, Ostpreußenlied,

12 Uhr: Erbsensuppenessen, die Kreisgemeinschaft lädt ein,

13 Uhr: Unterhaltung zum Ausklang,

15 Uhr: bei Intersse ist die Teilnahme an der Gedenkfeier des BdV Kreisverbands Syke am „Mahnmal Deutscher Osten“ am Mühlenweg in Syke möglich,

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

15.30 Uhr: Besuch des Wehlauer Heimatmuseums, am „Tag des offenen Denkmals“ bietet das Kreismuseum Syke frischen Kaffee und leckeren Kuchen an,

17 Uhr: Ende des Hauptkreistreffens in Syke.

Auf eine zahlreiche Beteiligung freut sich *der Vorstand*

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonntag, 5. August, 11 Uhr, Gedenkplatte auf dem Schlossplatz in Stuttgart: Chartafeier. Begrüßung: Iris Pipsam, Grußwort: Uta Lüttich, Festredner: Egon Primas, MdL. Alle Landsmannschaften und Heimatgruppen sind dazu eingeladen. Bitte kommen Sie recht zahlreich zu dieser Veranstaltung. – Montag, 17., bis Montag, 24. September: Fahrt nach Rostock. Die Landsmannschaft Ostpreußen Baden Württemberg und die AdM Mannheim laden zu einer Busfahrt zum Ostpreußentreffen am 22. September in Rostock ein. Damit die Fahrt nicht zu anstrengend wird, werden wir auf der Hin- und auf der Rückfahrt jeweils eine Zwischenübernachtung einlegen.

Reiseverlauf zum Ostpreußentreffen in Rostock

Montag, 17. September: 7 Uhr Abfahrt in Mannheim am Busbahnhof, 8.30 Uhr Stuttgart am Steigenberger Hotel am Hauptbahnhof, 9.30 Uhr in Göppingen, Bushaltestelle EWS Arena, zirka 16 Uhr Ankunft in Leipzig zur Übernachtung im Intercity-Hotel,

Dienstag, 18. September: Weiterfahrt nach Rostock-Sievershagen in das Atrium Hotel Krüger,

Mittwoch, 19. September: Tagesfahrt nach Stralsund,

Donnerstag, 20. September: Tagesfahrt nach Bad Doberan, Kühlungsborn und Warnemünde,

Freitag, 21. September: Tagesfahrt auf die Insel Usedom mit den Seebädern Ahlbeck und Heringsdorf,

Sonnabend, 22. September: Teilnahme am Ostpreußentreffen in der Stadthalle in Rostock,

Sonntag, 23. September: nach dem Frühstück Rückreise nach Jena zur Übernachtung im Steigenberger Hotel Esplanade,

Montag, 24. September: Rückkreise nach Mannheim, Stuttgart und Göppingen.

Der Preis für die Acht-Tagesfahrt inklusive aller Rundfahrten mit jeweiliger Reiseleitung und sieben Übernachtungen mit Frühstücksbuffet beträgt pro Person im Doppelzimmer 615 Euro und im Einzelzimmer 730 Euro.

Mit der Anmeldung sind pro Person 100 Euro zu überweisen auf das Konto: UTTA – Uwe Jurgsties – Heddesheim, IBAN: DE04670505050038470809. Der Restbetrag ist bis spätestens 15. August zu überweisen.

Anmeldungen bitte umgehend einreichen bei Uwe Jurgsties, 68542 Heddesheim, Kirschblütenstraße 13, Telefon (06203) 43229, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de oder bei Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, E-Mail: uta.luettich@web.de.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Donnerstag, 20, bis Sonntag, 23. September: Landeskulturfahrt nach Danzig. Flug ab München. Stationen: Hela, Marienburg, Elbing, Frauenburg, Cadinen. Anmeldung bei Landsmann Bethke, Telefon (09831) 80961.

Hof – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen traf sich zum monatlichen Beisammensein im Restaurant Altdeutsche Bierstube.

Der Vorsitzende Christian Joachim begrüßte Mitglieder und Gäste und freute sich über die voll besetzten Tische. Nach den Glückwünschen an die Geburtstagskinder der vergangenen vier Wochen stellte zunächst Bernd Hüttner den Astronomen und Mondforscher Johannes Hevelius vor. Anschließend übernahm Christian Joachim und berichtete über das Memelland, das ein Gebietsstreifen unserer ostpreußischen Region mit einer bewegenden Geschichte ist. Als Memelland bezeichnet man den zwischen den beiden Weltkriegen von Deutschland abgetrennten Landesteil Ostpreußens, der nördlich der Memel gelegen ist, sowie den entsprechenden Teil der Kurischen Nehrung – ab der Hohen Düne bei Nidden.

Die Geschichte des Memellandes reicht bis zu den baltischen Stämmen der Schalauer, Kuren und Karschauer zurück. Besonders die Kuren waren als Piraten gefürchtet. Nach der Eroberung durch den Schwertbrüderorden ab 1200 und dem Bau der Festung Memelburg beziehungsweise der Stadt Memel ab 1250 durch den Deutschen Orden wurde das Memelland ab 1328 dem Ordensstaat zugeteilt. Nach der Reformation wurde es 1525 Teil des protestantischen Herzogtums Preußen. 1701 erhob Kurfürst Friedrich III. das Herzogtum zum „Königreich Preußen“ und sich selbst zum König. In den folgenden Jahrzehnten wurde das Königreich zur namensgebenden Provinz des brandenburgisch-preußischen Staates. Mit der Gründung des Deutschen Kaiserreichs wurde Ostpreußen und somit auch dieser bereits am Anfang beschriebener Landstrich des Memellandes zum nördlichsten Territorium Deutschlands. Die Grenze zwischen dem ostpreußischen Landesteil um die Memel und Litauen blieb von 1422 bis 1920 weitgehend unverändert. Im Mai 1924 wurde die Annexion des Memellandes durch Litauen vom Völkerbund anerkannt; zu ihren Bestimmungen gehörte eine Autonomie des Memellandes innerhalb Litauens. Mit der Annexion verloren die Memelländer die deutsche Staatsangehörigkeit und wurden Litauer. Sie konnten allerdings für die deutsche Staatsbürgerschaft optieren. Im Dezember 1926 wurde per Kriegsrecht die Autonomie weitgehend aufgehoben. Am 22. März 1939, eine Woche nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Prag und der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren, schloss die litauische Regierung unter starkem Druck mit dem Deutschen Reich einen Übergabevertrag. Litauen zog daraufhin Truppen und Behörden ab und erhielt im Gegenzug eine Freihandelszone in Memel sowie freies Wegerecht für 99 Jahre. Das Memelland wurde in das Land Preußen und in die Provinz Ostpreußen eingegliedert. Der 140 Kilometer lange und bis zu 20 Kilometer breite Landstreifen hatte 1939 145000 Einwohner. Größte Stadt war Memel mit 40000 Einwohnern, gefolgt von Heydekrug mit 5000 Einwohnern und Pogegen mit 2800 Einwohnern. Im Oktober 1944 evakuierte Deutschland die gesamte Bevölkerung über die Memel. Kurz darauf marschierte die Rote Armee ein. Nach der Besetzung Memels am 28. Januar 1945 setzte die litauische Sowjetregierung im Memelland eine neue Verwaltung ein, die sofort mit der Besiedlung durch Litauer begann. Das Memelland wurde Teil der Litauischen SSR.

Bis nach dem Ersten Weltkrieg gehörte das Memelland zu Ostpreußen, dann zu Litauen, zur Sowjetunion und jetzt wieder zu Litauen. Bis heute gibt es in dem kleinen Gebiet nördlich des Flusses Memel noch rund 4000 Deutsche, die zumeist als Kinder nach dem Zweiten Weltkrieg dort zurückblieben. – Nach der Sommerpause findet die nächste Monatsversammlung am Sonnabend, dem 8. September, um 15 Uhr in der Altdeutschen Bierstube, Hof, statt. Thema wird Frauenburg sein. Zu dieser Veranstaltung sind Gäste herzlich willkommen.

Berühmte Ostpreußen – Der Kulturwart der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, Bernd Hüttner, stellt regelmäßig berühmte Ostpreußen und deren Lebensgeschichte vor.

Im Juli ging es um den Astronomen Johannes Hevelius, der als Begründer der Kartographierung des Mondes gilt. Geboren wurde er am 28. Januar 1611 in Danzig, wo er 76 Jahre später an seinem Geburtstag starb. Hevelius stammte aus einer reichen Danziger Brauerfamilie. Er übernahm nach seinem Studium und Aufenthalten in England und Frankreich die Brauerei seiner Familie. Das Danziger Jopenbier ist weltbekannt. Er war Zunftmeister, später Danziger Ratsherr und schließlich Bürgermeister. Durch seine Heirat mit Katharine Rebeschke war er Besitzer dreier nebeneinanderstehender Häuser. Er verband diese und richtete sich in deren Dachgeschossen ein Observatorium ein. Hevelius baute sich ein 45 Meter langes Fernrohr und zeichnete die ersten Mondkarten. Aufgrund seiner Beobachtungen stellte er die These auf, dass die Kometen die Sonne in parabelförmigen Bahnen umkreisen.

Eine Gedenktafel vor dem Rathaus in Danzig zeigt folgenden Text: „Johannes Hevelius 1611–1687. Hervorragender Gelehrter und Astronom. Schöpfer des Himmelsatlasses. Entdecker vieler Kometen und Sternbilder. Genialer Konstrukteur und Erfinder. Bekannter Danziger Brauer.“

1935 wurde ein Mondkrater nach ihm benannt.

Landshut – Dienstag, 21. August, 14 Uhr, Insel: Zusammenkunft mit Videorückblick auf das Jahr 2017.



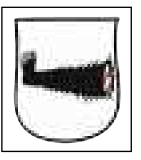
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftsstelle: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

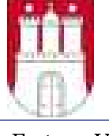
KREISGRUPPEN



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Königsberg – Freitag, 17. August, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Treffen. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

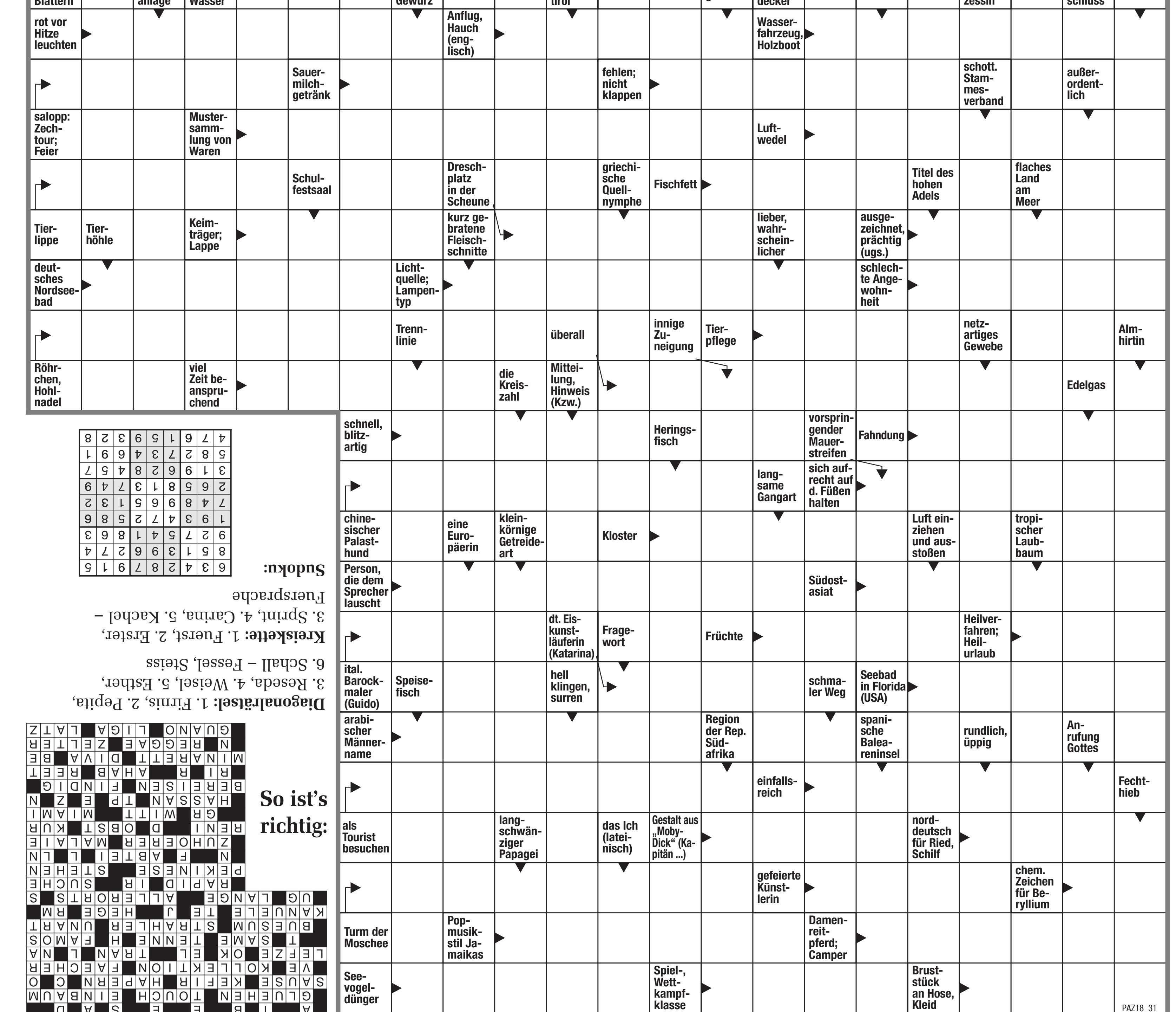


HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonntag, 23. September: Das Kulturreferat lädt herzlich ein zur Fahrt nach Elmshorn zum ostpreußischen Theater Dittchenbühne. Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken sehen wir uns das Schauspiel

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17



Sudoku

	3	4				9	1	
	5		3		6		7	
		7				8		
1			4		2			6
	4		9		5		3	
2			8		3			9
		9				4		
	8		7		4		9	
	7	6				3	2	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

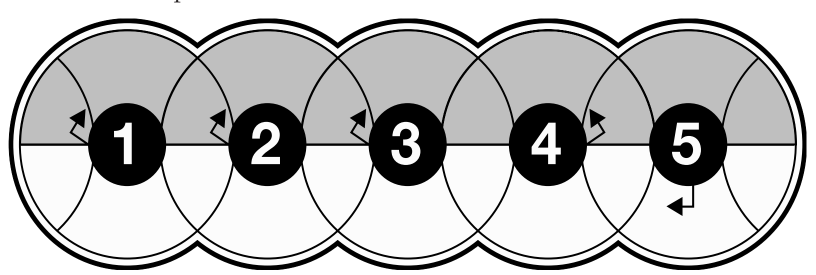
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Körperteile.

1 Schutzanstrich
2 klein kariertes Gewebe
3 Gartenzierpflanze
4 Bienenkönigin
5 Frauenname; Buch im A. T.
6 nachhallender Klang, Ton

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen anderen Ausdruck für Empfehlung.

1 Titel des hohen Adels, **2** Sieger, Bester, **3** Kurzstreckenlauf, **4** Frauenname, **5** Wand-, Bodenplatte



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

„Die Reise nach Tilsit“ von Hermann Sudermann an.

Abfahrten des Busses:
13 Uhr: Meckelfeld, Höpenstraße. 88, Bushaltestelle Waldquelle,
13.15 Uhr: Harburg-Hauptbahnhof,
14 Uhr: Kirchenallee – am Hamburger Hauptbahnhof.
18.30 Uhr: Rückfahrt über Kirchenallee und Harburg nach Meckelfeld

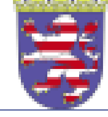
Der Gesamtpreis beträgt 30 Euro pro Person. Im Preis enthalten: Fahrt in einem modernen Reisebus, ein Fläschchen Bärenfang während der Hinfahrt, Kaffee und Kuchen mit einem Bärenfang im Festsaal der Dittchenbühne, Theateraufführung.

Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520 und (0172) 9209151, E-Mail: walter.bridszuhn@gmx.de

KREISGRUPPEN




Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon und Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wiesbaden – Sommerliche Temperaturen – und zum Glück kein Regen – waren gute Voraussetzungen für ein fröhliches und unterhaltsames Sommer-Gartenfest der Landsmannschaft.

Unter den schützenden Markisen ließ es sich gut aushalten, zumal sich die über 50 Gäste den Kaffee und köstlichen Kuchen schmecken ließen. Zwischendurch war genügend Zeit zur Unterhaltung. An allen Tischen wurde angeregt geschabbert und plachandert – das gehört bei einem ostpreußischen Gartenfest einfach dazu.

Mit beliebt gebliebenen Melodien und Liedern, die jeder kennt und gerne hört, hielt Mathias Budau am Keyboard die Besucher bei guter Laune und lud zum Mitsingen ein. Er versteht es, den Geschmack der Preußen zu treffen.

Abwechslung bereitete das traditionelle Würfelspiel, bei dem die drei Besten mit "flüssigen Geschenken" belohnt wurden. Den ersten Preis in Form einer Flasche „Danziger Goldwasser“ hatte der Neidenburger Landsmann Reinhard Kayss gestiftet, die er der freudigen Gewinnerin Irmgard Gethöffer überreichte.

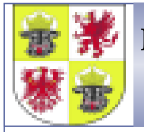
Den krönenden Abschluss bildeten gegen Abend die frischgegrillten Steaks und Würstchen mit hausgemachtem Kartoffelsalat.

Weil es allen gut geschmeckt hatte, erhielten der rührige Grillmeister und das fleißige Küchenpersonal allerseits Lob und Anerkennung – verbunden mit einem Sektpräsent, das der Vorsitzende Dieter Schetat dem Personal mit Dankesworten übergab.

Bild: Den ersten Preis in Form einer Flasche „Danziger Goldwasser“ hatte der Neidenburger Landsmann Reinhard Kayss gestiftet, die er der freudigen Gewinnerin Irmgard Gethöffer überreichte.



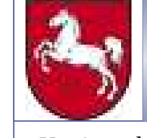
Wiesbaden: Die glückliche Gewinnerin des Würfelspiels Bild: privat



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Rinteln – Donnerstag, 9. August, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln (Navi: Bäckerstraße 1 oder Kreuzstraße). Dr. Hans-Walter Butschke aus Lemgo referiert über „Die Rangordnung bei Hühnern und anderen Tieren“. Neben Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls Angehörige und interessierte Gäste aus Nah und Fern herzlich willkommen. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat: Telefon (05751) 5386 oder per E-Mail: rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Neuss – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe. – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür. – Donnerstag, 13. September, bis Sonnabend, 22. September: Große Ostpreußenreise über Stettin, Danzig, Marienburg, Masuren, Thorn und Posen. Anmeldung: Peter Pott: Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400. Programm bitte anfordern.

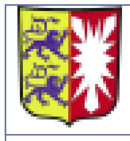
Witten – Montag, 20. August, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Urlaubsberichte.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Mittwoch, 8. August: Termin mit der Gerhard-Hauptmann-Oberschule: Marienburg und deren Bedeutung für die Entwicklung Ostpreußens. – Mittwoch, 3., bis Donnerstag, 4. Oktober: Fahrt der Gerhard-Hauptmann-Oberschüler zum Haus der Heimat nach Reichenbach.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Eckernförde – Das Musum Eckernförde zeigt bis Sonntag, 5. August, die Ausstellung „Landschaft voller Licht und Farbe. Die Künstlerkolonie Nidden“, für die der Sammler und Leihgeber Bernd Schimpke 29 Bilder zur Verfügung stellt.

Rund um diese Ausstellung finden weitere Veranstaltungen statt. Donnerstag, 2. August, 19 Uhr: Gespräch mit dem Sammler Bernd Schimpke.

Weitere Informationen unter Telefon (04351) 712547 und im Internet: www.museum-eckernforde.de.

Flensburg – Freitag, 17. August, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe, Mathildenstraße 22, Kaffeetafel mit anschließendem Vortag von Wilhelm Flor, Telefon 63631. Der ehemalige Angehörige der Flensburger Berufsfeuerwehr spricht über „Brandschutz im Haushalt und Hausflur“.

Malente – Unser Treffen findet am Freitag, dem 10. August, ab 15Uhr statt im Pflanzencenter Buchwald in Krummsee, Rövkampallee 39 statt. Unser Mitglied Hubertus Hilgendorff wird über die Fahrt der Kreisgemeinschaft „Rastenburg“ nach Ostpreußen berichten. Anmeldung bitte im Blumenhaus Franck (Inh. St. Munkelt) in Malente, Bahnhofstraße 26 oder sich unter Telefon (04523) 2659. Gäste sind herzlich willkommen

Neumünster – Die Gruppe trifft sich am Mittwoch, 8. August, um 15Uhr in der Stadthalle am Kleinflecken. Ein Kreppsche voll ostpreußischer Mundart, so schabberten wir to Hus, ein typischer ostpreußischer heiterer Nachmittag mit kulinarischen Spezialitäten. Gäste sind willkommen.

Bericht

Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Gruppe Neumünster traf am 11. Juli zu einem Schabbernachmittag in der Stadthalle.

Eigentlich wollen wir im Stadthallengarten sitzen, leider war es für draußen zu kühl.

Ohne heitere Vorträge und Gesang ging es nicht!

Wir erinnerten uns – es gab den „Kaffeeklatsch im Jrienen“ wirklich: „Hier können Familien Kaffee kochen.“ Nur das heiße Wasser wurde vom Wirt kassiert.

Das Gedicht wurde von der Vorsitzenden Brigitte Profé „Kaffeeklatsch im Jrienen“ vorgelesen.

Der fröhliche Nachmittag endete wieder mit dem West- und Ostpreußenlied. *Brigitte Profé*

Uetersen – Freitag, 10. August, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: „Die Veränderung der Grenzen Ostpreußens im Laufe der Jahrhunderte“– den Vortrag hält Manuel Ruoff, Historiker und Redakteur der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*.

Neue Broschüre erschienen

„Die Deutschen und ihr Nationalgefühl“ von Klaus-Peter Börner

Ein Vortrag von Klaus-Peter Börner, Studiendirektor i.R., auf einer Landeskulturtagung der Landesgruppe NRW der Landsmannschaft Ostpreußen (LO NRW) zum Thema „Vom Werden der Deutschen“ wurde von der Landesgruppe nun als Broschüre „Die Deutschen und ihr Nationalgefühl – Eine historische Entdeckungsreise“ vorgelegt.

Klaus-Peter Börner stellt und beantwortet die Fragen: Seit wann existiert ein die Deutschen einigendes Nationalbewusstsein? Seit wann verstehen sich die hier lebenden Menschen als Deutsche? Seit wann gibt es Deutschland?

Wer hat nicht Äußerungen der Antifa in Erinnerung: „Nie wieder Deutschland!“, „Grenzen abschaffen – Deutschland überwinden“. Selbst Bundespräsident Joachim Gauck sagte in einem Zeitungsinterview 2015: Es wäre von Vorteil, „wenn sich noch mehr Menschen als bisher von dem Bild einer Nation lösen, die sehr homogen ist, in der fast alle Menschen Deutsch als Muttersprache haben, überwiegend christlich sind und hellhäutig“.

Doch weshalb sollten Deutsche nicht stolz sein können auf ihr Land? Wegen unseliger zwölf Jahre? Es muss doch verwundern, dass die Deutschen mehr als 70 Jahre nach dem Ende des NS-Regimes ihre Unbefangenheit gegenüber der eigenen Geschichte nicht wiedergewonnen haben. „Dieser Prozess ist schwierig, vor allem, wenn er zweitens Mal, nach dem Kriegsschuldvorwurf des Versailler Friedensvertrags, eine kollektive Schuld der Deutschen behauptet und aus ihr Individualschuld abgeleitet wird“ (Thilo Ramm, Die Deutschen – eine Nation, aus Politik und Zeitgeschichte B 39/2004, Bundeszentrale für Politische Bildung).

Börner verdeutlicht anhand der geschichtlichen Quellen: Die Deutschen reichen in ihrer Selbstwahrnehmung und Außenwahrnehmung als Nation viel tiefer in die Geschichte zurück, als in der heutigen Zeit oft vermutet und gelehrt wird. Der Verfasser zeigt aber auch auf: Das bemerkenswert unsichere nationale Selbstbewusstsein der Deutschen hat gleichfalls eine erstaunlich lange Tradition.

Ergänzt wird der Vortrag von einem Vorwort des Vorstands der LO NRW, einer Kurzbiografie des Autors und Hinweisen auf weitere Veröffentlichungen der LO NRW. *Wilhelm Kreuer*



Die 32-seitige Broschüre im Format DIN A 5 enthält zahlreiche farbige Abbildungen und wird zum Selbstkostenpreis von zwei Euro zuzüglich der Versandkosten abgegeben.

Bestellungen werden erbeten bei der LO NRW Geschäftsstellenleiterin: Brigitte Gomolka, Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeftsstelle@Ostpreussen-NRW.de.

Anzeigen

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief sanft und ruhig meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Oma und Uroma, unsere Schwägerin und Tante



Anneliese Brix
geb. Kobialka
* 1. Mai 1938 † 18. Juli 2018

In Liebe und Dankbarkeit

Dein Hartmut
im Namen aller Angehörigen

Wir haben am Donnerstag, den 26. Juli 2018, in der Christuskirche in Kiebitzreihe Abschied genommen.

Kreisgemeinschaft Gumbinnen e.V.

In großer Hochachtung und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserem geschätzten Ehrenmitglied



Dietrich Goldbeck
* 15. 4. 1914 in Gumbinnen † 18. 7. 2018 in Bielefeld

Träger der Ottmar-Schreiber-Plakette der Landsmannschaft
Träger des Bundesverdienstkreuzes

Dietrich Goldbeck war viele Jahre Ideengeber und Initiator der Kreisgemeinschaft Gumbinnen. So gründete er neben dem *„Verein der ehemaligen Gumbinner Friedrichs- und Cecilienschüler“*, die *„Arbeitsgemeinschaft Ostpreußisch Platt“*, die sich bis heute in Bielefeld trifft und sich für die Pflege und der Dokumentation der ostpreußischen Mundart einsetzt. Ebenso war er an der Gründung der *„Stiftung Gumbinnen“* beteiligt.

Mit großer Leidenschaft widmete er sich dem Erhalt des Gumbinner Kulturgutes. Intensiv arbeitete er am systematischen Aufbau des Gumbinner Stadt- und Kreisarchivs auf wissenschaftlicher Grundlage. Es wurden Orts- und Stadtpläne mit der Lokalisierung aller Häuser erstellt, mit der Kennzeichnung der ehemaligen Bewohner. Im Bildarchiv wurden Tausende von Fotos gesammelt, lokalisiert und archiviert. Dietrich Goldbecks Arbeit wurde Vorbild für die Sammlung und Dokumentierung anderer Kreisgemeinschaften zur Wahrung des Kulturgutes.

Dietrich Goldbeck hat sich um die Kreisgemeinschaft Gumbinnen verdient gemacht.

In Dankbarkeit

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Gumbinnen
Der Vorstand der Stiftung Gumbinnen

Museumsstücke

Ausgewählte Exponate des Ostpreußischen Landesmuseums



Das Ostpreußische Landesmuseum ist das einzige Museum in Deutschland, das die reiche Kultur und Geschichte der ehemaligen deutschen Provinz Ostpreußen in Gänze thematisiert.

Aufgabe des Museums ist die Bewahrung und Erforschung der Geschichte und Kultur Ostpreußens sowie die museumsgemäße Darstellung seiner vielgestaltigen Jahrhunderte währenden Realität. Zukünftig werden wir in einer eigenen Abteilung auch die Kulturgeschichte der sogenannten Deutschbalten thematisieren, welche als deutschsprachige Minderheit im heutigen Estland und Lettland lebten. Der genaue Auftrag ergibt sich auf Grundlage des Paragrafen 96 des Bundesvertriebenengesetzes und der Satzung der Ostpreußischen Kulturstiftung.

Die museale Arbeit geschieht in Zusammenarbeit mit polnischen, russischen und litauischen Museen und Kulturinstitutionen, die heute im ehemaligen Ostpreußen tätig sind sowie entsprechenden Partnern in Estland und Lettland für die deutschbaltische Abteilung. Die Dauerausstellung des Museums wird erweitert und ist daher derzeit geschlossen. Die Wiedereröffnung erfolgt am 26. August 2018. Bis dahin werden in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* besondere Objekte aus dem Bestand des Museums vorgestellt.

Gemälde „Im Elchwald“

Am Ostufer des Kurischen Haffs befanden sich nach dem Ersten Weltkrieg die letzten Einstandsgebiete des Elchs im damaligen Deutschland. Die aus zahlreichen Mooren und Sümpfen bestehende Landschaft wurde 1937 als „Reichsnaturschutzgebiet Elchwald“ unter Schutz gestellt. Der Elch verbreitete sich von hier aus in weite Teile Ostpreußens.

Dimitrij von Prokofieff (1879–1950) stammte aus altem russischen Adel und gehört zu den bedeutendsten Jagd- und Naturmalern des 20. Jahrhunderts. Er floh nach der Oktoberrevolution aus Russland, siedelte sich in Berlin an und reiste oft nach Ostpreußen, um zu malen. Sein Monumentalgemälde in Öl auf Leinwand entstand ein Jahr vor der Unterschutzstellung der Region. Es wurde vom Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig Loeffke-Gedächtnisvereinigung e.V. für das Ostpreußische Landesmuseum angekauft und ist in der Jagdabteilung zu sehen.

Rauchtisch

Begeisterte Jäger drücken ihre Leidenschaft vielfach auch durch eine ganz eigene, manchmal ungewöhnliche Prägung ihrer Wohnumgebung aus. Hier stellen wir ein Objekt unserer Dauerausstellung vor, das einmalig ist und unter dem Thema „Jagdtraditionen“ gezeigt wird. Es ist ein kleiner Tisch, der dem aus Ostpreußen stammenden, um 1905 nach Berlin versetzten Soldaten Otto Buttgereit aus dem Kreis Pillkallen zum Abschied geschenkt wurde. Er besteht bis auf eine Holzplatte ausschließlich aus Geweihstücken von Rothirsch und Elch.

Zu diesem Tisch gehören ein Aschenbecher, ein Zigarrenspender, ein Kerzenhalter, ein Zigarrenanspitzer und ein Streichholzschachtelhalter. Auch sie sind fast durchweg aus Geweihteilen von Rothirsch, Elch und Reh gefertigt worden. Nach Feierabend mag Otto Buttgereit gemütlich bei einer Zigarre an seine ostpreußische Heimat gedacht haben. Wir verdanken dieses Geschenk seinem Enkel Hans-Joachim Schütt. *OL*

Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, Internet: www.ol-lg.de, E-Mail: info@ol-lg.de.



Passend zum Tisch: Ein Aschenbecher aus Geweihteilen Bild: OL

Manfred Schukat wurde 75

Ein Glückwünsch des Heimatsängers BernStein

Weit über zehn Jahre kenne ich den Ostpreußen aus dem Kreis Gumbinnen schon und bewundere seine Arbeit.

Viele Hunderte sind zu seinen Veranstaltungen gekommen und mit ihm in die Heimat im deutschen Osten gefahren.

Er hält den Namen Ostpreußens im öffentlichen Bewusstsein wach und zeigt den Alten und Jungen die Heimat, wie man sie allein kaum erleben würde. Er motiviert seine Helfer zu Höchstleistungen und sie verwirklichen gemeinsam diese einmaligen Veranstaltungen. Auch ich durfte viele Male mitwirken.

Nun habe ich ihm als Geburtstagsgeschenk ein Lied gewidmet, das sein Leben und Streben beschreiben soll (siehe Kasten), das am Tag der Heimat in Anklam, am Sonnabend, 1. September, vorgetragen werden soll.

Herzlichen Glückwunsch, lieber Manfred Schukat, Gott schütze Dich. *Bernd Krutzinna*

Lied von Bernd Krutzinna Bern Stein für Manfred Schukat, geb. 25. Juli 1943 in Riedwiese / Ballienen im Kreis Gumbinnen, Melodie: James A. Bland, 1854 bis 1911

Die Schwalben sind fort aus Riedwiese / Ballienen.
Verschwunden das Dorf und das liebe Elternhaus.
Auch mich hat der Krieg aus der Heimat getrieben.

Als Kind auf der Flucht in die Ferne hinaus.
Gleich den Schwalben ist nun mein Streben;
über Grenzen zieh‘ ich von Ort zu Ort.
Hin zu dem Land, wo ich einst geboren,
hin zu den Menschen, die heute leben dort.

Der Herrgott hat stets mir Halt gegeben.
Hab auf meinen Wege den Segen oft gespürt.
Heimat geben und Heimat erleben,
das ist mein Gottesdienst, der mich nach Hause führt.

Viele, viele sind mit mir gezogen,
haben nach Jahren den Heimatort geseh‘n.
Wer nennt die Namen, wer zählt die Stunden?
Erinnerung und Sehnsucht werden nie vergeh‘n.

Einige Ereignisse im Leben des Manfred Schukat, nach der Vita verfasst von Friedhelm Schülke: Manfred Schukat wurde am 25. Juli 1943 als zweites Kind des Landwirtes Franz Schukat und seiner Ehefrau Ida, geb. Schmeling, in Riedwiese geboren. Von 1963 bis ‘67 absolvierte er eine kirchliche Ausbildung in Dresden. Als aktiver Bürgerrechtler in der DDR tat er viel für seine Mitmenschen. Am 9. März 1991 organisierte er in Anklam ein erstes Vertriebenentreffen. Kurz darauf bildete er den BdV in Anklam, dessen Vorsitzender er bis heute ist. Ein Jahr später wurde die LO in Mecklenburg-Vorpommern gegründet, auch hier hat er den Vorsitz inne. Busreisen, Hilfstransporte waren Anlass genug, ihm neben dem Goldenen Ehrenzeichen der LO auch das Bundesverdienstkreuz sowie ein polnisches Verdienstkreuz zu verleihen.



Gut bekannt: Manfred Schukat (rechts) und Bernd Krutzinna mit Memelländerinnen 2013 in Neubrandenburg Bild: privat

Östlich von Oder und Neisse

Bahnfahren in Polen ist preußisch oder k.u.k.

Die Bahngeschichte zwingt geschichtlich Interessierte in die richtige Spur

Wir haben die älteste Schmalspurbahn Europas“, so betitelt die Rzeczpospolita einen Beitrag zur Geschichte der Eisenbahn „auf polnischer Erde“. Zudem, so heißt es weiter, sei auf polnischem Boden 1842 die erste Bahnstrecke von Breslau nach Ohlau [Olawa] eröffnet worden. Es fällt also selbst Journalisten immer noch schwer, das deutsche Erbe im heutigen Polen anzuerkennen. Im selben Text wird der Leser animiert, sich auf eine Reise in die Geschichte der Bahn zu begeben und die Reise unbedingt im Museum des Schlesischen Industrieerbes im niederschlesischen Königszelt [Jaworzyna Slaska] zu beginnen.

Diese Institution geht mit dem Erbe weitaus sensibler um als die meisten Gazetten. 2004 wurde sie durch die Stiftung zur Bewahrung des Industrieerbes Schlesiens gegründet und betreibt neben Königszelt auch das Museum des Zinkhüttenwesens in Schoppinitz [Szopienice] bei Kattowitz. Die Stiftung unterstützt daneben die Einrichtung eines Porzellanmuseums im oberschlesischen Tillowitz [Tulowice], eines Landwirtschaftstechnikmuseums in Peterwitz [Piotrowice Swidnickie] bei Schweidnitz [Swidnica] und eines Eisenbahnmuseums in Reichenbach [Dzierzoniow] als Zweigstelle des Königszelter Technikmuseums. Bis es jedoch soweit ist, kann man in Königszelt mehr als 60 historische Lokomotiven, darunter deutsche, polnische und britische Fabrikate, bewundern. Zum Höhepunkt eines Besuches in Königszelt gehört eine Reise mit einem historischen Zug. An Sommerwochenenden werden auch Fahrten mit einer Dampflok von 1951 angeboten. Das Museum betreibt seine Internetseite ungewöhnlicherweise auch in deutscher Sprache [Muzeumtechniki.pl].

Innerhalb des Oberschlesischen Industriegebietes bildete die dortige Schmalspurbahn seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine wirtschaftliche Verkehrsader. Ein ausgedehntes Netz mit der ungewöhnlichen Spurweite von 785 Millimetern verband Steinkohlenbergwerke, Hütten, Fabriken und Kraftwerke und wurde zum Transport jeglicher Güter genutzt. Die Oberschlesische Schmalspurbahn ist die älteste bis heute betriebene Schmalspurbahn weltweit. 1853 erbaut, war sie mehr als 100 Jahre lang ein rentabler Betrieb. Nach Kriegsende wurde die Polnische Staatsbahn (PKP) Eigentümer des Streckennetzes.



Unter Dampf: Die Schmalspurbahn im Beuthen-Karf Bild: Wagner

2002 gelangte die Stadt Beuthen [Bytom] in den Besitz der wichtigsten Strecke des Netzes und der Förderverein der Oberschlesischen Schmalspurbahn [Stowarzyszenie Gornoslaskich Kolei Waskotorowych] übernahm den Betrieb. Bis heute überdauerte lediglich die Stecke Beuthen [Bytom] – Tarnowitz [Tarnowskie Gory] – Georgenberg [Miasteczko Slaskie]. Die Strecke verbindet touristische Sehenswürdigkeiten in diesen Orten wie zum Beispiel den Sport- und Erholungspark auf dem Gelände des Dolomit-Bergwerkes in Trockenberg [Sucha Gora], den Besucherstollen des alten Silberbergwerkes in Tarnowitz und den Chechlau-See bei Georgenberg. Das Herzstück der Schmalspurbahn bildet der Bahnhof Beuthen-Karf [Bytom Karb]. In den alten Werkstätten von Beuthen-Roßberg [Bytom-Rozbark] wurde ein Eisenbahnmuseum mit dem einst größten Ausbesserungswerk für Schmalspurfahrzeuge in Europa eingerichtet. An Sonnabenden sowie Sonn- und Feiertagen kann man bis September die Strecke von Beuthen bis Georgenberg befahren.

Im Galizischen Neu Sandez [Nowy Sacz] werden ebenfalls historische Zugfahrten auf der einst k.u.k. Galizischen Transversalbahn angeboten. Initiator des Projekts ist der Neu Sandezer Verband der Eisenbahnfreunde, die in Neu Sandez ein kleines Museum betreiben. Sie sind auf die 170-jährige Geschichte der Transversalbahn stolz. Auf Initiative des Senats der Stadt Krakau baute die Krakau-Oberschlesische Eisenbahngesellschaft 1847 als erste Gesellschaft im Kronland Galizien und Lodomerien die 67 Kilometer lange Hauptstrecke von Krakau in das bereits in Preußen gelegene Myslowitz [Myslowice]. Im Folgejahr, 1848, wurde in nahen galizischen Szczakowa der Endbahnhof „Granica“ (Grenze) der Warschau-Wiener Eisenbahn eröffnet. Über die Oberschlesische Eisenbahn bestand seit 1847 eine durchgehende Verbindung der verschiedenen schlesischen Eisenbahngesellschaften bis nach Berlin und weiter Richtung Westen, ab 1848 auch über die Wilhelmsbahn und die Kaiser-Ferdinands-Nordbahn nach Wien. Der österreichische Staat kaufte 1850 die Gesellschaft. 1858 wurden die Strecken westlich von Krakau der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn übertragen, die dadurch sowohl die alte Stammstrecke betrieb als auch die 1856 eröffnete Strecke zwischen Auschwitz [Oswiecim] und Trzebinia. *Chris W. Wagner*

Die Geschichte der Eisenbahn

in Teilen Hinterpommerns und in Belgard

Betrachten wir den heutigen Verkehr, so ist es unvorstellbar, dass das Reisen noch vor 180 Jahren mühsam und beschwerlich war, der Reisende nicht wusste, ob er abends sein Ziel erreichte. Die Landstraßen, wie man damals die Hauptverkehrsadern nannte, waren Wege, die sich von Feld- und Wiesenwegen allein durch ihre größere Breite und dadurch unterschieden, dass ein Fußweg einherlief; sonst waren sie und alle Wege so, wie der Herrgott sie geschaffen hatte: im Sommer staubig und im Frühjahr und Herbst so grundlos, dass nicht selten Gespanne im Morast steckenblieben und Kutscher und Mitreisende kräftig in die Speichen greifen mussten, um den Wagen wieder flottzumachen.

Dennoch hatte sich – trotz der schlechten Wege – ein zuverlässiges Postfuhrwesen entwickelt, nicht zuletzt dank des Baues der ersten Kunststraßen, der „Chausseen“. Diese Anfänge des Personen- und Güterverkehrs auf dem Landwege sollte die Eisenbahn revolutionieren und zu ungeahnter Blüte führen.

In „Unser Pommerland“, 23. J./ Nr. 8, Dezember 1982, schreibt Manfred Vollack über die Geschichte der Eisenbahnen in Pommern (auszugsweise):

„Am 28. Februar 1856 beschloss die Berlin-Stettiner-Eisenbahn-Gesellschaft (BSEG) eine Strecke von Stargard über Belgard nach Köslin zu bauen; von Belgard aus sollte eine Zweigbahn nach Kolberg führen. Die Konzessionserteilung erfolgte am 18.8.1856, und ein Jahr später begannen die Bauarbeiten.

Die Strecke Stargard - Köslin war anfangs über die Städte Wangerin und Körlin vorgesehen, doch Wangerin lehnte es ab, Grundstücke unentgeltlich herzugeben, und Körlin wehrte sich gegen den Bahnbau, weil es um sein einträgliches Fuhrgewerbe fürchtete. So kamen das bis dahin unbedeutende Dorf Ruhnow und die abseits der großen Straße Stettin - Naugard - Körlin - Köslin gelegene Stadt Belgard zu ihrer Eisenbahnverbindung.

Am 1. Juni 1859 konnte der Betrieb auf den Strecken Stargard - Belgard - Köslin und Belgard - Kolberg aufgenommen werden, zusammen 172,5 km neue Bahnen - das Streckennetz der BSEG hatte sich damit auf eine Länge von 342 km verdoppelt...

Zehn Jahre stockte der von vornherein beabsichtige Weiterbau der Strecke über Schlawe - Stolp - Lauenburg nach Danzig, so dass Köslin als vorübergehender Endpunkt der Bahn zum großen Warenumschlagplatz wurde. Erst 1867 wurde eine Konzession für die Fortführung gestellt, damit konnte schließlich der zweite Abschnitt der Hinterpommerschen Eisenbahn in den drei Teilstrecken Köslin - Stolp (01.07.1869), Danzig - Zoppot (01. 07.1870) und Stolp - Zoppot (01 09.1870) fertiggestellt werden. 198,4 km Eisenbahnen kamen damit hinzu.

Die Hinterpommersche Bahn entwickelte sich in der Folgezeit zum Rückgrat des Verkehrs in Hinterpommern; an ihr lagen 9 Kreisstädte, und sie verband die beiden Provinzhauptstädte und Häfen Danzig und Stettin durchgehend mit Berlin. Auch sorgte sie für eine bequeme Verbindung der östlichen pommerschen Kreise zu Danzig, das für dieses Gebiet seit eh und je ein wichtiger Absatzmarkt war. Auch für die Küstenverteidigung (die Festung Kolberg war ja seit 1859 durch die Zweigbahn angeschlossen) hatte sie große Bedeutung, so dass bald mit dem zweigleisigen Ausbau begonnen wurde, der bis 1939 allerdings nur von Stargard bis Belgard und von Stolp bis Lauenburg vollendet war.“ (Ende Vollack)

Über die Bauzeiten und die Inbetriebnahme in Belgard erfahren wir:

15.03.1857: Der Bau der hinterpommerschen Eisenbahn greift auf Belgarder Gebiet über. Dabei werden außer den einheimischen 250 fremde Arbeiter beschäftigt.

10.01.1857: Beginn des Baues der Eisenbahnbrücke über die Persante bei Vorwerk/Belgard.

26.04.1858: Jetzt wird mit dem Bau des Bahnhofs und des Bahnhofsgebäudes begonnen. Die Stadt Belgard gibt für die Bahn 77 Morgen, 39 Ruten kostenlos her.

20.11.1858: Der erste Eisenbahnzug trifft von Köslin aus in Belgard ein. Am nächsten Tag fährt der erste Zug von Belgard nach Köslin.

24.11.1858: Der erste Eisenbahnzug von Stargard trifft in Belgard ein.

30./31.5.1859: Der Prinzregent, spätere Kaiser Wilhelm I, weiht die Stargard-Kösliner und Belgard - Kolberger Eisenbahn ein.

15.11.1878: Die Eisenbahnstrecke Belgard-Neustettin wird eröffnet.

Das über Belgarder Kreisgebiet (ohne Schivelbein) in alle Himmelsrichtungen verlaufende Eisenbahnnetz maß auf der Strecke Schivelbein - Belgard - Köslin 34 km; an ihr lagen (die Bahnhöfe des Altkreises Schivelbein eingeschlossen) die Bahnstationen Schivelbein, Nelep, Groß Rambin, Zarnefanz, Belgard. - Die Bahnstrecke Kolberg - Belgard - Neustettin lief 23 km durch Belgarder Kreisgebiet; sie hatte die Stationen Groß Tychow, Kiefheide, Belgard.

Der Bahnbau stellte hohe Anforderungen an die Baupioniere – nicht nur die Oder und Weichsel und deren breite sumpfige Täler waren zu durchqueren, auch in der weiten Landschaft Pommerns entstanden Bauten, wie man sie bis dahin dieser Art nicht kannte. Man denke in Belgard an die Eisenbahnbrücke über die Persante, die noch heute – nach 160 Jahren – ihren Dienst versieht. Hatte es doch bis dahin lediglich Holzbrücken über die Persante gegeben, die bei Hochwasser, im Frühjahr und Herbst angebunden, dennoch wegschwammen!

Aber ich denke auch an die Moore und Senken. So durchschnitt die Strecke Schivelbein - Belgard das Moor meiner Heimatgemeinde Denzin und verlief von der Blockstelle Denzin am Lenzener Anschluss bis nach Vorwerk auf einem ca. 10 m hohen Bahndamm. Die Denziner wissen überliefert zu berichten, dass der Sand dieses Bahndamms, der das Lenzener und Denziner Moor weithin überragt, unterhalb des Schwarzen Berges in Denzin aus der Schonung des Dorfschulzen, Bauern Friedrich Pagel, entnommen wurde und dass ihn Denziner und Lenzener Bauern anfuhren.

Die von Hand geführte Schaufel und die Handkarre waren damals noch das allgegenwärtige Arbeitsgerät. Überall im Lande ließ der Bahnbau neue Arbeitsplätze entstehen in einer Zahl, wie man dies bis dahin auf dem flachen Lande nicht kannte. Man bedenke, in und um Belgard waren ungefähr 500 Arbeiter mit dem Eisenbahnbau beschäftigt.

Der Bahnkörper veränderte das Landschaftsbild. Weithin sichtbar winkten die Telegraphenmasten und verliehen dem Bahnkörper eine seltsame sterile und zugleich bewegende Atmosphäre; beruhigend die summenden Leitungen; zu gern horchten wir Jungen hinein, den Ton zu entschlüsseln suchend – und fühlten uns mit der weiten Welt verbunden.

Der nach dem Bau einsetzende Betrieb der Eisenbahn beanspruchte in Belgard ungefähr 500 Bahnbeamte (Beamte, Angestellte und Arbeiter zusammengerechnet); setzt man diese Zahl mit durchschnittlich 5-köpfigen Familien gleich, so gab die Bahn über 2500 Menschen Brot und Auskommen. Die Zahl der Beschäftigten, die – begünstigt durch die Bahn – Brot und Arbeit fanden, erreichte das Mehrfache. Die Einwohnerzahl Belgards stieg, durch die Bahn wesentlich hervorgerufen, von 1858 bis 1945 um das Achtfache, auf über 16.000.

Belgard zog als Kreuzungsbahnhof Mittelostpommerns einen wesentlichen Teil des Verkehrs Hinterpommerns an sich. Damit begann eine wirtschaftliche Blüte der Stadt Belgard. Durch den weiteren Bau der Bahnen von Schivelbein nach Bad Polzin (1896/97), Bublitz - Gramenz - Bad Polzin (1896 und 1903), Bad Polzin - Falkenburg (1903) ergab sich eine nicht voraussehbare wirtschaftliche Entwicklung des ganzes Kreisgebietes.

Der kleine reisende Händler konnte nun seine Waren verpacken und bahnlagernd mit der Bahn zu den Bahnhöfen versenden; in Koffer und Kiepe empfing er hier die Sendung und zog mit ihr über die Dörfer. Auch die Gewerbetreibenden erhielten die Waren zügiger; und es war ein neuer, geschätzter Service: der Bahnspediteur brachte die Bestellung direkt ins Haus! Auf umgekehrtem Wege konnte man jetzt jede Ware – auch in Körben, z.B. Beeren und Pilze, auf schnellstem Wege versenden. Baustoffe erreichten den Händler ebenfalls schnell und zu jeder Jahreszeit. Und vermehrt Kohle, Koks und Brikett. Brennstoffe, die allmählich den heimischen Torf und die Holzkohle ersetzten, wurden in Massen befördert, teils zwischengelagert von den Händlern, teils auf kürzestem Wege zu den Verbrauchern gefahren bzw. von den Bauern mit eigenem Gespann abgeholt.

In der mehr als 150-jährigen Geschichte der Eisenbahn in Ostdeutschland beförderte die Eisenbahn unzählig viele Menschen, transportierte aus dem Deutschen Osten Mengen Schweine, Kälber, Rinder und buckelte Massen Kartoffeln, Getreide und veredelte landwirtschaftliche Produkte wie handwerkliche und industrielle Güter in die Ballungszentren Berlins und in das Ruhrgebiet.

Bis auf die letzten Jahre wurde in Belgard die Lokomotive gewechselt oder mit Kohlen und Wasser versorgt. Dieser Kundendienst kam dem weißen Sonderzug Kaiser Wilhelms zugute, wenn er auf dem Wege von Berlin nach Danzig/Westpreußen und Königsberg/ Ostpreußen fuhr. Aber nicht nur das Kaiserpaar, auch der Kronprinz, Hindenburg und Bismarck gaben der Stadt und Bahn die Ehre des Besuchs.

Der Personen- und Frachtverkehr stiegen stetig und nahmen in den Kriegsjahren ein kaum zu bewältigenden Ausmaß an. Ich erlebte, dass auf der Strecke Stettin - Belgard - Köslin Züge in kurzen zeitlichen Abständen, z.T. durch MG-Posten gesichert, vorüber rauschten. Und wir Jungen notierten jene Züge besonders, die Panzer, Geschütze etc. geladen hatten. Durchfuhren Munitionszüge, in der Regel aus nur wenigen Waggons bestehend, den Belgarder Bahnhof, so musste der Bahnhof geräumt werden; auf dem Bahnhof herrschte dann eine eigenartige Stimmung, wurde uns doch bewusst, dass wir im sonst friedlichen Belgard im Krieg lebten – und dass das Zeug explodieren könnte!

Wieviel wohlgestimmte Reisende, wieviel Tränen der Freude und des Schmerzes begegnen uns auf den Bahnsteigen mit den ein- und auslaufenden Zügen, wieviel Gebete verwehten ungehört hier in den Stürmen der Kriegsjahre; und wie viele sollten ein letztes Mal ihren Frontzug besteigen und nicht wiederkehren!

Zwischen dem ersten Spatenstich, den triumphalen Einweihungsfeiern des 19. Jhs. – den mit fliehenden Menschen überfüllten Zügen und der verbrecherischen Vertreibung 1945/47 spannt sich ein weiter geschichtlich fortschrittlicher und schließlich tragischer Bogen, ein Geschichtsabschnitt, dessen Ende wir schmerzlich erlebten und bezeugen.

Es tut weh, wenn Phoenix kürzlich einen historischen Film ausstrahlte und darin die Entwicklung der Eisenbahn in Deutschland mit dem Streckennetz der Bahn im 19. Jh. zeigte, nur Ostdeutschland gehörte danach nicht dazu; das Streckennetz endete an der Neiße/Oder. Es tut doppelt weh, diese Verlogenheit, die Ignorierung deutscher, ostdeutscher Geschichte immer wieder auf allen Feldern zu erleben, wehren wir uns. Will nicht das öffentlich-rechtliche Fernsehen die Wahrheit und nichts als die Wahrheit gepachtet haben?

Manfred Pleger

Der Bahnhof Belgard im Wandel der Zeit – v. l. 1910, 1932 und 2016







Pommern – Pomorje – Land am Meer

Auf der Nordroute durch Pommern nach Ostpreußen – in Kurzform

Seit 1991 durchfahren wir Ostpreußen nun schon auf der Reise ins nördliche Ostpreußen Hinterpommern in der ganzen Weite – immer wieder bemerkenswert, die Oder zu überfahren. Oft erzählten uns unsere Zeitzeugen, dass sie als Frachtschiffer bereits als junge Leute die Gewässer befahren hätten. Es dauert nicht lange, dann liegt Stettin auf der linken Seite. Bei schönem Wetter blinkt das Oderhaff in der Ferne. Stettin – die ehemalige Hansestadt wurde im Krieg sehr zerstört. Doch die Geschichte ist vielfältig. Das Schloss, die Hakenterrasse mit der früher dort bedeutenden Sammlung, die – nach Irrwegen – wieder ihren Platz in Pommern, im Pommerschen Landesmuseum in Greifswald gefunden hat; die ehemalige Werft Vulkan, die Schauplatz der Solidarnosc-Bewegung war. Doch Zeit für einen Stopp gibt es nicht. Vorbei an Gollnow an der Ihna, ebenfalls eine ehem. Hansestadt. Es war zu deutscher Zeit ein Kurort der, wie an der gesamten pommerschen Küste entlang, Moorbäder anbot. Naugard = Neue Burg, Patenstadt ist Heide/ Holstein. Wunderbar gelegen am Naugarder See. Ursprünglich gab es auch den Kleinen See, der wurde jedoch 1822 trocken gelegt. Die Marienkirche steht noch, ansonsten ist das Stadtbild völlig verändert. In Lissow gibt es noch einen alten Gutshof, deren Verfall wir in den vielen Jahren leider beobachten müssen. Plathe an der Rega, an der alten Poststraße von Stettin nach Danzig. Ab 1756 legte Wilhelm von der Osten hier eine wertvolle Sammlung von Gobelins, Gemälden, Münzen und Büchern an. Die ca. 12.000 Bücher umfassende „Pommersche Bibliothek“ war die größte Privatbibliothek Pommerns. Derzeit arbeitet eine Wissenschaftlerin der Krupp-Stiftung Greifswald daran, Titel: Gedächtnisort und Wissensraum – eine pommersche Bibliothek der Aufklärung.

Zwischenübernachtung in Kolberg, die Stadt mit der bedeutenden Vergangenheit, dann nach dem Krieg ärmliche Verhältnisse, 1971 besuchte ich Kolberg und war erschüttert ob des Zustandes. Doch seit ca. 15 Jahren Entwicklung zum wiederum bedeutenden Kurort. Wir genießen den Aufenthalt in einem der komfortablen Hotels im neu entstandenen Kurbereich.

Köslin – 1214 noch Cossalitz, 1266 Erhebung zur Stadt nach Lübschem Recht, wie im übrigen fast alle Städte an der Pommerschen Küste.

Bedeutende Entwicklung sowohl auf wirtschaftlichem wie auch auf kulturellem Sektor. Bereits 1737 wurde die erste Wasserleitung gebaut. Die gotische Marienkirche wurde um 1300 als dreischiffige Basilika mit Westturm errichtet. Von Köslin führten eine elektrische Stadt- und eine Strandbahn an die Ostseeküste

Südlich von Köslin liegt der kleine Ort Streckenthin, hier hatte die Familie von Kameke, des bedeutenden pommerschen Kartoffelzüchters, ihr Gut, mit einem prachtvollen Gutshaus umgeben von einem herrlichem Park (heute Hotel Bernsteinpalast).

Zanow Kreis Schlawe, bereits 1335 genannt, erhielt 1343 Lübsches Stadtrecht. Hier bestand die Zündholz Aktiengesellschaft, sie war die größte Deutschlands. Das Stadtbild hat sich kaum verändert, man findet es fast genau so vor, wie auf alten Ansichtskarten.

Schlawe an der Wipper, der Ort entstand um 1200 an dem Kreuzungspunkt zweier Handelsstraßen und erhielt 1317 Lübsches Stadtrecht. Von hier biegt man links ab nach Rügenwalde mit Rügenwaldermünde, Preußens ältestem Seebad. Wichtiger Handels- und Hafenplatz. Bekannt war der Silberaltar.

Stolp – entstand als Wendensiedlung an einer Furt am Ostufer des Flusses, 1310 Gründung durch den Markgrafen von Brandenburg nach Lübschem Stadtrecht. Entwicklung zu einer der größten Städte im pommerschen Raum. Hier gab es die größte Möbelfabrik Ostdeutschlands, Maschinenbauindustrie – und nicht zu vergessen – hierher kam der viel gerühmte Camembert „Stolper Jungchen“. Das Rathaus, Schloss, Marienkirche, Mühlentor bereichern auch heute noch das Stadtbild. Vor Stolpmünde sank am 30. Januar 1945 um 22.15 Uhr die Wilhelm Gustloff.

Lauenburg im Blauen Ländchen, wir fahren nur daran vorbei, malerisch am Fuß der Wilhelmshöhe gelegen. Von hier stammt Paul Nipkow, er erfand die Scheibe, die das Fernsehen ermöglichte. An der Küste liegt Leba mit der wundervollen Dünenlandschaft, gleich der auf der Kurischen Nehrung. Hier gab es früher die erste Segelflugschule auf der Lontzkedüne. Wir verlassen das Blaue Ländchen und Pommern, Weiterfahrt durch den ehemaligen Korridor, nach Danzig und nach Ostpreußen.

Wir haben eine alte Kulturlandschaft durchfahren, landwirtschaftlich geprägt, wie früher, alle Ortschaften und Städte atmen Geschichte und oft sind auch Mitreisende dabei, deren Familien Wurzeln in Pommern haben. Das Land wird immer auch ein Teil von uns sein. *Brigitte Stramm*

Europa ist eine Lachnummer

Zu: Die Geister, die sie riefen (Nr. 24)

Spätestens seit der Einladung an Immigranten und Asylsuchende aus aller Welt scheint Deutschland beziehungsweise die Bundeskanzlerin größenwahnsinnig geworden zu sein. In Deutschland merkt man offensichtlich nicht, dass wir schon lange nicht mehr das bemerkenswerte Land sind, das wir waren. Der Größenwahn von Frau Merkel schlägt auf einen großen Teil der Deutschen durch. Nicht nur Russland, USA und China reiben sich die Hände über das, was hier geschieht.

Angela Merkel glaubt wirklich daran, dass Deutschland (insbesondere sie selbst) in Europa beliebt ist. Die Kanzlerin täte gut daran, den Menschen in Europa aufs „Maul“ zu schauen. Deutschland ist nur „beliebt“, weil man unser Geld liebt. Geld, welches wir nicht haben beziehungsweise was dringend für unser Land gebraucht wird.

Frau Merkel spricht immer davon, dass Europa mit einer Stimme sprechen muss. Die Bundeskanzlerin hat mit ihrer Asylpolitik Europa gespalten (zum Beispiel erst die Einladung an Muslime aussprechen und hinterher Europa fragen beziehungsweise bitten, ob nicht auch andere Staaten Immigranten aufnehmen können). Deutschland hat das jahrzehntelange Flüchtlingsdrama in Italien einfach ignoriert. Oder wie hat es Frau Merkel doch erklärt?: „Diese Entwicklung konnte doch keiner ahnen.“

Ein Europa in der jetzigen Form wird scheitern. Die Kanzlerin Deutschlands trifft daran maßgeblich Schuld. Das jetzige Europa ist eine einzige Lachnummer.

Heinz-Peter Kröske, Hameln



Trumps Vorbilder in Sachen Strafzölle: Willis C. Hawley und Reed Smoot (v. l.), nach denen 1930 der protektionistische „Smoot–Hawley Tariff Act“ benannt wurde Bild: Library of Congress

Hoovers Versagen

Zu: Der historische Sieg des Dollar-Imperiums (Nr. 25)

Donald Trumps „USA-Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ vs. China sei der größte Handelskrieg der Geschichte? Ja, aber Trumps protektionistische „America-First-Politik“ ist gar nicht auf seinem Mist gewachsen. Dafür gibt es ein prägendes Vorbild aus der US-Geschichte, wovon Trump leider nichts gelernt hat: den 31. US-Präsidenten Herbert Clark Hoover (1929–33).

Die Ausgangssituation: Nach einem Konjunktureinbruch 1924 ermöglichte die US-Notenbank (Fed) nämlich eine massive Kreditausweitung der Banken, die zu einer Blase an den Finanzmärkten führte, die dann 1929 im Börsencrash ihren Höhepunkt fand. Anschließend senkte die Fed die Notenbankzinsen auf ein historisch niedriges Niveau von zuletzt zwei Prozent und kaufte massiv US-Staatsanleihen auf. Innerhalb eines Jahres stieg deren Bilanz um 350 Prozent.

US-Präsident Hoover reagierte damals mit dem Schutz der heimischen Industrie vor ausländischen Wettbewerbern. Es war das Ende des Freihandels auf der Welt. Mit dem sogenannten Smoot-Hawley-Tariff-Act im Juni 1930 führte Hoover für über 20000 Artikel Schutzzölle ein, auf welche die betroffenen Staaten mit den entsprechenden Vergeltungszöllen reagierten. Das bereits wiedereinsetzende US-Wirtschaftswachstum brach so jäh zusammen. Der Welthandel schrumpfte. 1938 lag dessen Volumen um 60 Prozent unter dem Wert von 1929.

Der heutige US-Präsident Donald Trump hat aus der Geschichte wider besseres Wissen offenbar nichts gelernt. Mit seinen Strafzöllen im Handelskrieg gegen China wiederholt er den Fehler von Herbert Hoover. Dem Welthandel und der Weltwirtschaft stehen keine guten Tage bevor.

Und als nächstes ist anscheinend die Europäische Union mit 20-prozentigen Strafzöllen auf Autoexporte in die USA dran, wenn sich die EU nicht auf ein sogenanntes Null-Zollabkommen mit den USA einigen sollte. Das ist allemal wichtiger als eine gemeinsame EU-Lösung im Asylstreit, denn an den EU-Autoexporten in die USA hängen sehr viele Arbeitsplätze – vor allem in Deutschland.

Roland Klose, Bad Fredeburg

Mit Augenmaß

Zu: Clans greifen nach dem Ku'damm (Nr. 29)

Aus meiner Sicht spiegelt Ihr Bericht nur einen Teil der Realität wider. Als Strafverteidiger erlebe ich es regelmäßig, dass Beschuldigte oder Angeklagte von der Polizei und Justiz anders behandelt werden, weil sie einen bestimmten Nachnamen haben oder durch Verwandtschaft einem Clan zugerechnet werden. Ich denke, dass kein Mensch etwas für seine Herkunft kann und Beschuldigte – egal welcher Herkunft – von der Polizei und Justiz gleich zu behandeln sind.

Ich halte es für schlicht unzulässig, wenn ich in Ermittlungsakten lesen muss, dass der Beschuldigte, dem nur ein kleiner Ladendiebstahl oder Ähnliches vorgeworfen wird, mit einem Clanchef verwandt sei. Wenn es keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass bei der vorgeworfenen Straftat Dritte beteiligt sind, soll der Beschuldigte nur die Angabe der Verwandtschaft zu irgendwelchen Clans nur in ein schlechtes Licht gerückt werden.

Somit ist es ganz wichtig, dass Polizei und Justiz mit viel Augenmaß vorgehen und nicht jede Straftat von einem Verwandten eines Clans gleich dem ganzen Clan zurechnen. Und die Presse sollte die Arbeit von Polizei und Justiz kritisch begleiten.

Ulli H. Boldt, Berlin

Eine Preisfrage zur Bekämpfung der Fluchtursachen

Zu: Falsche Humanität (Nr. 29) und Entlarvend (Nr. 29)

Einige Gedanken zum Thema „Neue Bürger – besonders aus Afrika“ und ein kleines Rechenspiel: Die afrikanische Bevölkerung wächst momentan jährlich um rund 50 Millionen. Und weil dieser unendlich riesige und reiche Kontinent nicht dafür genutzt wird, seiner Bevölkerung ein lebenswertes Leben zu ermöglichen, und weil die unzähligen Milliarden von Entwicklungshilfe seit Jahrzehnten immer irgendwo ziemlich nutzlos „verpuffen“, wollen viele Afrikaner dahin gehen, wo sie es vermutlich besser haben. Das ist nachvollziehbar.

Gehen wir einmal davon aus, dass unser Land jedes Jahr eine Million von ihnen als „Gäste“ aufnimmt und für sie sorgt. Und wir machen das (erst einmal) zehn Jahre lang. Dann haben wir nach und nach für zehn Millionen zuzügliche Population und eventuell einem Familiennachzug von ihnen zu sorgen, weil nach den bisherigen Erfahrungen nur ein Bruchteil der Neuankömmlinge in der Lage oder gewillt ist, hier für sich selbst zu sorgen.

Bei unserer eigenen demografischen Entwicklung – zum einen immer weniger junge Menschen, die bald ins Berufsleben kommen, sowie immer weniger Menschen im Arbeitsalter und zum anderen immer mehr Renten- und Pensionsempfänger – wäre wohl ein riesiges Wunder nötig, um das auch langfristig zu finanzieren. Zumal wir keine Garantie haben, dass unsere Wirtschaft weiterhin so gut läuft.

Diese „humanitäre“ Geste der Gastfreundschaft wäre also aus meiner Sicht allein finanziell nicht machbar, ohne dass sich dieses Land sehr schnell für alle hier lebenden Menschen in ein tristes Armenhaus wandelt. Von den anderen Auswirkungen auf die Menschen dieses Landes einmal ganz abgesehen.

Nun gehen wir aber wieder zurück nach Afrika: Dort bleiben dann immerhin noch 49 Millionen neuer Bürger jährlich übrig. In zehn Jahren gibt es dort also nicht mehr 500 Millionen, sondern nur noch 490 Millionen neue Menschen. Fazit: Dort bliebe das Problem also fast auf gleichem Niveau, und unser Land würde sich in ein Armenhaus ohne jede Zukunftschance (auch für die Neu-Bürger!) wandeln.

Gibt es bessere Lösungen? Natürlich! Doch diese Lösungen können nur dort greifen, wo die Schwierigkeiten entstanden sind. Vor Ort also. Und auf den Wegen nach Europa.

Doch warum wird es nicht wirklich von der Europäischen Union ernsthaft angepackt und auch konsequent getan, anstelle das ewig gleiche Lied „Wir müssen die Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen“ zu singen und dabei die Hände im Schoß ruhen lassen? Das ist die Preisfrage,x auf die ich gerne eine Antwort hätte.

Henry Stephan, Himbergen

Menschenrechtsverletzung bei Altersvorsorge

Zu: Arbeiten bis zum Umfallen (Nr. 25)

Vielen Dank für die umfangreiche Analyse zum deutschen Rentensystem, welches schon seit Jahrzehnten als „sozialer Steinbruch“ missbraucht wird. Dazu ergänzend noch eine Anmerkung zur betrieblichen Altersversorgung/Betriebsrente.

Im Jahr 2004 wurde mit einem fragwürdigen Gesetz (durch eine Änderung bei der gesetzlichen Krankenversicherung unter Ulla Schmidt, d. Red.) und mit Rückendeckung der Justiz das Vertrauen in die betriebliche Altersversorgung zerstört. Besonders gemein und peinlich ist, dass dieses Gesetz auch noch rückwirkend alle Altverträge plündert. Den Betriebsrentnern werden seit dem Jahr 2004 jährlich zirka 2,6 Milliarden Euro entzogen, um von der Politik verschuldete Defizite in den Sozialkassen auszugleichen. Der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider sieht dieses Vorgehen sogar als eine Menschenrechtsverletzung an.

Die Ursache für die damalige Schieflage (2004) der Krankenkassen fußte auf vermehrtem Missbrauch (Nichtversicherte benutzten Karten von Angehörigen), Zuwanderung und noch bis heute andauernde Zahlungen für die Krankenversorgung im Ausland wohnender Angehöriger von in Deutschland lebenden Ausländern (Türken, Tunesier, Marokkaner).

Jürgen Zauner Viersen-Dülken

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Teilchen, wo bist du?

Karlsruher Technologie-Institut will Neutrinos aufspüren – Forscher wollen wissen, was die Welt im Innersten zusammenhält

Im Hardtwald auf der Gemarkung des badischen Leopoldshafen am Oberrhein liegt tief im Tann der Campus Nord. So heißt das Forschungsgelände des KIT, des Karlsruher Instituts für Technologie, eine der größten wissenschaftlichen Anstalten Deutschlands. Abgeschirmt hinter hohen Zäunen untersucht dort ein Heer von Wissenschaftlern, was die Welt im Innersten zusammenhält.

Unter dem vermeintlichen Mädchennamen „Katrin“ haben Physiker und Ingenieure des KIT kürzlich einen Großversuch begonnen, der laut Bundesforschungsministerin Anja Karliczek nichts Geringeres als „die Erkenntnisse über unser Universum entscheidend ergänzen“ soll: das „Karlsruher Tritium Neutrino Experiment“. Das steckt hinter dem Kürzel „Katrin“. Es geht darum, Neutrinos dingfest zu machen, die häufigsten Teilchen im Weltall, denen sich eine Masse zuordnen lässt.

Gemäß dem Weltbild der Physiker besteht die belebte wie die unbelebte Natur und alles andere Stoffliche aus winzigen Einheiten, die sie als Elementarteilchen bezeichnen. Demnach bilden Elektronen, Protonen und Neutronen durch Wechselwirkung Atome. Die formen mit kleinen Kernen Bausteine von leichten Gasen wie Wasserstoff und Helium bis zu schweren Kernen für Metalle wie Eisen, Gold oder Uran. Zudem unterscheidet die Teilchen-Physik einige Dutzend weiterer Arten wie Leptonen und Quarks.

Neutrinos kommen milliardenfach häufiger vor als alle übrigen Masse-Teilchen. Dennoch wurden sie erst spät entdeckt. Das lag daran, dass sie unbemerkt alles durchdringen, sogar müheloser als Lichtwellen das Glas. Viel mehr ist von den geisterhaften Winzlingen kaum bekannt.

Umso größer wurde die Neugier der Forscher am KIT. Das Technologie-Institut zählt im weltweiten Vergleich zu den besten Hochschulen. Es entstand 2009 aus dem Zusammenschluss der Technischen Universität Karlsruhe und dem ebenfalls dort ansässigen Forschungszentrum. An der Spitze steht mit Professor Holger Hanselka ein Ingenieur als Präsident.

Inner- und außerhalb des Campus Nord arbeiten rund 10 000 Beschäftigte. Die Hälfte von ihnen ist wissenschaftliches Personal. Im Vorjahr heimste eine Mitarbeiterin den viel begehrten „Leibniz-Preis“ für herausragende Arbeiten ein. Vier weitere Mitarbeiter bekamen Förderpreise des Europäischen Forschungsrats, des European Research Councils.

Mit den „Kopernikus-Projekten“ unterstützt das KIT unter anderem die Energiewende der Bundesregierung. Dabei sucht man Lösungen, wie sich die Versorgung mit Strom nach dem Ausstieg aus der Atomkraft bewerkstelligen lässt. Mit „Omnisteer“ entwickelt ein weiteres Unternehmen Konzepte für elektrisch betriebene Verkehrsmittel.

Im Jahr 2016 standen dem KIT für seinen emsigen Betrieb 851 Millionen Euro zur Verfügung. Neben Geldern von Bund und Land machten Drittmittel mit 336 Millionen den größten Anteil aus. 1,7 Millionen davon flossen aus Lizenz-Einnahmen für 55 Patent- und 124 Erfindungs-Meldungen im selben Zeitraum.

Mit solchermaßen reichlichen Gütern und geballter Fachkraft im Rücken begann mit Unterstützung zahlreicher Partner aus dem In- und Ausland das ehrgeizige Vorhaben „Katrin“. Ganze 15 Jahre Vorarbeit und 60 Millionen Euro wurden dafür aufgewendet. Entsprechend wuchtig geriet die Versuchsanordnung. Allein der Tank des sogenannten Hauptspektrometers zum Aufspüren der Neutrinos geriet so groß wie ein Zeppelin.

Nur eine Firma, die MAN-DWE im bayerischen Deggendorf, sah sich in der Lage, die technischen Vorgaben zu erfüllen. Für den Transport über die Straßen nach Baden war das Gerät viel zu groß. Man musste das Riesenteil mit dem Schiff die Donau hinab ins Schwarze Meer bringen, dann über den Bosporus ins Mittelmeer, um Südeuropa herum nach Holland und schließlich den Rhein hinauf bis kurz vor Karlsruhe. Den Rest besorgte Europas mächtigster Riesenkran.

In der Versuchshalle des Campus Nord bildet das Spektrometer das dicke Ende einer Anlage von 70 Metern Länge. Am Anfang wird durch Radioaktivität mittels überschwerem Wasserstoff, auch Tritium genannt, ein Elektronen-Strahl erzeugt. Den Vorgang nennen die Physiker Beta-Zerfall. Supraleitende Magnete, tiefgekühlt auf 4 Kelvin, also knapp über der Weltraumkälte, leiten ausgewählte Elektronen in den großen Tank aus Edelstahl.

Die Luft im riesenhaften Behälters wird dazu abgepumpt, sodass ein Vakuum entsteht, das dünner ist als auf der Oberfläche des Mondes. Drumherum bändigen weitere Magnete die interessanten Elektronen und leiten sie auf einen Detektor. Bei diesem Durchlauf wägt man die ihnen innewohnende Energie ab.

An den elektrischen Teilchen, die beim Beta-Zerfall entstanden sind, so weiß die Wissenschaft, müsste ein Quäntchen fehlen. Denn zugleich mit dem Elektron wird ein Neutrino frei. Diesen Unterschied zu ermitteln, gilt der ganze Aufwand.

Um die erste Kernspaltung nachzuweisen, benötigte Otto Hahn 1938 noch so geringes Gerät, dass es auf einem Schreibtisch Platz hatte, zu sehen im Deutschen Museum in München. Im Zeitalter der Hochtechnologie geht es am KIT entsprechend höher und heißer her. Am nahen Oberrhein lagen die Temperaturen schon immer über denen im Rest der Republik.

Auch ist es mit einer Messung noch lange nicht getan. Der fragliche Unterschied, den ein Neutrino ausmacht, ist so gering, dass es Monate dauert, bis eine angenäherte Schätzung vorliegt. Geplant ist eine Versuchsreihe, die voraussichtlich bis 2023 währt. Erst dann hofft man, genauere Werte zu kennen.

Ist das den ungeheuren Aufwand wert? Physiker Thomas Thümmler, der Koordinator des Spektrometer- und Detektor-Bereichs, ist davon überzeugt. Seine Erklärung lautet: „Es geht um Grundlagenforschung. Wir mussten für den Versuch völlig neue Verfahren entwickeln, die bereits vorhandene Technik große Schritte vorangebracht hat. Allein dieser Zuwachs an fortschrittlicher Technologie zahlt sich bereits mehrfach aus.“

Kleine Schritte in der Grundlagenforschung bringen zudem dauerhafte Erkenntnisse auf vielen Gebieten. So sehen es die Wissenschaftler. Das summiert sich im Lauf der Zeit zu unschätzbaren Vorteilen. *Volker Wittmann*


Da rollt was Großes auf das Dorf zu: Der zeppelingroße Spektrometer auf dem Weg zum KIT Bild: Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Der Fahrer hat ausgedient

In Hamburgs Hafencity rollen bald autonom fahrende Kleinbusse

Das autonome Fahren im öffentlichen Stadtbereich erlebt seine Deutschland-Premiere in der Hamburger Hafencity. Voraussichtlich im kommenden Frühjahr soll der Testbetrieb in dem neuen Stadtteil direkt an der Elbe für den Einsatz von drei fahrerlosen Elektro-Kleinbussen starten. An den Fahrten auf einem 3,6 Kilometer langen Rundkurs können zunächst Anwohner und Beschäftigte als Testpersonen teilnehmen. Sicherheitshalber wird ein Fahrzeugbegleiter mit an Bord sein. Verläuft alles nach Plan, kann im Sommer 2019 ein regulärer Fahrgastbetrieb aufgenommen werden.

Die auf vier Jahre angelegte Erprobung der autonom fahrenden Kleinbusse steht im Mittelpunkt des Forschungs- und Entwicklungsprojektes „Heat“ (Hamburg Electric Autonomous Transportation), gebildet aus der Hamburger Wirtschaftsbehörde, der Hochbahn AG und ihren Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft. Dies sind der Fahrzeugentwickler IAV, die Siemens AG, das Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität (IKEM) und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt.

Mit „Heat“ wolle man die „intelligente und nachhaltige Mobilität von morgen“ mit den Herausforderungen des heutigen Straßenverkehrs in Einklang bringen, erklärte Wirtschaftssenator Frank Horch bei der Vorstellung des Projekts. Es handele sich um eines der weltweit ersten Vorhaben, bei dem das vollautonome Fahren im innerstädtischen Verkehr realisiert wird. Wichtigstes Projektziel sei der Nachweis, dass derartige Fahrzeuge dazu beitragen können, den privaten Pkw-Verkehr in den Innenstädten deutlich zu reduzieren. Zuständig für die Aufrüstung der Straßeninfrastruktur mit Sensorik-Elementen und digitalen Kommunikationssystemen ist Siemens.

> Elektro-Bus fährt führerlos auf 3,6 Kilometern

Die Busse sollen mit den Ampeln kommunizieren können. Ob dabei der neue 5G-Mobilfunkstandard, der gerade im Hamburger Hafen einen Test unterzogen wird, zur Anwendung gelangt, wurde seitens der Betriebseigners, der Hamburger Hochbahn, weder bestätigt noch dementiert. Die Ausstattung der Fahrzeuge mit Kameras, Radar und Lidar übernimmt IAV. Lidar ist ein Messverfahren mit einer dem Radar ähnlichen Funktionsweise, jedoch auf Basis von Laserstrahlen. Das IKEM kümmert sich um die rechtlichen Fragen, da im Hinblick auf fahrerlose Fahrzeuge erst noch neue gesetzliche Grundlagen geschaffen werden müssen.

Deutschlandweit wird bereits seit 2017 in einigen Orten der Pendelverkehr mit fahrerlosen Pendelbussen und -Taxis erprobt, meist jedoch im nichtöffentlichen Bereich oder außerhalb der Innenstädte. Seit Jahren liefern sich Unternehmen, Städte und Nationen eine Art Wettkampf bei der Entwicklung des autonomen Fahrens. Wer hier zurückbleibt, den bestraft eine mächtige, international agierende Konzernlobby, welche die Automatisierung seit mehr als 20 Jahren vorantreibt.

Wenn Hamburg im Jahr 2021 den Weltkongress für intelligente Mobilität veranstaltet, wird man eine dann schon erweiterte Teststrecke in der Hafen-City mit den digital gelenkten Bussen befahren können. Bis dahin werde die Verknüpfung von Mobilität und Digitalisierung im Stadtbild Schritt für Schritt sichtbar und erlebbar sein, so Senator Horch. *D. Jestrzemski*

Genug geschwitzt

Versicherer warnt: Niemals mit dem Sonnenbaden übertreiben

Dieser Rekordsommer sorgt auch für Umsatzrekorde: an den Eisdielen, in den Schwimmbädern – oder in den Drogerien. Sonnencremes sind dort in diesen Wochen der große Verkaufsschlager.

Eine Sonnencreme ist im Sommer das A und O. Wer sehr helle Haut hat, sollte mindestens zu Lichtschutzfaktor 30 greifen. Luftige Kleidung, eine Sonnenbrille und ein Hut schützen zusätzlich. Doch auch dann sollte zwischendurch immer wieder Schatten oder ein Bad zur Abkühlung aufgesucht werden. Wer sich dennoch einen leichten Sonnenbrand einfängt, kann die geröteten Stellen mit feuchten Waschlappen kühlen und eine After-Sun-Creme auftragen. Stärkere Verbrennungen sollten mit einer Kortisonsalbe aus der Apotheke behandelt werden. „Generell gilt: Jeder Sonnenbrand erhöht das Hautkrebsrisiko“, warnt der Krankenversicherungsexperte Uwe Zutz von den Barmenia Versicherungen Hamburg.

Wie wichtig das Bedecken der Kopf- und Nackenregion ist, zeigen die Folgen eines Sonnenstichs. Die direkte Sonneneinstrahlung kann nämlich zu Kopfschmerzen, Nackenschmerzen und teilweise zu Übelkeit sowie Ohrgeräuschen führen. Hier schaffen sanfte Kühlung, genügend Flüssigkeit und Bettruhe Abhilfe. Ein Hitzschlag ist dagegen lebensbedrohlich. Dieser entsteht durch Wärmestau. Die Körpertemperatur steigt an, der Betroffene schwitzt nicht und leidet unter Krämpfen sowie Halluzinationen. „In diesem Fall muss sofort ein Notarzt gerufen und die Person vorsichtig gekühlt werden“, rät Zutz.

Um fit in den Hochsommer zu starten, ist auch die richtige Ernährung wichtig. Generell sollte ein Erwachsener täglich mindestens zwei Liter Wasser trinken. An heißen Tagen ist jedoch die doppelte Menge zu empfehlen. Wer ein bisschen Abwechslung haben möchte, kann auch zu verdünnten Säften oder abgekühlten Kräuter- und Früchtetees greifen.

Bei sommerlichen Temperaturen fehlt vielen der Appetit auf schwere Gerichte. „Deftige Speisen sollten auf die kühleren Abendstunden verlegt werden“, empfiehlt Zutz. Leichte Kost, zum Beispiel Melone oder eine kalte Suppe, sind auch über Tag ideal. Wer viel schwitzt, kann den Elektrolyte-Verlust durch salziges Essen ausbessern. Wer diese paar Tipps beachtet, kann fit und sorgenfrei die warmen Sommertage genießen. *tws*


Sonnenanbeterin: Nie die Sonnencreme vergessen Bild: Barmenia

Deutsche Politik im Interesse einer US-Geldelite

Es gibt immer eine offizielle Version von historischen Ereignissen und Abläufen ab dem Beginn des 20. Jahrhunderts, wie sie in den Geschichtsbüchern von den Siegern oder deren Kostgängern oktroyiert wird, und eine inoffizielle, für die nicht zuletzt die vielgeschmähten Verschwörungstheorien stehen. Dabei erweisen sich gerade Letztere oft mit wachsendem Abstand zu den Ereignissen und nach der Öffnung von Archiven als erstaunlich zutreffend. Hiervon zeugt unter anderem auch die Trilogie „Unterwegs zur Weltherrschaft“ aus der Feder von Helmut Roewer, von welcher nun der abschließende Band erschienen ist, der die Zeit zwischen 1945 und der Gegenwart behandelt.

Wie in seinen beiden vorhergehenden Publikationen auch versucht der Autor darin nachzuweisen, dass eine englische und später dann amerikanische Geldelite die Geschichte und das Schicksal Deutschlands beeinflusst hat beziehungsweise immer noch zu beeinflussen versucht. Und das gelingt ihm erneut ausnehmend gut, was sowohl aus Roewers solidem wissenschaftlichen Hintergrund als auch seiner praktischen Erfahrung als Präsident einer Verfassungsschutzbehörde resultiert. So führt er als Beleg für seine Thesen permanent Quellen an, die über jeden Zweifel erhaben sind, obgleich sie von vielen anderen Historikern ignoriert werden, weil sie nicht ins verordnete Geschichtsbild passen.

Zuerst behandelt Roewer die Entwicklung bis 1989. Hier schildert er insbesondere, wie die US-Machteliten zunächst versuchten, ihren Anteil an der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs zu verschleiern. Das geschah durch die Indoktrination des eigenen Volkes sowie auch der besiegten Deutschen, welche einem gigantischen Umerziehungsprogramm unterzogen wurden, das – wie man tagtäglich beobachten kann – bis heute nachwirkt oder gar weiter läuft. Dabei legt Roewer dar, dass dieses nur die Bürger in der alten Bundesrepublik, nicht aber in der ehemaligen DDR erreichte. Letztere konnten erst nach der Wende von 1989 im Sinne der USA manipuliert werden, doch da war es schon zu spät: Die unprofessionell-plumpe Agitation der Sowjets und ihrer Ostberliner Satelliten hatte zu einer verbreiteten Resistenz gegen Propagandalügen geführt.

»Ossis« gegen Umerziehung

Als nächstes beschreibt Roewer die Hintergründe des Falls der Mauer und nachfolgend der Sowjetunion sowie des gesamten Ostblocks. Der ging seiner Ansicht nach auf das erfolgreiche Bemühen des militärisch-industriellen Komplexes der USA zurück, die UdSSR mit Hilfe des Programms „Krieg der Sterne“ in den ökonomischen Ruin zu treiben. Infolgedessen konnten die Menschen in der DDR nun die deutsche Wiedervereinigung ertrotzen. Das hielten die Strippenzieher in den USA zunächst für unproblematisch oder gar begrüßenswert, denn sie witterten die Möglichkeit, ihre Einflusssphäre gen Osten zu erweitern.

Mittlerweile freilich – so Roewer – seien die „Ossis“ den Möchtegern-Weltenlenkern in Amerika ein Dorn im Auge. Das liege vor allem an ihrem wachsenden Widerstand gegen das Projekt, „mit Hilfe der Einwanderung von asiatischen und afrikanischen Analphabeten ..., die deutsche Nation aufzulösen“. Das werde zwar auch von einer selbstzerstörerischen Politikerkaste hierzulande vorangetrieben, diene aber vor allem den Interessen der US-Geldelite, welche immer noch nach der absoluten Kontrolle über den Globus strebe und in Deutschland nun wieder – genau wie vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg – einen wirtschaftlichen Konkurrenten sehe, den es auszuschalten gelte.

So wie Roewer das Ganze darlegt, wird die hochkomplexe Geschichte der letzten Jahrzehnte plötzlich verständlich und man erkennt die Strategien der „Spielmacher“ jenseits des großen Teiches. Damit kann der nicht mehr ganz junge Leser das von ihm selbst durchlebte Geschehen aus der Meta-Perspektive betrachten, wodurch sich mancher Aha-Effekt einstellt.

Ansonsten wäre an dem Buch noch hervorzuheben, dass der in den alten Bundesländern sozialisierte Autor ein großes Einfühlungsvermögen besitzt, was die Befindlichkeiten der ehemaligen DDR-Bürger betrifft. Deshalb sei Roewer auch die Falschaussage verziehen, dass man zu Honeckers Zeiten in den „Exquisit“- und „Delikat“-Läden mit Valuta einkaufen konnte. Dort wurden nur überhöhte Preise für Mangelware in Ostmark kassiert, während die Abschöpfung von D-Mark im „Intershop“ erfolgte. *Wolfgang Kaufmann*



***Helmut Roewer: „Unterwegs zur Weltherrschaft. Band 3: 1945 bis heute. Warum das US-Imperium so lange bei uns Erfolg hatte, jedoch an der Umerziehung der Ostdeutschen scheiterte“**, Scidinge Hall, Tübingen 2018, broschiert, 487 Seiten, 24,95 Euro*

Unbekannte Vielfalt

Wer glaubt, er kenne sich mit Bäumen aus, wird in dem Buch „Bäume“ des polnischen Autorenduos Piotr Socha und Wojciech Grajkowski eines Besseren belehrt. Bäume sind die größten Lebewesen der Erde mit erstaunlichem Alter mit bis zu 1000 Jahren. Als Leser weiß man gar nicht, ob man sich mehr den Texten oder den prächtigen Illustrationen zuwenden soll. Alles zieht einen magisch an beim Durchblättern.

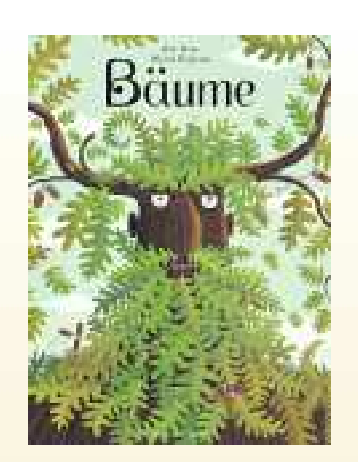
Socha, der zu den beliebtesten Cartoonisten Polens gehört, hat diesen Band mit wahrer Hingabe illustriert. Der Biologe Grajkowski beriet in allen fachlichen Fragen. Das großformatige Buch berichtet auf beeindruckenden Doppelseiten über alles rund um die Themenwelt Bäume. Los geht es mit einem Bild der mexikanischen Lebensbäume. Farbenfreudig verkünden die „Árboles de la Vida“ ernste Inhalte über Leben und Tod.

Auf der nächsten Doppelseite wird erklärt, wann es sich bei einem Baum um einen solchen handelt und wann nicht. Oft ist das gar nicht so einfach zu erkennen. Denn zum Baum wird dieser erst durch seinen kräftig verholzten Spross, dem Stamm. Einige Kakteenarten oder auch Bambusse wirken durch ihre Größe wie Bäume, sind aber keine.

Optisch wunderschön anzuschauen ist die Seite mit den verschiedenen Blattformen, in der auf deren Aufgaben eingegangen wird. In Wort und Bild bekommt der Leser Antworten auf wichtige Fragen.

Weitere Themen sind die Endemiten, Baumarten, die nur an bestimmten Standorten vorkommen, Tiere und Bäume, das Material Holz, Bäume in der Religion, der Wald als Legende und vieles mehr. Natürlich dürfen auch Musikinstrumente aus Holz nicht fehlen, denn Holz ist das perfekte Material zum Bau dieser Klanggeräte. Auch Fragen rund um die Arbeit eines Holzfällers werden beantwortet.

Das Buch ist ein opulentes Gesamtkunstwerk, das man sicher immer mal wieder gerne zur Hand nimmt, um darin zu schmökern. Entdecken wird man stets noch Unbekanntes. *Silvia Friedrich*



***Piotr Socha/Wojciech Grajkowski: „Bäume“**, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2018, gebunden, 80 Seiten, 25 Euro*

Innenansichten aus Nordkoreas Kim-Dynastie

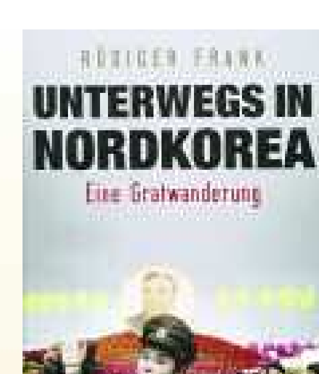
Bei manchen Reiseführern lohnt sich die Lektüre auch, wenn man nicht die Absicht hat, die beschriebenen Regionen zu besuchen. Hierzu zählt „Unterwegs in Nordkorea“ aus der Feder des renommierten Landeskenners Rüdiger Frank, der heute an der Universität Wien lehrt.

Zwar beschreibt der Autor anscheinend nur das, was der westliche Tourist alles wissen und beachten muss, informiert damit aber nebenher zugleich sehr präzise und detailliert über das Reich der Kim-Dynastie. Denn in Nordkorea läuft alles ein wenig anders als sonst auf der Welt, wie die jeweiligen Abschnitte über Themen wie Einreise, Ausreise, Geld, Unterkunft, Telefonieren, Einkaufen, Essen und Trinken, Verkehrsmittel und Sehenswürdigkeiten zeigen. Dabei widmet sich Frank selbstverständlich allen gängigen Klischees, von denen manche stimmen – ja, die Nordkoreaner essen genau wie ihre Landsleute im Süden Hunde – und manche nicht: Nein, es gibt keine verpflichtenden Einheitshaarschnitte.

Viele der Lügen, die über Nordkorea kursieren, haben politische Gründe. Insofern hilft das Buch nicht nur potenziellen Reisenden, sich auf einen Besuch des Landes vorzubereiten, der organisatorisch übrigens verblüffend unkompliziert zu bewerkstelligen ist – sofern man über das nötige „Kleingeld“ verfügt und kein Journalist ist. Vielmehr dient es auch der Auseinandersetzung mit Mythen, welche von den Medien des Westens kreiert wurden. Diese Falschmeldungen sind übrigens der Hauptgrund für den Argwohn der Nordkoreaner gegenüber Pressevertretern.

Andererseits handelt es sich aber schon um ein sehr spezielles Reiseziel mit diversen Absonderlichkeiten. In welch anderem Land wird der Tourist beispielsweise genötigt, sich vor den Statuen toter Staatsführer zu verneigen? Aber die Verhaltensregeln in islamischen Ländern sind schließlich ebenfalls nicht gerade liberal. Außerdem kann der westliche Besucher in Nordkorea durchaus Spaß haben, wenn er entsprechend veranlagt ist. Zum Beispiel beim Herumballern mit AK-47-Maschinenpistolen auf dem Meari-Schießstand in Pjöngjang – für einen Euro pro Schuss.

Dass man mit seiner Visite einem diktatorischen Regime zu Devisen sowie internationalem Ansehen verhilft und zugleich unkalkulierbare persönliche Risiken eingeht, will Frank keinesfalls verschweigen. Deshalb spricht er nicht nur im Untertitel von einer „Gratwanderung“: Sollten nun Neugier oder Angst und Abscheu obsiegen? Wer das Buch gelesen hat, wird eine persönliche Antwort auf diese Frage finden. So kommt mancher Leser zu dem Schluss, dass Nordkorea als Reiseziel für ihn genauso wenig attraktiv ist wie Saudi-Arabien oder der Iran. Man muss nicht alles auf dieser Welt gesehen haben. *W. K.*



***Rüdiger Frank: „Unterwegs in Nordkorea. Eine Gratwanderung“**, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2018, gebunden, 351 Seiten, 20 Euro*

Die Ostsee erradeln

Radurlaub mit der ganzen Familie entlang malerischer Landschaftsabschnitte direkt am Meer – auf Schleswig-Holsteins Ostseeküsten-Radwegen ist das kein Problem. Falls der Wind doch mal zu sehr von vorne bläst, gibt es in den Ostseebädern oder in den Ortschaften an der Strecke viel zu entdecken. Neben traumhaft schöner Natur lockt die Küste mit Buchten, Bodden und Inseln, die es zu entdecken gilt, oder an Land die Leuchttürme, Windmühlen, Herrenhäuser, Schlösser und Kirchen, aber auch reetgedeckte Katen.

Der ausführliche Reiseführer dreier Radexperten des Ellert & Richter-Verlags weist den Weg zu allen wichtigen Sehenswürdigkeiten von Flensburg bis Travemünde. Die Streckenabschnitte zwischen 30 und 60 Kilometer Länge sind reich bebildert, enthalten Kartenausschnitte und sind mit hilfreichen Anschriften für die Urlaubsplanung versehen. So können Radler gut gewappnet starten. *MRK*



***Hans-Dieter Reinke/Daniel Hugenbusch/David Hugenbusch: „Ostseeküsten Radweg. Von Flensburg bis Travemünde“**, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2018, broschiert, 196 Seiten, 11,95 Euro*

Klaus-Rüdiger Mai plädiert für eine neue Mission des Christentums

Sola fide – allein durch den Glauben kommt der Mensch zu Gott, nicht durch noch so gut gemeinte Werke“. So hat es Martin Luther formuliert, dies war der Kern seines Auflehnens gegen die katholische Kirche. Auch heute müsse zuallererst der Glaube das Handeln der Kirche bestimmen, so sagt es der Kulturkritiker Klaus-Rüdiger Mai in seiner Streitschrift „Geht der Kirche der Glaube aus?“ zur Lage des Christentums, vorrangig der evangelischen Kirchen in Deutschland. Diesen hält er vor, sich mehr und mehr als politische Institution zu gebärden und in Denken und Handeln der Politik nachzueifern. Gehe das so weiter, bleibe letztlich nur eine „Hauptabteilung Kirche im Kanzleramt“.

Mais Buch hat alles, was eine Streitschrift ausmacht: Für die einen wird sie starker Tobak sein, andere werden sagen, genauso ist es. Sein Ziel, sagt er, sei es, der Selbstvergottung des Menschen und der damit einhergehenden Selbstsäkularisierung der Kirche zu wehren, ausgehend von der Befürchtung, der Kirche gehe der Glaube aus. Bindend für die Kirche sei „nicht mehr der Heilige Geist, sondern der Zeitgeist“. Kirche mache sich über Gebühr mit den Herrschenden gemein, übernehme deren Herrschaftsmechanismen, entfremde sich den Gläubigen und missachte ihre eigentlichen Aufgaben, die da seien Gottesdienst, Bibelstudium, Seelsorge, Diakonie, Bildung und Mission.

Mai belässt es nicht beim Aufdecken kirchlicher Desiderata, sondern weitet seine Polemik aus zu einer allgemeinen Kritik an Politik und Gesellschaft in Deutschland. Er konstatiert ein vor allem „rotgrün“ gefärbtes, selbstsüchtiges „neues Establishment“ in Politik und Medien, das gegen die Interessen der Mehrheit handele. Mit Blick auf die Politik offener Grenzen und damit verstärkter Zuwanderung, der ein gefühlsduseliger „Wohlfühlprotestantismus“ nur allzu bereitwillig akklamiere, konstatiert er eine wachsende Unsicherheit vieler Menschen, ob der Sozialstaat einen ungebremsten Zustrom von Asylanten aushalten könne. Mai plädiert für eine Abkehr mit der Feststellung: „Sozialstaat braucht Nationalstaat.“

Der Autor sagt von sich, dass er „als Lutheraner“ wie jeder andere Verantwortung für seine Kirche trage und darum mit Schmerz die sich häufenden Kirchenaustritte registriere. „Der Mensch benötigt Gott“, schreibt er, Glaube erfahre man in der Kommunikation mit Gott. Ohne den Glauben und damit ohne Gott sei kein menschliches Zusammenleben möglich. Wie gesagt, eine Streitschrift par excellence, der man vor allem in der EKD-Kanzlei und in den Landeskirchen aufmerksame Leser wünscht. Dass man nicht allen mitunter sehr steilen Thesen zustimmen kann, ist evident.

Grundsätzlich ist zu fragen, ob man mit solchen Büchern Menschen überhaupt noch ansprechen kann, denen christliche Glaubensüberzeugungen per se fremd sind – die Zahl dieser Menschen wächst bekanntlich ständig. Problematisch erscheint darum vor allem das Ende des Buches, in dem vehement für eine neue Mission des Christentums geworben wird. Mai verteidigt dies mit Bezug auf das Jesuswort „Gehet hin und lehret alle Völker“.

In der heutigen Welt, so sieht es selbst der Papst, muss es doch um ein verträgliches Miteinander der Religionen gehen. Propagierung religiöser Überzeugungen birgt gefährlichen Sprengstoff. Mission, so Mai dann allerdings auch, müsse durch überzeugende Zuwendung zum Mitmenschen geschehen. Dem kann man ja durchaus zustimmen. *Dirk Klose*

***Klaus-Rüdiger Mai: „Geht der Kirche der Glaube aus? Eine Streitschrift“**, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2018, broschiert, 190 Seiten, 15 Euro*

MELDUNGEN

Lehrer senden Brandbrief

Halle an der Saale – Die Lehrer einer Sekundarschule in Halle-Neustadt haben in einem Brandbrief an Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) auf unhaltbare Zustände an ihrer Anstalt hingewiesen. 70 Prozent der Schüler hätten ausländische Wurzeln, die meisten davon seien „Flüchtlinge“. Viele könnten nicht einmal in ihrer Muttersprache lesen, schreiben oder rechnen und hätten nicht gelernt, sich an Regeln zu halten. Diese Umstände machten die Lehrer krank. *H.H.*

Sarrazin siegt in Rechtsstreit

München – Thilo Sarrazin hat einen Rechtsstreit gegen den Random House Verlag gewonnen. Dessen Chefjurist hatte behauptet, Sarrazin habe es abgelehnt, dass die Islam-Thesen in dessen neuem Buch „Feindliche Übernahme“ wissenschaftlich geprüft werden. Doch das stimmt nicht, wie der Jurist nun laut „FAZ“ vor dem Landgericht München zugeben musste. *H.H.*

ZUR PERSON

Aufgeblasener Parteigockel

Aus Sicht der altgedienten Parteikader in Kubas Staatsspitze ist er das Küken unter den revolutionserfahrenen Genossen, von denen die meisten jenseits der 80 sind. Mit seinen „erst“ 58 Jahren führt **Miguel Mario Díaz-Canel Bermúdez** den sozialistischen Inselstaat als Nachfolger der beiden Castro-Brüder als Staats- und Regierungschef an.

Doch kaum an der Macht, stutzt sich das gerade flügge gewordene Küken die Flügel. Nach einer geplanten Verfassungsreform soll sich Díaz-Canel die Macht zukünftig unter anderem mit einem Premierminister teilen (siehe Seite 6). Den Plan dürfte noch Raúl Castro ausgeheckt haben. Der jüngere Bruder des 2016 verstorbenen Revolutionsführers Fidel Castro hatte Díaz-Canel im April zwar das Staatspräsidentenamt überlassen, will aber bis 2021 als Parteichef der eigentliche starke Mann Kubas bleiben.



Bild: Beatiz Monsefior Romero

Mit Díaz-Canel steht nun ein Politiker dem Land vor, der außer einer soliden Parteikarriere keine revolutionären Meriten zu bieten hat. Kurz nach der Machtübernahme Fidel Castros in einem kubanischen Provinzort geboren, studierte er Elektrotechnik, leistete seinen Militärdienst bei der Flugabwehr ab und wurde danach Hochschuldozent. Ein wenig Revoluzzerluft hat er bei einem zweijährigen Aufenthalt im sandinistischen Nicaragua geschnuppert.

Als Parteichef seiner Heimatprovinz gab er sich selbst den Anschein des jugendlichen Aufrührers, trug lange Haare, hörte Rockmusik, fuhr Fahrrad statt Dienstwagen und förderte ein Kulturzentrum für Homosexuelle. Nachdem der in zweiter Ehe verheiratete Vater zweier Kinder von Raúl Castro als Minister sowie Vizepräsident des Ministerrates in den elitären Machtzirkel des Staates eingeführt wurde, zeigte er sein angepasstes Gesicht als Hardliner. Das Küken ist auf einen Schlag zum aufgeblasenen Gockel geworden. *H. Tews*



Das kleine Protokoll

Geschafft!

Warum die Asylkrise überstanden ist, wie sie schon die nächste produzieren, und warum von der Leyen nicht so viel reden sollte / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Endlich geschafft: Das Ende der Asylkrise ist da, denn: „Die Zeit der Überforderung unserer Gesellschaft ist längst vorüber.“ Das sagt Karin Prien. Die CDU-Politikerin ist Bildungsministerin von Schleswig-Holstein, sie dürfte also Bescheid wissen, ist ja schließlich vom Fach, irgendwie.

Na ja, das war Josef Ackermann auch. Vor fast genau zehn Jahren, im Mai 2008, verkündete der damalige Chef der Deutschen Bank den „Anfang vom Ende der Finanzkrise“. Nein, was waren wir erleichtert damals.

Ein halbes Jahr nach diesem „Anfang vom Ende der Krise“, im Herbst 2008, brach dann zuerst die US-Bank Lehman Brothers zusammen, dann kollabierten weltweit die Börsenkurse, und schließlich geriet das komplette globale Finanzsystem an den Rand des Abgrunds. Hektisch ruderte die Bundesregierung mit ihrer „Abwrackprämie“ gegen den drohenden konjunkturellen Totalschaden an und Kanzlerin Merkel sah sich gezwungen, Seit' an Seit' mit ihrem Finanzminister Peer Steinbrück die Weiterexistenz unserer Sparkonten zu garantieren, damit wir nicht die Geldhäuser stürmen und sie damit allesamt zum Einsturz bringen.

Spinnt Frau Prien ebenso wie seinerzeit der Herr Ackermann? Ja und nein. Schauen wir, wie es 2008 weiterging.

Ende jenes Jahres einigten sich Politik und Banken darauf, dass die Banken mit dem Geld der Steuerzahler zu retten sind, und zwar jetzt und immerdar. Seitdem ist „ihre“ Krise zu unserer Krise, sind ihre Schulden zu unseren Schulden geworden und werden mittels realer Negativzinsen Jahr für Jahr erbarmungslos eingetrieben, bis alles weg ist. Die zu erwartenden privaten Renten schmelzen wie Butter in der Sonne, etliche private Renten- und Lebensversicherer funken bereits SOS.

So wird es auch Ministerin Prien, eine glühende Anhängerin von Angela Merkel, richten wollen: Mit „unserer Gesellschaft“ meinte sie nämlich nicht das deutsche Volk, sondern „ihre“ Gesellschaft der herrschenden Politiker und Staatsverwalter. Die zeigten seit 2015 in der Tat Symptome von erheblicher „Überforderung“. Beispielhaft sei an die chaotischen Zustände am Berliner Lageso erinnert oder an das Durcheinander beim BAMF, das uns erst viel später in ganzer Schönheit bekannt wurde.

Mittlerweile haben Politik und Verwaltung wie 2008 ihr Problem zu unserem gemacht. So zahlen wir jährlich zweistellige Milliardenrechnungen und in den Schulen brechen die Lehrer unter der Last des Ansturms von Asylsucherkindern zusammen (siehe Meldung auf dieser Seite).

Wohnungsgesellschaften sind gehalten, ein bestimmtes Kontingent an Behausungen für Asylsucher zu reservieren, bei dem einheimische Wohnungssucher das Nachsehen haben. In Hamburg haben sie gleich einen ganzen Stadtteil für zweieinhalbtausend Asylsucher hochgezogen. Bin dort gewesen, alles sehr hübsch geworden.

> Wie die Finanzkrise hat die Politik auch das Asylchaos einfach ans Volk weitergereicht

Dieser gewitzte Coup ermutigt die Politik, auf ihrem erfolgreichen Kurs fortzufahren. Seit dem 1. August dürfen „subsidiär Schutzberechtigte“ endlich ihre lieben Familien nachholen. Der Begriff „subsidiär Schutzberechtigte“ führt ein wenig in die Irre, aber genau dafür hat man ihn ja erfunden.

In Wahrheit handelt es sich um Leute, die nach der Genfer Flüchtlingskonvention gar keine Schutzberechtigung genießen. Sie müssten eigentlich ausreisen und sind in vielen Fällen auch schon dazu aufgefordert worden, machen es aber nicht. Wenn dann aber erst mal die Verwandtschaft in Deutschland weilt, ganz legal per Nachzug, dann können die Illegalen ihrerseits wiederum über die legalen Familienangehörigen einen gesetzlichen Aufenthaltstitel in Deutschland erlangen.

Toll, was? Der quasi Illegale zieht seinen Wurf legal hinterher und legalisiert sich damit selbst. Doch es wird noch toller: Die Familien in der Heimat sollen mit Dokumenten nachweisen, dass sie die Verwandten des „subsidiär Schutzberechtigten“ in Deutschland sind. Viele der „Subsidiären“ haben jedoch gar keine Papiere mehr, behaupten sie zumindest. Bringen ihnen die Nachzügler welche mit? Wenn ja, wer überprüft deren Echtheit? Das BAMF? Na, dann brauchen sich die demnächst auch noch zu uns Kommenden ja keine Sorgen zu machen.

Die „Überforderung“ der Politiker rührte übrigens weniger von den unhaltbaren Zuständen selbst her, welche die Verantwortlichen ja eigenhändig herbeigeführt hatten. Das Ungemach war vielmehr der ärgerlichen Tatsache geschuldet, dass sich die Zustände nur lückenhaft verheimlichen ließen, obgleich sich die Staats- und Konzernmedien wirklich alle Mühe gaben.

Da geht man mittlerweile weitaus professioneller vor. Während der 1. August ins Land zieht und eine Horde Asylsucher mit geradezu militärischer Gewalt in Spanien ihren Zutritt zur EU erzwingt, werden die Deutschen mit einer rührseligen Antirassismus-Aufführung rund um den armen Özil abgelenkt. Sowas klappt immer – erst recht, wenn alle mitmachen.

Und es machen ja alle mit. Selbst die früher unbestechliche Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) reiht sich ein in die Ablenker und Vernebler. Sie haben es doch nicht vergessen: Deutschland wird immer sicherer, sagt die PKS. Ist es da nicht bemerkenswert, dass die Zahl der Strafgefangenen zwischen 2012 und Ende 2017 um rund 58 000 auf mehr als 64 000 angestiegen ist? Wer da wohl brummt? Sitzen Unschuldige zu Tausenden im Gefängnis?

Es verhält sich in Wahrheit umgekehrt, zahllose zu Haftstrafen verurteilte Gesetzesbrecher laufen frei herum. In Berlin muss ein Verurteilter nämlich mittlerweile drei Monate warten, bis ein Platz im Knast für ihn frei wird. Wären also alle im Bau, die dort rechtskräftig hingehören, wären wir längst deutlich über 64 000. Dessen völlig ungeachtet verkünden sie die niedrigste Kriminalitätsrate seit dem Einigungsvertrag. Das möge uns mal jemand zusammenbauen.

Oder auch besser nicht. Schließlich könnte die Wahrheit den Unmut des Volkes heraufbeschwören, welcher Karin Priens Politiker-Gesellschaft in eine neuerliche Überforderung stürzen dürfte. Das kann niemand wollen.

Bleiben wir also bei unseren elastischen Zahlen und pflegen die hohe Kunst der Ablenkung vom eigentlichen Geschehen. Ja, hohe Kunst, denn wer allzu plump ablenkt vom eigenen Versagen, der erntet Lacher an ungewollter Stelle.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen wirft dem US-Präsidenten Donald Trump Planlosigkeit vor: „Eine klare Strategie“ des amerikanischen Präsidenten im Umgang mit Russland sei „nicht zu erkennen“, schimpft die verantwortliche Chefin der unseinholbar schrottigsten Truppe, seit es deutsche Armeen gibt. Ist das nicht fabelhaft?

Merkt die nicht, wie lächerlich das klingt? Indes, es kommt natürlich auf den Standpunkt an, wie man das heillose Herunterwirtschaften etikettiert, mit dem die Politik die Bundeswehr in den Boden gebohrt hat.

Denn mit „Planlosigkeit“ allein wäre der politisch organisierte Niedergang der Streitkräfte wohl nur unzureichend erklärt. Eine solche Truppe in nur zweieinhalb Jahrzehnten derart auf den Hund zu bringen, stellt eine reife Leistung dar. Kann man das allein mit Chaos und Inkompetenz hinkriegen? Oder bedarf es dazu nicht des Vorsatzes und eines ausgetüftelten, konsequent durchgehaltenen Plans? Wir wissen es nicht.

Jedenfalls sollte Kanzlerin Merkel das nächste Mal jemand anderen aus ihrem Kabinett vorschicken, der Trump ans Bein geht. Einen, der glaubwürdiger ist, weil er echte Erfolge vorweisen kann. Beispielsweise ... oder ... tja, das ist jetzt ein bisschen peinlich. Na, dann muss Merkel das künftig eben selber machen. Denn an die Leistungen dieser Kanzlerin werden sich die Deutschen bestimmt noch in 100 Jahren erinnern, auf welche Weise auch immer.

MEINUNGEN

__Daniel Cohn-Bendit__ und __Thomas Schmid__ haben bereits __vor 27 Jahren__ in der „Zeit“ (22. November 1991) Erhellendes über die __multikulturelle Gesellschaft__ verraten. Gleichwohl haben sie sie auch damals schon entschieden befürwortet:

„Die multikulturelle Gesellschaft ist hart, schnell, grausam und wenig solidarisch, sie ist von beträchtlichen sozialen Ungleichgewichten geprägt und kennt Wanderungsgewinner ebenso wie Modernisierungsverlierer; sie hat die Tendenz, in eine Vielfalt von Gruppen und Gemeinschaften auseinanderzustreben und ihren Zusammenhalt sowie die Verbindlichkeit ihrer Werte einzubüßen.“

__Wolfgang Meins__ fragt auf „Achgut.de“ (27. Juli), warum mehr „Buntheit“ und __„Vielfalt“__ eigentlich automatisch __bereichernd__ wirken soll, wie ständig behauptet werde:

„Völlig unbeantwortet bleibt auch hier die zentrale Frage, wie uns Migranten – wohlgemerkt nicht im Einzel-, sondern im Regelfall – bereichern sollen, die ganz überwiegend aus Staaten und Gesellschaften stammen, die in den letzten Jahrhunderten in puncto Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft nichts bis wenig auf die Reihe gekriegt haben. Und aus denen zu allem Überfluss auch noch massenhaft die Ungebildeten und Ungelernten kommen. Und deren Islam, als sei das alles nicht schon genug, vielfach weder die Trennung von Religion und Gesellschaft noch die Gleichheit der Geschlechter kennt oder anerkennt.“

Für __Martin Niewendink__ ist die Bezeichnung __„Kartoffel“__ für Deutsche definitiv __rassistisch__ gemeint. In der „Welt“ (27. Juli) schreibt er, warum:

„Wer einmal gesehen hat, wie die vier Michaels und zwei Pias den Rand halten und auf den Boden gucken, weil sie sich ihres Platzes am unteren Ende der Hackordnung bewusst sind; und wer sieht, wie gnadenlos einige Mitschüler ihre (wohl auch durch eigene Rassismuserfahrungen erworbenen) Aggressionen an diesen auslassen, erkennt, dass es mit der Harmlosigkeit solcher Begriffe nicht weit her ist. Auch Lehrkräfte kriegen das immer wieder zu spüren.“

__Andreas Ross__ erklärt in der „FAZ“ (30. Juli), warum die __Dauerkampagne__ gegen US-Präsident __Donald Trump__ keinen Erfolg hat:

„Wer in Endlosschleife jeden Fehltritt zur Staatskrise, jede Peinlichkeit zur nationalen Schande und jede Normabweichung zur Todsünde erklärt, der schweißt diejenigen zusammen, die Trump ihre Stimme gaben. Die Empörung über die allgemeine Empörung ist der emotionale Kitt, der die Trump-Koalition zusammenhält ... Die Trump-Gegner ... vertreten ihre Positionen so selbstgefällig, wie der Präsident regiert.“

__Michael Paulwitz__ kommentiert in der „Jungen Freiheit“ (27. Juli) den Plan von Politikern, die __Bundeswehr__ auch für __EU-Ausländer__ zu öffnen:

„Eine Berufsarmee, die Bürgern anderer Staaten offensteht, kappt eine der letzten Verbindungen zum ‚Staatsbürger in Uniform‘. Sie wird zur Söldnertruppe.“